



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Die EU und Aserbaidshan unter Berücksichtigung der Europäischen Nachbarschaftspolitik

Verfasserin : Ulviyya Mirsalamli

**Angestrebter akademischer Grad
Magister der Philosophie**

Wien, 04.06.2009

Studienkennzahl: 0347957

Studienrichtung : Politikwissenschaft

Betreuer: Univ. Doz. Dr. John Bunzl

Hiermit versichere ich, dass ich die vorliegende Diplomarbeit ohne Hilfe Dritter und nur mit den angegebenen Quellen und Hilfsmitteln angefertigt haben. Ich habe alle Stellen, die ich aus den Quellen wörtlich oder inhaltlich entnommen habe, als solche kenntlich gemacht. Diese Arbeit hat in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner Prüfungsbehörde vorgelegen.

Wien, 04.06.2009

Danksagung

Für die Unterstützung meines Studiums und meiner Arbeit danke ich meinem wissenschaftlichen Betreuer Univ. Doz. Dr. John Bunzl sowie dem Afro-Asiatischen Institut.

Inhalt

1. EINFÜHRUNGSTEIL	6
1.1 EINLEITUNG	6
1.2 ERKENNTNISINTERESSE UND LEITENDE FRAGESTELLUNGEN:	7
1.3 METHODE UND AUFBAU:	8
2 THEORETISCHER TEIL	9
2.1 REALISMUS / NEOREALISMUS	9
2.2 NEOINSTITUTIONALISM.....	15
3 ANALYTISCHER TEIL	21
3.1 EUROPÄISCHE NACHBARSCHAFTSPOLITIK:	21
3.2 DER SÜDKAVKASUS UND DIE EU.....	27
3.3 DIE EU UND ASERBAIDDSCHAN.....	32
3.4 DIE EU: INTERESSEN UND PERSPEKTIVEN:	40
3.5 DIE EU UND DIE ENP AUS DER SICHT ASERBAIDDSCHANS:	50
3.6 DIE SCHWACHSTELLEN DER EU –POLITIK	58
3.7 DER KONFLIKT VON BERG- KARABACH IM RAHMEN DER ENP	64
3.7.1. <i>Geschichtlicher Hintergrund:</i>	64
3.7.2 <i>Die EU und das Problem um Berg Karabakh:</i>	68
3.8 DIE INTERNATIONALE EBENE: INTERESSENSPHÄREN UND KOLLISIONEN: ...	76
3.8.1 <i>Russland und Aserbaiddschan unter Berücksichtigung der EU-Politik:..</i>	77
3.8.2 <i>Der Iran und seine Position:</i>	86
3.8.3 <i>Die USA</i>	87
4. THEORIENANWENDUNG	95
5.RESÜMEE	104
6. DIE BIBLIOGRAPHIE:	110

1. Einführungsteil

1.1 Einleitung

Wir befinden uns in der Ära, die mit dem Begriff Globalisierung charakterisiert wird. Dieses Phänomen hat einen grossen Einfluss auf verschiedene Bereiche und Ebenen internationaler Dimension und wird als ein multidimensionaler Prozess gekennzeichnet.¹

“Over the last three decades the sheer scale and scope of global interconnectedness has become increasingly evident in every sphere from the **economic** to the **cultural**.”²

Der Globalisierung und ihren Konsequenzen ist die EU nicht fern gestanden. Zusätzlich hat die EU den Impact der EU-Osterweiterung zu bewältigen. Somit steht die EU vor der Aufgabe, ihre Politik gemäß diesen Geschehnissen zu gestalten. Es erwies sich als nötig, eine neue Strategie, eine neue Politik in Bezug auf Nicht-EU-Staaten zu entwickeln, die sich durch die EU-Erweiterung der Union räumlich genähert haben.

Im Jahre 2004 entwickelte die Union dieses neue Konzept: die sogenannte Europäische Nachbarschaftspolitik, die sich zum Ziel gesetzt hat, der Entstehung neuer Trennlinien zwischen der erweiterten EU und ihren Nachbarn vorzubeugen und stattdessen Wohlstand, Stabilität und Sicherheit aller Beteiligten mit dieser Politik zu fördern.

Aserbaidshan ist auch in diese Politik miteinbezogen und die EU pflegt mit diesem Staat seither eine engere Kooperation. Bis 2004 waren die Beziehungen zwischen beiden mehr auf regionaler Ebene und nur wirtschaftsorientiert gewesen. Die Kooperation erfolgte im Rahmen solcher regionaler Programme wie TRACECA, TACIS, INOGEYT u.a. Ab 2004 begann in den Beziehungen eine neue Dimension: die bilaterale Partnerschaft wird zur Realität: ENP-Aktionspläne sind in diesem Zusammenhang das erste bilaterale Abkommen zwischen der EU und Aserbaidshan. Der fünfjährige Aktionsplan enthält eine Agenda politischer und wirtschaftlicher Reformen mit kurz- und mittelfristigen Prioritäten.

Die Durchsetzung der Aktionspläne nähert Aserbaidshan an die EU noch mehr. Jedoch erfolgt diese Integration nicht in gewünschtem Ausmass.

¹ Vgl. Baylis, S.14

² ebenda

Seit Jahrzehnten erweckte Aserbaidshan aufgrund seiner Geologie grosses Interesse bei vielen Ländern. Das Land liegt auf den Handelswegen, die China und Indien mit dem Mittelmeer sowie dem Schwarzmeer verbinden. Auch die Tatsache, dass ein Ast der historischen Seidenstraße das Land durchquerte, hatte zur Folge, dass viele Staaten sich für dieses Gebiet interessiert haben bzw. interessieren”³ Aserbaidshan ist wie eine goldene Brücke zwischen dem Osten und dem Westen, wo die Interessen externer Akteure zusammenstossen.

1.2 ERKENNTNISINTERESSE UND LEITENDE FRAGESTELLUNGEN:

Das Erkenntnisinteresse der Forschungsarbeit bildet die Beziehungsgestaltung zwischen der EU und Aserbaidshan. In diesem Zusammenhang schenke ich besonderes Augenmerk dem Aufbau der Beziehungen nach der EU-Osterweiterung. Das Ziel der Arbeit besteht darin, die Struktur der Beziehungen und die sie beeinflussenden Faktoren näher zu erläutern, die Möglichkeiten der Integration Aserbaidshans nach Europa und die dafür gegebenen Rahmenbedingungen näher zu erörtern.

Angesichts des Forschungsgegenstandes sind folgende Forschungsfragen und Hypothesen von Bedeutung, auf denen basierend die Untersuchung des Themas durchgeführt werden soll:

Wie entwickeln sich die Beziehungen zwischen der EU und Aserbaidshan? Warum kommt es zu einer engeren Kooperation zwischen der Europäischen Union und Aserbaidshan? Welche Interessen und Faktoren sind bei der Kooperationsbildung und bei ihrem Einfluss zu berücksichtigen?

Nach diesen Fragestellungen möchte ich weiters die Interessenkonstellation und die Rolle weiterer externer Akteure im südkaukasischen Gebiet erklären und nicht zuletzt das Problem um Berg Karabach in diesem Rahmen anschneiden.

Folgende Hypothesen sind zu untersuchen und zu beurteilen:

H 1: Die Umgestaltung der Beziehungen zwischen der EU und Aserbaidshan ist als Ergebnis einer veränderten Interessenskonstellation und des politischen Kurses der Hegemonialmächte, darunter vor allem der Vereinigten Staaten und Russlands, (im Südkaukasus) zu sehen.

³ Mahmudov, S.3

H 2: Der Grad der gemeinsamen Interessen zwischen der EU und Aserbaidshans und die Veränderungen in der „capability“ Aserbaidshans können auf die Kooperation zwischen beiden Seiten enormen Einfluss ausüben.

H 3: Das Vorhandensein des eingefrorenen Konflikts um Berg-Karabach fordert die Integrationsbestrebungen Aserbaidshans nach dem Westen heraus.

1. 3 METHODE UND AUFBAU:

Die Diplomarbeit „Die EU und Aserbaidshans mit besonderer Berücksichtigung der Europäischen Nachbarschaftspolitik“ gründet auf den empirisch-analytischen Bearbeitungen der in der Literaturliste angeführten Primär- und Sekundärliteratur.

Als Primärquellen werden die Protokolle, die Programme, die Kooperationsabkommen, offizielle Reden hochrangiger Personen sowie andere offizielle Dokumente herangezogen. Die vorhandene Sekundärliteratur diene der Interpretation und dem Verständnis der Primärliteratur sowie der besseren Auseinandersetzung bei zu beantwortenden Forschungsfragen.

Die Arbeit gliedert sich in zwei Teile: Ausführungen zum theoretischen Fundament und die Analysen. Im ersten Teil der Arbeit verwende ich als Grundlage späterer Analyse des Forschungsgegenstandes die klassischen Theorien Realismus, Neorealismus und Neoinstitutionalismus, wobei diese Theorien stark miteinander verflochten sind bzw. eine Weiterentwicklung vorangegangener theoretischer Überlegungen darstellen. Deren Ansätze gemeinsam sind im Stande, verschiedene Aspekte der Beziehungen zwischen der EU und Aserbaidshans zu erklären. Die zentrale Aufgabe des folgenden Teiles ist es, diese theoretischen Konzepte genauer vorzustellen und die für die Forschungsanalyse relevanten Aspekte herauszuarbeiten.

Beim zweiten Teil lege ich meine empirischen Untersuchungen dar, wobei als wichtig und relevant behandelt werden: die chronologische Betrachtung der Beziehungsgestaltung zwischen der EU und Aserbaidshans; die Schilderung des politischen Kurses Aserbaidshans hinsichtlich anderer internationaler Akteure besonders gegenüber den Vereinigten Staaten und Russland; das Problem um Berg Karabach und seine Wirkung auf die Entwicklungen in der südkaukasischen Region sowie die Position externer Akteure bei der Konfliktregulierung.

Im Punkt 4. Theorieanwendung wird die mögliche Anwendbarkeit der im ersten Teil dargestellten Theorien auf das Themengebiet behandelt, die Beantwortung der zentralen Fragen der Arbeit zusammengefasst. Im Punkt 5. Resümee werden die für das Thema relevant erscheinenden letzten politischen Entwicklungen analytisch dargelegt.

2 THEORETISCHER TEIL

2.1 REALISMUS / NEOREALISMUS

Die Gedanken des Realismus weisen die längste Tradition auf. Schon in der Antike sieht man die Grundansätze dieser Schule. Im Laufe der Geschichte erlebten die Realisten sowohl Aufstiege als auch Niederlagen. Als eine Theoriedisziplin wurde der Realismus in den 20er Jahren etabliert und hat seine Blütezeit nach dem 2. Weltkrieg erlebt.

Im Umfeld der Veränderungen und Ereignisse auf internationaler Ebene ab den 30er Jahren ist Realismus als ein Widerspruch gegen utopische bzw. idealistische, d.h. liberal-pazifistisch eingestellte Theoretiker zu verstehen.⁴

„Zeitlich gesehen hat der Realismus als bestimmende Theorierichtung in den 30er und 40er Jahren des 20. Jahrhunderts den seit 1918/1919 führenden Idealismus abgelöst“⁵

„From 1939 to the present, leading theorists and policymakers have continued to view the world through realist lenses“⁶

Als Stammvater des Realismus gilt Thukydides mit seinem Werk „Geschichte des peloponnesischen Krieges“, „wo er die **Machtpolitik** als ein Bestandteil des menschlichen Wesens beschreibt.“⁷ Die weiteren politischen klassischen Theoretiker wie Machiavelli, Thomas Hobbes, Edmund Burke, Carl von Clausewitz teilen auch die Grundansätze des realistischen Denkens⁸: „The States should conduct themselves in the realm of international politics under doctrine of raison d’etat.“⁹

Als ein wichtiger Hauptvertreter dieser Theorie gilt der amerikanische Völkerrechtler Hans Georg Morgenthau mit dem Werk „Politics among Nations“. Nicht ohne Grund ist sein Werk „zu einer Art Gründungsbeitrag der Lehre von den Internationalen Beziehungen“¹⁰ geworden. Denn „die meisten nachfolgenden Versuche der Theoriebildung sollten entweder in Anknüpfung

⁴ Vgl. Schieder, S.37

⁵ Filzmaier, S.73

⁶ Baylis, S.162

⁷ ebenda, S.167

⁸ Vgl. Ebenda, S.28

⁹ Baylis, S.162

¹⁰ Schieder S.35

oder (...) in Abgrenzung zum Realismus von Morgenthau entwickelt werden.“¹¹ Der Realismus wird vor allem in den 40er Jahren in den USA populär. Als weitere wichtigen Vertreter des Realismus sind Reinhold Niebuhr, Hans Hermann Herz, George F. Kennan, Henry Kissinger, Stanley Hoffmann u.a zu nennen.¹²

Wenn man den Begriff Realismus in Betracht zieht, dann ist dabei nicht von einer einheitlichen homogenen internationalen Theorie, sondern von einer Reihe von Theorien die Rede. Seit der Entstehung des klassischen Realismusansatzes wurden weitere Theorieströmungen entwickelt, die unterschiedliche Merkmale aufweisen: „structural realism“, „neoclassical realism“, „rational choice realism“ u.a. In meiner Arbeit werde ich vor allem zwei Strömungen in Betracht ziehen, nämlich: „structural realists“ und „classical realists“.

Es gibt gemeinsame Ansatzpunkte, die bei allen realistischen Theorieströmungen gleich bleiben: „it is fair to say that there is a significant degree of continuity between older realists and modern variants. Indeed, the three core elements that we identify with realism: **statism (anarchical world), survival, and self-help**- are present in the work of a classical realist such as Thucydides and structural Realists such as Kenneth Waltz.“¹³

„Der klassische Realismus fußte auf einem Menschenbild, das auf das Denken von Niebuhr, Morgenthau und Schumpeter zurückgeführt werden kann.“¹⁴ „The drive for power and the will to dominate are held to be fundamental aspects of human nature.“ Laut Morgenthau: „Politics, like society in general, is governed by objective laws that have their roots in human nature.“¹⁵

Der Mensch ist a priori ein Egoist und für ihn gilt das Prinzip der Selbsterhaltung. Unter dem Schema dieser Moral agiert er ohne über Mitmenschen nachzudenken. „Der Mensch strebt nach der Macht. Durch den Wettkampf um mehr Einfluss und Prestige entwickelt sich eine Situation der **Unsicherheit**, die die Menschen dazu zwingt, **Macht anzuhäufen**, um ihre eigene **Existenz zu sichern**.“¹⁶

Die Anhänger des Realismus übertragen diese Charakteristik des menschlichen Lebewesens auf die Staaten: „Die Realisten unterstellten den Staaten anthropologische Züge analog zum menschlichen Individuum.“¹⁷

¹¹ ebenda

¹² Menzel, S.76.

¹³ Baylis, S.163

¹⁴ Menzel, S.77

¹⁵ Baylis, S.166

¹⁶ Koch, S.33

¹⁷ Schieder, S.65

„The behaviour of the state as a self-seeking egoist is understood to be merely a reflection of the people that comprise the state.”¹⁸ „Classical realists argue that it is the nature of man that the essential features of international politics, such as competition, fear, war can be explained.”¹⁹

Man soll aber da zwischen dem staatlichen und internationalen System einen Unterschied machen. Während der Mensch dem Staatssystem, also höherer Instanz unterliegt, also seine eigene Macht dieser höheren Instanz übergibt, gibt es auf internationaler Ebene keine solche supranationale Instanz, die die Regulierungen und bindende Gesetze für souveräne Staaten schaffen würde und auf die Staaten eigene Souveränität im Namen des Gemeinwohls übertragen würden.

Die realistische Sicht der internationalen Politik geht nicht vom Konzept einer wie auch immer beschaffenen Gesellschaft aus, sondern vom Modell eines offenen, multipolaren, zentraler Entscheidungs- und Sanktionsmöglichkeit entbehrenden internationalen Staatensystems, das sich- in Analogie zu den Vorstellungen Hobbes'- im Naturzustand der **Anarchie** befindet.²⁰

„Statism” bedeutet in diesem Kontext: „the state is the pre-eminent actor and all other actors are of lesser significance. A state is sovereign within its boundary.”²¹

Das internationale System ist ein System **ohne Machtmonopol**. Es gibt keine höchste Instanz, die das Verhalten der souveränen und egoistischen Staaten regulieren würde und bindende Gesetze schaffen würde. In diesem anarchischen System versuchen die Staaten zu existieren. „The primary objective of the states is **survival**.”²² Jeder ist auf sich selbst gestellt: da gilt nämlich **self-help** Prinzip. Niemand kann, seien es die Institutionen oder seien es sogenannte Staatsfreunde, die Sicherheit der anderen garantieren. In diesem System existieren keine wahren freundschaftlichen Beziehungen, kein Vertrauen und es kann von keiner Zusammenarbeit die Rede sein.

Die Staaten streben nach Sicherheit, in dem sie diese **Sicherheit** durch Erwerb der **Macht** erlangen. Daher „zielt eine gute Außenpolitik eines Staates auf Machterhalt oder Erwerb.”²³

¹⁸ Baylis, S.167

¹⁹ ebenda

²⁰ Lehmkuhl, S.73

²¹ Baylis, S. 167

²² ebenda, S.176

²³ ebenda

Die Durchsetzung der am nationalen Interesse orientierten außenpolitischen Optionen ist wiederum abhängig von den je spezifischen Machtressourcen des Nationalstaates.²⁴

„**Das Nationalinteresse** (...) ist (...) bestimmender Faktor für die Formulierung außenpolitischer Entscheidungen.“²⁵

Das Prinzip der Macht und das Gleichgewicht der Mächte prägt das Internationale System. Nur beschränkte Kooperation kann auch sehr fragil Stabilität gewährleisten, dennoch ist dies zu brüchig, denn niemand kann niemandem glauben.

„Außenpolitik gilt als der Versuch, Macht zu erhalten, zu vermehren oder zu demonstrieren.“²⁶ Machtstreben ist entscheidend für das nationale Interesse und es ist ein Ziel jeder staatlichen Politik.

Der Staat handelt somit **zweckrational** und **eigennützig** und nicht im Namen des gemeinsamen Wohles auf internationaler Ebene, wie die Idealisten behaupten.

Es geht vielmehr darum, eigene **Sicherheit**, eigene **Stabilität** zu ermöglichen durch die Vermehrung der **Macht**.

Hiermit versuchen die Anhänger des Realismus das Geschehen von dem Standpunkt des folgenden Moralprinzips zu betrachten: „Realists are sceptical of the idea that **universal moral** principles exist and, therefore, warn state leaders against sacrificing their own self-interests in order to adhere to some indeterminate notion of ethical conduct.” “Preserving the life of the state and the ethical community it envelops becomes a moral duty of the statesperson” thus it is not the case that realists are unethical, rather they find that sometimes “it is kind to be cruel.”²⁷

Der Neorealismus als eine Weiterentwicklung der realistischen Schule geht von gleichen Grundannahmen aus. Diese Strömung des Realismus assoziiert man besonders mit Kenneth Waltz und seinem Buch *Theorie of International Relations* (1979). Die beiden Theorieströmungen unterscheiden sich danach, ob sie **das internationale System** oder die **Innenpolitik** der Staaten als dominierenden Faktor betrachten.²⁸

²⁴ ebenda

²⁵ Lehmkuhl, S.73

²⁶ Filzmaier, S.73

²⁷ Baylis, S.163

²⁸ Lehmkuhl, S.286

Beim Neorealisten ist das internationale System für Handlungsoptionen der Staaten entscheidend. Es hat einen unmittelbaren Einfluss auf die Gestaltung der Außenpolitik des Staates. Diese Richtung nennt man aufgrund des Forschungsgegenstandes auch strukturellen Realismus.

Im Unterschied zu klassischem Realismus: der Neorealismus konzentriert sich vielmehr auf high politics, d.h auf den **Sicherheitsfaktor**, (defensive realism²⁹) während wirtschaftliche Interessen vielmehr im Hintergrund sind.³⁰ „Macht wird in diesem Ansatz relativiert, es folgt eine Entwicklung hin zu systemtheoretischen Sichtweisen und der Analyse struktureller anstelle individueller, psychologischer Faktoren.“³¹ Laut Waltz sind die Staaten Sicherheitmaximierer und sie brauchen die Macht, um eigene Sicherheit zu gewährleisten. (defensive realism)³²

Nach Waltz sind die folgenden Annahmen von Bedeutung³³:

1. Überleben. „Das Streben nach Erhalt der staatlichen und geographischen Integrität.“ „Defensive Realism“ heißt Sicherheit zu garantieren und ist nicht das Streben nach Machterwerb
2. das Kriterium **Zweck-Mittel-Rationalität** prägt das Vorgehen der Staaten.
3. die Machtkapazität unterscheidet die Staaten der Internationalen Beziehungen voneinander im beträchtlichen Maße.

Wie bei Realisten herrscht auch bei Neorealisten eine Anarchie im Internationalen System. Aus dem Prinzip der Anarchie ergibt sich der Zwang zum Selbstschutz. Um eigene Sicherheit zu gewährleisten ist es wichtig, ein Machtgleichgewicht im Internationalen System zu erlangen.

Machtgleichgewicht, also “Balance of Power” kann deshalb entweder durch die Aufrüstung oder durch die **Allianz** erreicht werden.

„A self-help system is one in which those who do not help themselves (...) will fail to prosper, will lay themselves open to danger, will suffer. Fear of such unwanted consequences stimulates states to behave in ways that tend toward the creation of balances of power.“³⁴

²⁹ Die Unterschiede zwischen „defensive“ und „offensive“ realism siehe in: Chris Brown (2005): Understanding International Relations.

³⁰ Schieder, S.64

³¹ Filzmaier, S.76

³² vgl. Baylis, S.170

³³ Vgl Schieder

³⁴ (Waltz (1979) S.118) Siehe: in Schieder, S.71

„Die Natur des Menschen ist unerheblich, wenn es **Systemzwänge** gibt, die **das aussenpolitische Handeln von Staaten** in bestimmte Richtungen **lenken**. Jedes System ist durch typische Strukturmerkmale gekennzeichnet, politische Strukturen, Formen, politische Prozesse und die Staatenwelt ist ein System mit spezifischen Struktureigenschaften (...)“³⁵

Die Struktur der Internationalen Beziehungen ist unabhängig von Akteuren und wird nicht von der Machtkapazität der einzelnen Staaten beeinflusst, sondern diese Struktur bestimmt die Politik der Staaten.³⁶ Waltz betont dass die Struktur der Internationalen Beziehungen unipolar, bipolar und multipolar sein kann.

Die Konstellation der Macht zwingt die Staaten zu einer vom System vorgegebenen Handlungspriorität, zur Bereitschaft für die engere Kooperation“³⁷ Dabei schliessen sich die Staaten nach Waltz gegenüber starken Staaten zu einer Allianz zusammen oder unterliegen einem Hegemon³⁸

Für den Begriff Macht gibt es keine klare Definition bei den Realisten. Nach Weber bedeutet „Macht jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstand durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht“³⁹ d.h: es ist eine Kapazität, eigene Interessen durchzusetzen, die Akteure dazu zu bringen bzw. von ihnen zu fordern, diesen Interessen gemäss zu handeln und diese Ziele normativ durchzusetzen. Diese Zielsetzung kann mit verschiedenen Mitteln erreicht werden. Nach Waltz bedeutet diese „capability“: size of population and territory, resource endowment, economic capability, military strength, political stability and competence.“⁴⁰

Die erfolgte Machtmaximierung eines Staates führt zur Schwächung eines anderen Staates. Die Neorealisten gehen vom „**Nullsummenspiel**“- Gedanken aus.

Die **Machtverteilung** im internationalen System ist nicht permanent über die Epochen hinweg, sondern in verschiedenen Zeiträumen verschieden gelegen, kann variieren, so dass die Außenpolitik des Staates eine abhängige Variable ist und nicht konstant ist.

Für die Realisten gelten die Nationalstaaten als entscheidende Akteure in der internationalen Arena. Die realistische Schule betrachtet die Institutionen bzw. Regimen eher skeptisch. Sie geht davon aus, dass diese Einheiten von „Great Powers“ erschaffen sind und gemäß deren Interessen

³⁵ Koch, S.38

³⁶ Vgl. Schieder, S.68

³⁷ Schieder, S.73

³⁸ Nach Schweller nennt man dieses Phänomen. bandwagoning: „Staaten neigen speziell zu bandwagoning, wenn sich durch dieses Verhalten Gewinne erzielen lassen“ (theory of balance of interest“ von Schweller 1994/99 in: Schieder, S.76

³⁹ Weber (1972), in: Filzmaier, S.73

⁴⁰ Baylis, S.173

entsprechenden Konditionen funktionieren. Die internationalen Organisationen sind daher lediglich ein Weg eigenes Vorhaben zu realisieren, „ein Mittel, Agent oder Auftragnehmer der Staaten. Die Internationale Politik ist demzufolge für Realisten das Ergebnis einzelstaatlicher außenpolitischer Interaktionen.“⁴¹ „Mearsheimer believes that institutions have mattered rather little in international politics.“⁴²

“He argues that the units of the international system are functionally similar sovereign states; hence unit level variation is irrelevant in explaining international outcomes. The distribution of power in the international system is the key independent variable to understanding important international outcomes.”⁴³

2.2 NEOINSTITUTIONALISM

Für die Analyse der EU-Aussenbeziehungen, vor allem der ENP, scheint mir der neoinstitutionalistische Ansatz zweckmässig. Neoinstitutionalismus ist eine *Theoriefamilie*, in der man mit verschiedenen Facetten dieser Theorie⁴⁴ zu rechnen hat und wo die institutionelle Verflechtung der Akteure auf internationaler Ebene im Mittelpunkt der Analyse steht (Regime theorien, (Neo)liberaler Institutionalismus u.a.). In meiner Arbeit verwende ich hauptsächlich die theoretischen Überlegungen von R. Keohane (basierend auf dem Buch “After Hegemonie”). In seiner Analyse benutzt Keohane den Begriff “Internationale Regime” und meint damit, dass dieser Begriff sowohl internationale Institutionen und Organisationen als auch internationale Normen und Bestimmungen beinhaltet.

Der Neoinstitutionalismus ist als ein Gegengewicht des Neorealismus entstanden, jedoch ist diese Theorie stark von Neorealisten beeinflusst. Man findet bei diesen Theorien sowohl Ähnlichkeiten als auch Unterschiede. Der Hauptunterschied zwischen beiden Strömungen liegt nach Gunther Hellmann und Reinhard Wolf darin, „wie rationale Akteure **Unsicherheiten** in ihrem Umfeld bewältigen.“⁴⁵

Denn „Sie können entweder Unsicherheiten dadurch reduzieren, dass sie Abmachungen mit Akteuren in diesem Umfeld treffen (Verf. Kooperation⁴⁶); oder sie können die von ihnen selbst

⁴¹ Filzmaier, S.76

⁴² Baylis, S.171

⁴³ Baylis, S.169

⁴⁴ Vgl.Menzel S.163

⁴⁵ Xuevu Gu, S.73

⁴⁶ Kooperation in diesem Zusammenhang zeichnet sich dadurch aus, dass “sich die Akteure an gemeinsam vereinbarte Regeln halten”, siehe in: Menzel (2001), S.180

kontrollierten Ressourcen (Verf. Zum Beispiel: militärische Macht) vergrößern, um sich ungünstigen Entwicklungen besser anpassen zu können.“⁴⁷

“(Neo) liberal institutionalism the core question for research is how to promote and support cooperation in an anarchic and competitive international system. For neorealist, the core research is how to survive in the system.”⁴⁸

Bei Neoinstitutionalisten wie bei Realisten herrscht auch in den internationalen Beziehungen eine anarchische Welt. Jeder ist auf sich selbst gestellt. In dieser Welt herrscht zwischen den Staaten Misstrauen. Jedoch im Gegensatz zu Realisten schenken Neoinstitutionalisten besondere Aufmerksamkeit dem Faktor: **gegenseitige Abhängigkeit**.

Der **Begriff Interdependenz** in diesem Kontext bezeichnet eine Situation “bei der die Handlungen eines Akteurs für andere Akteure **externe Effekte** produzieren und umgekehrt.“⁴⁹

„Interdependenz bedeutet somit eine **wechselseitige Abhängigkeit** zwischen den Akteuren.“⁵⁰

Gekennzeichnet als ein Ergebnis der globalisierten Welt, der Entwicklungen des letzten Jahrhunderts und nicht zuletzt des neoliberalen Wirtschaftssystems, prägt sich Interdependenz in verschiedenen Bereichen aus, nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im Umwelt-, Energie, Sicherheitsbereich u.a und hat einen enormen Einfluss auf die Politik jeweiliger Akteure und auf internationale Beziehungen insgesamt.

Die Theoretiker Robert Keohane und Axelrod legen dar, dass aufgrund so eines Weltsystems die Staaten zur Gründung einer Kooperation tendieren. Dieser Zustand erweckt bei den Staaten das gesteigerte Interesse untereinander internationale Institutionen, Regimes hervorzurufen. „Cooperation involves mutual adjustment and can only arise from conflict or potential conflict.“⁵¹

„Mit Hilfe internationaler bzw. supranationaler Verhandlungsplattformen (wird versucht) Regelwerke zu vereinbaren, um den **Herausforderungen** (Verf.: Ausbeutung eines Staates durch

⁴⁷ Xuevu Gu, S.73

⁴⁸ Vgl. Baylis

⁴⁹ Max S.175

⁵⁰ Zangl- Zürn, S. 87

⁵¹ Keohane, (1984), S.63

den anderen, Ressourcenabhängigkeit, Freihandel und dessen Konsequenzen) der immer mehr wachsenden Komplexität und Verflochtenheit der internationalen Politik zu begegnen.“⁵²

“Regimes and institutions help govern a **competitive** and **anarchic** international system and they encourage, at times require multilateralism and cooperation as a means of securing national interests.”⁵³

„Sensitivity“ und „vulnerability“⁵⁴ kann man nach Keohan und Nye nur mit Errichtung gemeinsamer Institutionen bzw. mit gemeinsamer Regulierung bestimmter Felder, also gemeinsamen Abkommen, überwinden. Die Interessen der Staaten können so verfolgt werden und internationale Interdependenz scheint dabei bewältigbar zu sein. Die Akteure bewerten verschiedene **Handlungsoptionen** im Lichte ihrer **Interessen** rational, um schliesslich die Handlung **auszuwählen**, die ihren **Interessen** am meisten entspricht.

In dieser Hinsicht ähnelt dieser Ansatz der Rational Choice Theorie:

„States create institutions and delegate power to them in order to maximize utility within the constraints of (...) world politics; the actor interests and preferences are fixed/known and that actors can make strategic choices how the best to promote their interests. The term rational choice is rational. It was the optimal choice given the specific incentives and institutional constraints and opportunities that existed at that time.”⁵⁵

Hiermit wird die Kooperation als ein eigennützig orientiertes Verhalten und Institutionen (wie bei Realisten) als ein Instrument für die Durchsetzung eigener Interesse angenommen. “I seek to demonstrate that Realist assumptions about world politics are consistent with the formation of institutionalized arrangements, containing rules and principles, which promote cooperation.”⁵⁶

“Institutions exist because they could have reasonably been expected to increase the welfare of their creators.”⁵⁷

“**Staatliche Präferenzen** und **Restriktionen** sind prinzipiell offen, implizit aber auf Maximierung von Sicherheits- und Wohlfahrtsinteressen beschränkt.”⁵⁸

⁵² Ebenda, S.77

⁵³ Baylis, S.214

⁵⁴ **Interdependenzempfindlichkeit**, d.h: auf externe Veränderungen reagieren zu können und damit die Autonomie unter Beweis zu stellen, und **Interdependenzverwundbarkeit** von Staaten: dass die Kosten externer Veränderungen hingenommen werden müssen, siehe in: Menzel (2001), S.180

⁵⁵ Baylis, S.335-336

⁵⁶ Keohane (1984) S.67

⁵⁷ Keohane (1984), S. 80

⁵⁸ Max, S.190

Damit man die Grundideen der Neoinstitutionalisten versteht, ist es angebracht, einen bedeutsamen Unterschied zwischen den Neoliberalen und Neorealisten zu kennzeichnen, nämlich was die Kooperation und ihre Auswirkungen angeht:

Die Neorealisten behaupten, dass die Institutionen bzw. Kooperationen sehr brüchig sind, dass die Neoinstitutionalisten ihren Einfluss auf die Weltpolitik übertreiben⁵⁹ Außerdem ist an der Langlebigkeit von Institutionen bzw. Kooperationen zu zweifeln.

“Neorealists accept the existence of institutions and regimes and recognize their role as tools or instruments of statecraft. States work to establish these regimes and institutions if they serve their interests and they continue to support these same regimes and institutions if the cooperative activities promoted by the institution do not unfairly advantage other states. They feel that it is hard to achieve, difficult to maintain, and dependent on state power.”⁶⁰

“Neo-realists emphasize the capabilities of state over the intentions and interest of states. Capabilities are essential for security and Independence.”⁶¹

Die Neoinstitutionalisten sind aber der Meinung, dass wenngleich Regime bzw. Institutionen den Interessen der dominierenden Staaten entsprechen, schließlich alle Beteiligten von der Kooperation Gewinn erzielen werden.

“Neoliberals see the institutions (Verf: auch regimes) as significant forces in international relations.”⁶² *“Neo-liberals argue that once established institutions can do more than shape or influence the foreign policy of states. Institutions can promote a foreign policy agenda by providing critical information and expertise. Institutions also may **facilitate policymaking** and **encourage** more cooperation at local, national and international levels. They often serve as **catalyst** for coalition building among state and non-state actors. They help to resolve problems and encourage cooperation rather than conflict.”*⁶³

Im Unterschied zu Neorealisten glauben die Neoinstitutionalisten an die **Langlebigkeit** einer Kooperation und sehen eine solche als erreichbar an. Die Kooperation ist aufgrund stabiler Austauschbeziehungen die attraktivste Handlungsoption. Das ist kein Nullsummenspiel, sondern es wird der Profit unter die Beteiligten verteilt.

⁵⁹ Baylis, S.215

⁶⁰ Ebenda, S.216

⁶¹ Baylis, S.215

⁶² Baylis, S.215

⁶³ ebenda

Die **Tansaktionskosten** (die bei Verhandlungen über bestimmte Kooperationsabkommen anfallen oder die bei der Überwachung und Durchsetzung der vereinbarten Kooperationsziele entstehen) werden dadurch erspart und die Verhaltensregeln können die Handlungen der Staaten steuern und daher steigt die **Effektivität** mit Errichtung der Institution bzw. von Regimes merkbar.

“They do reinforce practices of **reciprocitiy**, which provide incentives for governments to keep their own commitments to ensure that others do so as well. Even powerful states have an interests, most of the time, in following the rules of well-established international institutions, since general conformity to rules makes the behavior of other states more predictable.”⁶⁴ Durch die Institution wird **Transparenz** hergestellt, so dass es dadurch leichter fällt, zu überprüfen, ob die Staaten sich regelkonform verhalten oder nicht.

Herausforderungen wie “Sensitivity” und “Vulnerability” können überbrückt werden, in dem der Staat kooperiert und bestimmte Politikfelder gemeinsam reguliert und Vereinbarungen schliesst. Die Kooperation bringt also mit sich Transparenz, Effektivität, “predictability”, “accountability” und “reliability”.

Ein weiterer interessanter Aspekt bei Kooperation ist der sogenannte Spill-Over Effekt: laut diesem Ansatz kann die auf eigenen Gewinn basierte Kooperation später spill-over Effekte auslösen: Laut David Mitrany, der als Pioneer der Integrationstheorieansätze gilt, werden die transnationalen Kooperationen gegründet, um gemeinsame Probleme zu lösen.⁶⁵ „His core concept was ramification, meaning the likelihood that cooperation in one sector would lead the government to extend the range of collaboration across other sectors.”⁶⁶ Die anderen nichtregulierten Bereiche werden in das Regime miteinbezogen bzw. die Regulierung eines Bereichs wird auch positive Auswirkung auf andere Bereiche haben:

“ Unter Umständen treten spill-over Effekte auf (...), dass bisher unreglementierte Politikfelder in das Regime miteinbezogen werden(...). ”⁶⁷ Die Verfestigung des Regimes wird dabei beobachtet, die Beziehungen werden intensiviert, die lang andauernde Kooperation führt zur Vertrautheit unter den Beteiligten.

⁶⁴ Keohane, S.86 International Institutions: Can Interdependence Work, in: Foreign Policy 1998

⁶⁵ Vgl. Baylis, S.193

⁶⁶ ebenda

⁶⁷ S.189

Ganz im Gegenteil zur Rational Choice Theorie sind Akteure laut Neoinstitutionalisten im Sinne der idealistischen Theorie „ **lernfähig** und **normengeleitet**. „⁶⁸ wenn die Kooperation auf gemeinsamen Interessen basiert.

„Kooperatives Verhalten führt zur **Wohlfahrtsteigerung** für alle.“⁶⁹ Wohlfahrt ist dabei ein Schlüsselbegriff und die Konfliktprävention wird durch Lösung sozialer Probleme erreicht.

Bei der **Regimebeurteilung** sind folgende Punkte zu beobachten: „Verhaltensanpassung der Akteure an das Regime, die Erreichung des angestrebten Handlungszieles, Konkretisierung der Prinzipien.“⁷⁰ „Normen und Regeln und die relativ umfassende Regulierung der Konfliktgegenstände des Problemfeldes.“^{71 72}

Außerdem sind folgende Grundvoraussetzungen für die Schätzung der Kooperation zu beachten:

- a) Gemeinsame Interessen: „less relevance where the states do not have mutual intersects.“⁷³
- b) „Cheating and non-compliance by other states could be obstacle for the cooperation (...) cheat to secure their national interests.“⁷⁴

Es soll noch folgender Aspekt genannt werden: „the neoliberal institutional perspective is more relevant in such areas where states have mutual interests. Cooperation in military and national security areas, where someone's gain perceives as someone's loss may be more difficult to achieve.“⁷⁵

⁶⁸ Menzel, S.180

⁶⁹ ebenda

⁷⁰ Regimes identified by Krasner ((1983) S.2) as „sets of implicit or explicit principles, norms, rules, and decision making procedures around which actors expectations converge in a given area of international relations“ siehe in Baylis, S.373

⁷¹ Lehmkuhl, S.286

⁷² **Principles** are represented by coherent bodies of theoretical statements about how the world works. **Norms** specify general standards of behaviour, and identify the rights and obligations of states. **Decision-making**

procedures identify specific prescriptions for behaviour, the system of voting, for example, which will regularly change as a regime is consolidated and extended” (Baylis 2008, S.300). “**Rules** are the specific standards of behaviour and obligations” (2008, S.300)

⁷³ Baylis, S.214

⁷⁴ ebenda

⁷⁵ ebenda

3 ANALYTISCHER TEIL

3.1 EUROPÄISCHE NACHBARSCHAFTSPOLITIK:

In historischer Begriffsbildung befinden wir uns in der Ära der Globalisierung: “**Globalization** can be conceptualized as a fundamental shift or transformation in the spatial scale of human social organization that links distant communities and expands the reach of power relations across regions and continents.”⁷⁶

Sie hat einen großen Einfluss auf verschiedene Bereiche und in verschiedenen Ebenen internationaler Dimension und sie wird als ein multidimensionaler Prozess gekennzeichnet.⁷⁷

“Over the last three decades the sheer scale and scope of global interconnectedness has become increasingly evident in every sphere from the **economic** to the **cultural**.”⁷⁸

Dieser Prozess hat positive Auswirkungen, bringt aber auch Herausforderungen:

1. den Staaten werden die **transnationalen Probleme** stärker bewusst. Man erkennt, dass es eine Reihe von Herausforderungen gibt, die man auf internationaler Ebene lösen soll und dass sich mehrere Staaten engagieren sollen: Die Umweltsituation, die Wasserversorgung, der Klimawandel u.a sind dafür Beispiele.
2. Internationalisierung der lokalen Ereignisse und der Einfluss internationaler Geschehnisse auf die lokale Ebene. Es zeigt sich ein „**expanded sense of global solidarity**“⁷⁹ so dass die Geschehnisse auf lokaler Ebene nicht nur die innere Angelegenheit des jeweiligen Staates bleiben können.
3. **gemeinsame Herausforderungen**: die technologische Entwicklung, die Durchlässigkeit der nationalen Grenzen bringt weitere Herausforderungen mit sich: illegale Migration, organisierte Kriminalität, Terrorismusdrohung, Geldwäsche u.a sind dabei zu nennen
4. gestiegene wirtschaftliche **Interdependenz**, Energieabhängigkeit, „**Vulnerability**“ sind weitere Faktoren der gegenwärtigen Welt. Die Staaten sind beispielsweise aufgrund neoliberaler Wirtschaft und nicht erneubarer Energieressourcen aufeinander angewiesen.

⁷⁶ Baylis, S.20

⁷⁷ Vgl. ebenda

⁷⁸ Ebenda

⁷⁹ Ebenda, S.25

Die Globalisierung und ihre Aspekte betreffen auch die EU. Die EU-Osterweiterung stellt eine weitere Herausforderung dar. Somit muss die EU ihre Politik auch gemäß diesen Entwicklungen weitergestalten. Es erwies sich als nötig, eine neue Strategie, eine neue Politik in Bezug auf Nicht-EU-Staaten zu entwickeln, die sich durch die EU-Erweiterung der Union räumlich genähert haben. Weitere Aspekte wie wirtschaftliche Interdependenz, Energieabhängigkeit, gemeinsame Herausforderungen machen es für die EU notwendig, mit anderen Staaten ausserhalb der EU zu kooperieren.

„Zum ersten Mal wurde die Europäische Nachbarschaftspolitik in Form eines Konzepts in „Wider Europe-New Neighbourhood“ in Erwägung gezogen.“⁸⁰

Im Jahre 2004 entwickelt die Union „Die sogenannte Europäische Nachbarschaftspolitik“ (ENP): „Ihr Ziel besteht darin, die Entstehung neuer Trennlinien zwischen der erweiterten EU und den Nachbarn zu verhindern und stattdessen Wohlstand, Stabilität und Sicherheit aller Beteiligten zu stärken.“⁸¹

“EU neighborhood policy currently consists of three main strategies: the enlargement process, The European Neighborhood Policy and the four ‘common spaces’ with Russia.”^{82 83}

Fünfzehn Staaten und eine Autonomiebehörde sind in die Europäische Nachbarschaftspolitik miteinbezogen, nämlich Algerien, Armenien, Aserbaidschan, Weißrussland, Ägypten, Georgien, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Moldawien, Marokko, die Palästinensische Autonomiebehörde, Syrien, Tunesien und die Ukraine.

Die EU ist als Kernzone zu betrachten, während die Nachbarstaaten als Peripherie bezeichnet werden können. Eine der Grundideen dieser Politik ist die Sicherheit und Stabilität sowie der

⁸⁰ Wider Europe- Neighbourhood: A new Framework for Relations with Eastern and Southern Neighbours. Communications from the Commission to the Council and the European Parliament Brussels. Brussels, März 2003, Abrufbar unter: <http://www.mfa.gov.ua/data/upload/publication/mfa/ua/2822/communication.pdf>

⁸¹ Europäischer Kommission: Die Politik: Was ist die Europäische Nachbarschaftspolitik?, Abrufbar unter: http://www.ec.europa.eu/world/enp/policy_de.htm

⁸² Siehe dazu: Vahl, Marius(2006), A privileged Partnership? EU-Russian Relations in a comparative Perspective,(Danish Institute for International Studies) Working Paper 2006:3, Abrufbar unter: www.diis.dk/sw18919.asp

⁸³ Auf der Konferenz EU-Russland im November 2003 wurde beschlossen, gemeinsame Tätigkeiten für die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes, eines gemeinsamen Sicherheitsraumes, eines gemeinsamen Freiheitsraumes von Sicherheit und Gerichtsbarkeit, eines gemeinsamen Wissenschafts- und Bildungsraumes einschliesslich der Kulturaspekte durchzuführen. In: Loncova, S.338

Wohlstand der EU-Kernzone, die von der „Außenwelt“, also von der Peripherie in Frage gestellt werden können, sicherzustellen.

Die ENP ist aber auch gedacht, in ENP-Ländern Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu entwickeln, die Menschenrechte verstärkt zu schützen. Sie unterstützt die marktwirtschaftliche Entwicklung, tritt für die Intensivierung des politischen Dialogs u.a ein.

In diesem Zusammenhang sieht sich Russland keinesfalls als ein Teilnehmerstaat der ENP. Vielmehr verlangt Moskau, eine andere Politik zu entwickeln, die sogenannte „Strategische Partnerschaft“, die auf den vier gemeinsamen Bereichen basiert.

Die ENP verbleibt **vom Erweiterungsprozess klar getrennt**, präjudiziert gegenüber europäischen Nachbarn nicht, wie sich deren Beziehungen zur EU im Einklang mit Vertragsbestimmungen weiter gestalten könnten.⁸⁴ Die Vorteile der Erweiterung, nämlich Stabilität, Sicherheit und Wohlstand, sollen laut Europäischer Kommission auch mit den Nachbarländern der EU geteilt werden, jedoch in einer anderen Form als durch eine EU-Mitgliedschaft.⁸⁵

Im Unterschied zu den früheren EU-Projekten legt man bei der ENP einen großen Wert auf Fortschritte der Teilnahmestaaten im jeweiligen Bereich, auf die Erfüllung der Vorbedingungen der EU. Je **grösser** die Fortschritte des jeweiligen Landes sind, desto **intensiver** werden die Beziehungen zwischen ihm und der EU entwickelt und die Integration vorangetrieben. Das ähnelt dem Konzept des Erweiterungsprozesses, jedoch ist dabei „Endziel“ für den Staat, die Teilnahme am **EU-Binnenmarkt (und nicht die EU-Mitgliedschaft.)**

Mit der ENP soll diesen Ländern die Möglichkeit geboten werden, im Sinne einer engen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit an verschiedenen Aktivitäten der EU teilzunehmen.⁸⁶

Ferrero-Waldner legte dar: „Die graduelle Partizipation in einigen EU-Policies könnte eine engere Beziehung zwischen der EU und seinen direkten Nachbarn gestalten. (...) Insbesondere der Zugang zum EU-Binnenmarkt stellt einen großen Anreiz für ENP-Staaten dar.“⁸⁷

⁸⁴ ebenda

⁸⁵ <http://www.europa-digital.de/aktuell/dossier/aussenbez/nachbar.shtml> (zuletzt Juni 2008)

⁸⁶ Ebenda.

Die Beantwortung der Frage, ob die EU mit der Europäischen Nachbarschaftspolitik zeigen möchte, dass die Teilnehmerstaaten dieses Programms nicht als potentielle Beitrittskandidaten anzusehen sind, oder dass lediglich im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik diese Fragestellung nicht behandelt wird, obliegt teilweise der Interpretation der jeweiligen Beteiligten. Es handelt sich hier aber logischerweise um die Unmöglichkeit dieses Beitritts in der Gegenwart, was einzelne Länder betrifft. Von der Geschichte her wissen wir, dass die Europäisierung in ihrer Dynamik immer weitergegangen ist und heutzutage dieser Prozess auch nicht gestoppt wird. Die mögliche Beitrittsperspektive ist deshalb nicht auszuschließen.⁸⁸

„Das entgangene Prestige, als potentielles EU-Mitglied anerkannt zu sein“⁸⁹, besteht zumindest derzeit.

“The European Neighbourhood Policy builds on existing legal and institutional **arrangements** (Association Agreements, Partnership and Cooperation Agreements, the Barcelona Process)”⁹⁰

Die Europäische Nachbarschaftspolitik stellt das erste Projekt einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) dar und gilt zusammen mit der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) als Kernstück der europäischen Diplomatie.⁹¹

Die Europäische **Sicherheitsstrategie** ist als ein Teil der Europäischen Nachbarschaftspolitik zu sehen. Zentral ist dabei das Interesse des Kerns der EU an seiner Absicherung als politisch stabile **Wohlstandszone**. „(Verf.: Sicherheit ist) Importance of acting globally and of preventing the rise of **threats** with all instruments available, including the use of force”⁹²

⁸⁷ Helmerich (2006) abrufbar unter: [http://www.kfibs.org/Artikel/Ausgabe-4-06/Die_Europaeische_Nachbarschaftspolitik_\(ENP\).pdf](http://www.kfibs.org/Artikel/Ausgabe-4-06/Die_Europaeische_Nachbarschaftspolitik_(ENP).pdf)

⁸⁸ Entspricht der Theorieströmung: Realer Intergouvernementalismus

⁸⁹ Vobruba, Georg (2008): Expansion ohne Erweiterung, Die EU-Nachbarschaftspolitik in der Dynamik Europas, In: Osteuropa Heft 57: Die EU und ihre Nachbarn: Inklusion, Exklusion, Illusion; Konturen Europas, S.7-21. Abrufbar unter: www.eurozine.com/articles/2007-02-28-vobruba-de.html

⁹⁰ Balfour, Rosa/Cameron, Fraser (2006): „The European Neighbourhood Policy as a conflict prevention tool. European Policy Centre Issue Paper, abrufbar unter: http://www.conflictprevention.net/library/documents/thematic_issues/prevention_tool___epc_issue_paper_47.pdf

⁹¹ Helmerich (2006), S.1

⁹² Geistlinger, S.79

Wenn man über die Sicherheit der EU spricht, wird dabei nicht nur militärische Sicherheit gemeint, sondern auch Sicherheit anderer Bereiche: “vulnerability of (...) the sectors of **transport, energy and information** due to globalisation. It recognizes the pressing security concerns provoked by poverty, disease and the economic failure linked to political problems and violent conflict.”⁹³

Laut dem Konzept Europäischer Sicherheitsstrategie sind Terrorismus, Lieferung von Waffen, organisierte Kriminalität sowie „failed states“ als weitere Gefahren zu sehen. Im Konzept betont man zwar, dass die Gefahren nicht nur militärisch sind und deren Abwehr nicht nur mit militärischen Mitteln erfolgen soll⁹⁴ sondern: Economic control, political pressure “a mixture of intelligence, police, judicial, military and other means.”⁹⁵

Somit wird die ENP zum Instrument für die Wahrung der Nationalinteressen und der Gewährleistung der Sicherheit.

„Die ENP soll auch zur Verwirklichung eines zentralen Ziels der im Dezember 2002 von der EU beschlossenen Europäischen Sicherheitsstrategie beitragen, nämlich der Förderung der Sicherheit in der unmittelbaren Nachbarschaft der EU.“⁹⁶

Im Zusammenhang mit der ENP sind die **Strategiepapiere, Länderberichte** sowie auch **Aktionspläne** von Bedeutung.

Das wichtigste Dokument für die ENP hat die Europäische Kommission im Mai 2003 vorgelegt. Es wurde das Strategiepapier zur Zukunft der ENP verfasst. Weiteres wurden Länderberichte zum jeweiligen Land erstellt.

Das Strategiepapier legt genauer dar, wie die EU näher mit ihren Nachbarländern zusammenarbeiten kann. Es beschreibt die Grundsätze, den geographischen Rahmen und die Methodologie für die Implementierung der ENP.⁹⁷

Auf Grundlage des Strategiepapiers und der Länderberichte werden die länderspezifischen Aktionspläne erstellt: „Both partners would negotiate and agree action plans setting out reform priorities which, if implemented, would deepen relations between the Union and each country, depending on the individual circumstances.”⁹⁸

⁹³ ebenda

⁹⁴ Vgl. ebenda

⁹⁵ Ebenda S.78

⁹⁶ <http://www.europa-digital.de/aktuell/dossier/aussenbez/nachbar.shtml>

⁹⁷ Vgl. Homepage der Europäischen Kommission: Außenbeziehungen EU-Aserbaidzhan, abrufbar unter:

<http://www.europa-digital.de/aktuell/dossier/aussenbez/nachbar2.shtml>

⁹⁸ Cameron, Fraser/Balfour, Rosa (2006), S.6

Im Wesentlichen bestehen diese Aktionspläne aus zwei „Körben“: einem Korb mit Forderungen der EU (insbesondere in Bezug auf Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte); ein zweiter Korb beinhaltet die Angebote der EU, vor allem eine Teilnahme an bestimmten Programmen und Handelserleichterungen.⁹⁹

Die Aktionspläne haben länderspezifischen Charakter, weil sie direkt mit dem betroffenen Land zusammen besprochen werden und nach seiner Zustimmung angenommen werden.

Im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik werden neue **Einrichtungen wie** Association or Cooperation Councils, committees and sub-committees gegründet. Die Verantwortung für die ENP obliegt der Generaldirektion für Außenbeziehungen der Kommission.

Innerhalb der Generaldirektion für Außenbeziehungen der Kommission (GD RELEX) ist der eine stellvertretende Generaldirektor, Hugues MINGARELLI, für die Beziehungen mit Osteuropa, dem Südkaukasus, Zentralasien, dem Nahen Osten und den südlichen Mittelmeeranrainerstaaten sowie für die Entwicklung und Umsetzung der Europäischen Nachbarschaftspolitik verantwortlich.¹⁰⁰

Unter ihm gibt es noch drei Direktionen, die für die jeweiligen Regionen verantwortlich sind: „Die Mitarbeiter der Kommissionsdelegationen in den Ländern spielen neben sektoralen Fachleuten aus anderen Kommissionsabteilungen ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der Politik. Die Durchführung von Unterstützungsmaßnahmen der EG in diesen Ländern wird von den Delegationen der Kommission in enger Zusammenarbeit mit der Zentrale (GD EuropeAid und GD Außenbeziehungen) gewährleistet.“¹⁰¹

Neue Formen **technischer Hilfe und Programme sowie auch Mechanismen** werden im Rahmen der ENP zur Verfügung gestellt .Dabei sind vor allem Taiex (Technical Assistance and

⁹⁹Mayer, Sebastian (2007): Die Herausforderungen der neuen EU-Ostpolitik im Kaukasus und in Zentralasien, in: Caucaz Europeanews, abrufbar unter: http://www.caucaz.com/home_de/breve_contenu.php?id=231 (zuletzt am 13.01.2008)

¹⁰⁰ Europäische Kommission: Die Europäische Nachbarschaftspolitik : Kontakt mit der Kommission, abrufbar unter: http://ec.europa.eu/world/enp/contact_de.htm

¹⁰¹ ebenda

Information EXchange) und Twinning-Programme (langfristige Programme langfristig angelegte Twinning-Projekte der Verwaltungen der EU-Mitgliedstaaten, die Teilnahme an einschlägigen Gemeinschaftsprogrammen und -agenturen.) zu betonen.

Zu erwähnen sind weiters die Programme **TACIS** und **MEDA**. Ab 2007 erstellte man anstelle dieser zwei Programmen **ENPI**. Damit wird die EG-Hilfe durch ein neues Instrumentarium erfolgen.

„Die Regionalprogramme wie TACIS, TRASECA, INOGEYT, ECHO u.a sind Programme, die unterschiedlichen rechtlichen Status, Ziele und Budgets aufweisen. Das hat zur Folge, dass eine Verbindung und Folgerichtigkeit nicht gegeben war, was für die Integration einen negativen Einfluss bedeutete.“¹⁰² „Dies (Verf: ENPI) hat zum Ziel, die Finanzierung der ENP-Länder besser zu koordinieren. Alle ENP-Länder werden dieses Instrument in Anspruch nehmen können.“¹⁰³

„Innerhalb des Zeitraumes 2004 bis 2006 sollen zur **Finanzierung** der neuen Europäischen Nachbarschaftspolitik insgesamt 2,5 Mrd. € aus den Mitteln der Programme der EU-Außenhilfe bereitgestellt werden. Im Rahmen des ENPI beträgt die finanzielle Hilfe für den Zeitraum 2007-2013 11.181 Milliarden Euro.“¹⁰⁴

3.2 DER SÜDKAUKASUS UND DIE EU

Die Gestaltung der Europäischen Nachbarschaftspolitik und das Einbeziehen der südkaukasischen Länder in diese Agenda geschahen nicht parallel. Zunächst waren sie als potentielle ENP-Länder in dieser Politik nicht wahrgenommen worden obwohl die Region „Südkaukasus“ von der Geschichte her im Interessenskreis Europas liegt.

Am 22.Juli 1999 fand ein Treffen des EU-Ministerrats und der Staatsoberhäupter der südkaukasischen Länder statt. Bei diesem Treffen hat der Ratsvorsitzende und Außenminister Deutschlands Joschka Fischer eine Rede gehalten und im Rahmen der EU-Erweiterung das

¹⁰² Hemidov, S.175

¹⁰³ Nähere Information dazu siehe unter: <http://www.enpi-programming.eu/wcm/content/category/5/157/200/en/>

¹⁰⁴ Berliner Senatskanzlei: ENPI – European Neighbourhood Policy Instrument, abrufbar unter: <http://www.berlin.de/rbmskzl/europa/foerderprogramme/enpi.html> (zuletzt September 2008)

Thema der Sicherheitsgewährleistung für die EU angeschnitten. In diesem Zusammenhang hat er die Rolle der südkaukasischen Länder in der Aussenpolitik der EU betont und diese Region als sehr wesentlich für die Union bezeichnet.¹⁰⁵

Im Jahre 2003 fand in Berlin die Konferenz über Südkaukasien namens “Ruf für Europa” statt und dort wurde der Kaukasus als eine problematische Peripherie bezeichnet und betont: “Die EU hat keine folgerichtige Strategie. Die Strategie der letzten 10 Jahre war erfolglos und das dauert bis heute noch an. In einer solcher Situation wird aber der Südkaukasus nicht in die ENP genommen. Das zeigt sowohl eine Unbestimmtheit, eine Unvollständigkeit sowie die Schwäche dieser Strategie.”¹⁰⁶

Über das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) herrschte beispielsweise auch die Meinung, dass dieses Abkommen keine Hilfe leistet, weder für die Demokratieetablierung noch bei der Lösung des Karabach-Konflikts, leistet.¹⁰⁷ Die EU wird besonders wegen der Tatsache kritisiert, dass ihre Ziele ganz klar vorgestellt sind, die Strategien und Mechanismen für die Zielerreichung sich aber als ineffektiv erweisen.¹⁰⁸

Im Jahre 2003 wurde das Sicherheitskonzept der EU abgeschlossen und in diesem Konzept die Region Südkaukasus als Nachbarland bezeichnet. Die EU solle sich nach dem Konzept mit den Problemen der Region mehr befassen.¹⁰⁹

Ende des Jahres 2003 hat das EU-Parlament nach durchgeführten Beratungen einen Beschluss gefasst: “Die Kommission hat den Südkaukasus in die ENP nicht aufgenommen. Diese Situation muss geändert werden und diese Nachbarschaftspolitik muss auch Aserbaidschan, Armenien und Georgien betreffen. Um Konflikten vorzubeugen, muss die EU-Rolle in der Region gestärkt werden.”¹¹⁰

¹⁰⁵ Hamidov, S. 178

¹⁰⁶ Hamidov, S.179

¹⁰⁷ Vgl. Lynch, Dov (2003): The South Caucasus: Challenge for the EU. Institute for Security Studies, abrufbar unter: <http://aei.pitt.edu/1606/> (zuletzt am November 2008)

¹⁰⁸ Vgl. ebenda

¹⁰⁹ Vgl. <http://ue.Eu.int/solana/docs/031208ESSIIEU.pdf>

¹¹⁰ Hemidov, S.179

„In early July 2003 the EU nominated an EU Special Representative (EUSR) for the South Caucasus.“¹¹¹ Das war der erste Schritt in Richtung der engeren Kooperation zwischen dem Südkaukasus und der EU. Im Jahre 2004 hat die Kommission ein strategisches Dokument verfasst und dort empfohlen, die Länder des Südkaukasus in die ENP aufzunehmen.¹¹² Bald danach wurde dieser Vorschlag der Europäischen Kommission akzeptiert. Die Aufnahme dieser Länder in die ENP erfolgte aufgrund der Empfehlungen der EU-Organe, wie das EU-Parlament, die EU-Kommission, der Höchstrepräsentanten der Kommission und der Vertreter für den Südkaukasus.¹¹³

Dies geschah zu der Zeit, als die Politik der USA in diesem Gebiet sich veränderte. Der Grund dafür, warum die EU die südkaukasischen Ländern in erster Etappe in die ENP nicht einbeziehen wollte, lag an Russland: die EU besaß diese Kapazität nicht, im Südkaukasus eine Schlüsselposition einzunehmen und das traditionelle Machtgleichgewicht dadurch zu beeinträchtigen. Bei der damaligen Interessenskonstellation und der Energieabhängigkeit der EU war eine durch eine solche Handlung ausgelöste russische Empörung unerwünscht.

Die erfolgreiche Rosenrevolution in Georgien und die Machtübernahme durch proamerikanische politische Kräfte in Tbilisi im Januar 2004 änderte die Situation maßgeblich und rückten die USA näher in die Region.

Mit Georgien gewann diese Hegemonialmacht einen weiteren Verbündeten in diesem Gebiet. Nach der Ansicht von Washington sollte die Integration des Südkaukasus eine weitere Etappe bei der Erweiterung der NATO bilden.¹¹⁴ Dabei spielte Georgien eine Schlüsselrolle. Die Mitgliedschaft Georgiens in diese Organisation würde natürlich die verstärkte Annäherung Aserbaidschans an die NATO-Strukturen mit sich bringen, was wohl einen Kurswechsel Armeniens zur Folge hätte.

Die Machtübernahme durch den proamerikanisch eingestellten Saakashwili beeinflusste die Außenpolitik der EU und aus der Sicht der USA gewannen sie einen Alliierten bezüglich ihrer Südkaukasischen Politik. Erst danach schlug die Europäische Kommission vor, die

¹¹¹ Nuriyev, S.297

¹¹² European Neighbourhood Policy. Strategy Paper, abrufbar unter: http://europe.eu.int/comm-world/enp/pdf/strategy/Strategy_Paper_EN.pdf. European Neighbourhood Policy. Strategy Paper

¹¹³ Hemidov, S.184

¹¹⁴ Vgl. ebenda

südkaukasischen Ländern in die ENP aufzunehmen: „Georgia, Armenia and Azerbaijan are not included in the Neighbourhood Policy. Georgia in particular has shown clear interest in participating, and has recently made great strides to join our community of shared values. I think this is good news.“¹¹⁵

“The EU-driven security project for the South Caucasus is based on the assumption that the EU espoused values and policies, though **not yet** the **institutional** reach of the EU can be expanded to the region.“¹¹⁶

Die ENP dient als ein Mittel für die Etablierung des Friedens und der Stabilität in der Region, sie ist nämlich ein Teil der Sicherheitspolitik der EU: “Dabei sind nicht nur „military issue but also other aspects connected to the territorial survival of states, such as environmental and energy issues and terrorism“ zu bedenken.¹¹⁷, sowie Instabilität und Schwäche der Regierungen benachbarter Staaten und Energiprobleme. Im Rahmen dieser Herausforderungen gewinnt die Region an Bedeutung.

Die ENP beinhaltet folgende Punkte für die Region¹¹⁸:

- Die Integration der Teilnahmestaaten in das globale Handelssystem zu unterstützen, Handelsbeziehungen mit der EU und auf regionaler Ebene.
- Wirtschaftliche und soziale Entwicklung wird unterstützt sowie der Kampf gegen Armut
- Die Reformen auf administrativer Ebene, die Zusammenarbeit der EU und der Teilnahmestaaten auf administrativer und Sicherheitsebene.
- Die illegale Migration zu stoppen und Lebensbedingungen der rechtmäßigen MigrantInnen zu verbessern.

¹¹⁵ Günther Verheugen (2004): the Speech about European Neighbourhood Policy in the Prime Ministerial Conference of the Vilnius and Visegrad Democracies: "Towards a Wider Europe: the new agenda. Bratislava, 19.März. Abrufbar unter: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/04/141&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

¹¹⁶ Nies, Susanne (2008): Oil and Gas Delivery to Europe. Paris/France, The French Institute for International Relations. Abrufbar unter: www.ifri.org

¹¹⁷ Geistlinger, S.182

¹¹⁸ Europäische Kommission (2007): Europäische Nachbarschaftspolitik. In: Bulletin der Europäischen Union, Baku

- Die Zusammenarbeit in den Bereichen Verkehr, Energie, Telekommunikation, Forschung zu verbessern.
- Die Zusammenarbeit für die Umwelt zu verstärken
- Die Beziehungen auf Bildungs-, Forschungs- und auch auf kultureller Ebene zu verstärken.
- Die gemeinsame Abwehr der Sicherheitsgefährdung
- Die gemeinsamen Konfliktpräventionsmaßnahmen

Die wirtschaftlichen und politischen Reformen werden seitens der EU sehr begrüßt:

„Die EU macht politische und wirtschaftliche Fortschritte deutlicher als zuvor zur Vorbedingung von Integrationsschritten, welche bis zu einer Teilnahme am EU-Binnenmarkt reichen können.“¹¹⁹

Im Falle des Südkaukasus gibt die EU **dem regionalen Ansatz** besondere Bedeutung bzw. den Vorrang, „während die Aktionspläne auf die individuelle Situation jedes Landes zugeschnitten sein sollen“.¹²⁰ Außerdem weist sie auf die Notwendigkeit der Konfliktbeilegungen trotz keines direkten Zugangs ihrerseits zur Konfliktlösung.

In Bezug auf die südkaukasischen Staaten werden in den Aktionsplänen Fortschritte bei der Lösung von Konflikten und eine intensivierte regionale Zusammenarbeit angemahnt¹²¹, dies wird als Voraussetzung für die Integration angesehen.

Wie schon oben erwähnt bildet die Energiesicherheit einen wesentlichen Aspekt der EU-Außenpolitik. In der europäischen Sicherheitsstrategie wird gesagt: “Energy Security is considered “a special concern for Europe” (...) is particularly important when examining the Southern Caucasus and its potentiality, both in terms of resources (Caspian Oil) and in terms of transport (the trajectory of pipelines)”¹²²

¹¹⁹ Mayer, Sebastian (2007): Die Herausforderungen der neuen EU-Ostpolitik im Kaukasus und in Zentralasien, in: Caucasus Eurpenews, 21.03.2007; abrufbar unter: http://www.caucaz.com/home_de/breve_contenu.php?id=231

¹²⁰ Vgl. ebenda

¹²¹ ebenda

¹²² Geistlinger, S.80

Alongside the priority sectors of democracy, rule of law and respect for the human rights, great attention is given to energy. The resources coming from the Caspian Sea and Central Asia are particularly important for EU needs-the individual action plans will have to envisage concrete initiatives to improve dialogue and cooperation on energy matters and to promote a gradual convergence of policies and regulations.¹²³

3.3 DIE EU UND ASERBAIDSCHAN

Die Beziehungsgestaltung zwischen der EG/EU und Aserbaidshan weist verschiedene Intensitäten auf. Im Anfangsstadium des Beziehungsaufbaus war die EG viel zurückhaltender gegenüber Aserbaidshan. 1991 anerkannte die EG die Unabhängigkeit des Landes und seit August 1992 sind diplomatische Beziehungen zwischen den beiden Völkerrechtssubjekten aufgenommen. „Trotzdem waren die Beziehungen in der ersten Phase ihrer Entwicklung nur auf humanitäre Hilfe (im Rahmen des Programms „ECHO“) und Lebensmittelbelieferungen reduziert.“¹²⁴ „Im Südkaukasus pflegte die EU vielmehr mit Georgien und Armenien verstärkte Beziehungen. Während die EU Georgien in der Höhe von 2 Millionen ECU finanzielle Hilfe zur Verfügung stellte und dort im Jahre 1993 ihre Vertretung eröffnete, war der Geldbetrag für Aserbaidshan lediglich 200.000 ECU und der Sondergesandte für diesen Staat wurde erst im Jahre 1998 beauftrag.“¹²⁵

Diese Passivität in den Beziehungen kann folgendermaßen erklärt werden: Aserbaidshan bildete damals eine entfernte Peripherie. Die inneren Unruhen (Bürgerkrieg, instabile politische Situation aufgrund des Karabach Krieges) distanzierte die EG noch mehr von Aserbaidshan. Die Bewältigung der Unruhen in der Balkan Region standen an erster Stelle in der Präferenzliste der EG, so dass sie sich auf dieses Problemfeld mehr konzentrierte.¹²⁶

¹²³ Geistlinger, S.194; vgl. Daniela Irrera unter: <http://www.jhube.it/ecpr-riga/virtualpaperroom/078.pdf>

¹²⁴ Hemidov, S.160

¹²⁵ Hemidov, S.150

¹²⁶ Hemidov, S.160

Bis 1995 bekam Aserbaidtschan aufgrund der kriegerischen Situation im Karabach-Gebiet humanitäre Hilfe (ECHO Programm). Bis 2005 betrug diese finanzielle Hilfe etwa 82 Millionen Euro, davon wurden 60 Millionen Euro in den Jahren 1992, 1993, 1994 und 1995 ausbezahlt.¹²⁷

Einen Wendepunkt in den Beziehungen brachte das Waffenstillstandsabkommen des Jahres 1994 mit sich.

Bald danach unterzeichnete Aserbaidtschan mit der EU im Jahre 1996 das Abkommen, das den Beziehungen eine rechtliche Grundlage gab: Das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) trat im Jahre 1999 in Kraft. Es umfasste alle Bereiche, einschließlich politische und ökonomische. „With the entry into force of the PCA and the improvement of the economic situation in the country, the focus of EU assistance is shifting from humanitarian aid to rehabilitation and reconstruction and promotion of trade and investment links.“¹²⁸

„Seinen Sonderbeauftragten hat die EU nach Aserbaidtschan im Jahre 1998 geschickt. Kurz danach, im Jahre 2000, wurde die aserbaidtschanische Dauervertretung in der EU eröffnet.“¹²⁹

Wie man sieht, waren die Beziehungen in der Phase zwischen 1999 und 2003 besser strukturiert, effektiv und wurden auf verschiedene Sektoren ausgeweitet. Insgesamt hat die EU an Aserbaidtschan bis heute ca.400 Millionen EURO finanzielle Hilfe geleistet.¹³⁰

¹²⁷ Kerimova, S.124

¹²⁸ European Parliament (2004): NOTE ON THE POLITICAL AND ECONOMIC SITUATION IN AZERBAIJAN AND ITS RELATIONS WITH THE EUROPEAN UNION, 19.August 2004, Louxemburg, abrufbar unter http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/nt/543/543520/543520en.pdf

¹²⁹ Vgl. Außenministerium Aserbaidtschans, abrufbar unter : www.mfa.gov.az

¹³⁰ Caspian Business News (2005): The European Union and Azerbaijan: Partnership and Cooperation Brochure (2005), Baku.

Tabelle 1: Die Aufschlüsselung der Hilfe der EU an Aserbaidshan¹³¹:

Allocations for assistance by the European Union to Azerbaijan (million euro)

Year	Tacis ¹	Echo ²	FSP ³	FEOGA ⁴	EXAP ⁵	REHAB ⁶	EHA ⁷	Total
1992	12,5							12,5
1993	4,0	12,24					8,0	24,24
1994	4,0	18,85						22,85
1995	6,0	28,82		43,0				77,82
1996	8,0	7,7	14,5	22,65		3,0		55,85
1997	8,0	6,1	16,0			4,0		34,1
1998	8,0	4,1	14,0		10,0	4,5		40,6
1999	8,0	3,36	12,0		10,0	3,0	1,5	37,86
2000	7,0	1,5			10,0	3,67		22,17
2001	7,0							7,0
2002	7,0							7,0
2003	7,0		10,15					17,5
2004	n/d		10,15					10,15
TOTAL	86.5	82.67	76.8	65.65	30.0	18.17	9.5	369.29

Participation in regional programmes not included

¹ Tacis – Technical Assistance Programme for CIS

² Echo – European Community Humanitarian Office

³ FSP – Food Security Programme

⁴ FEOGA – European Guidance and Guarantee Fund

⁵ EXAP – European Union Exceptional Assistance Programme

⁶ REHAB – European Union Rehabilitation Programme

⁷ EHA – EU Exceptional Humanitarian Assistance

Seit 2004 begann eine weitere Phase in der Beziehungsgestaltung. Mit dem neuen Instrument der "Europäischen Nachbarschaftspolitik" (ENP) erhielten die Beziehungen zwischen Aserbaidshan und der EU eine neue Dynamik.

Die Europäische Nachbarschaftspolitik sollte für den Staat folgende Möglichkeiten bzw. Chancen anbieten¹³²:

¹³¹ ebenda

¹³² Homepage des Außenministeriums Aserbaidshans, abrufbar unter:
<http://www.mfa.gov.az/az/international/organizations/union.shtml>

- Die Reformen unter Achtung der gemeinsamen Werte auf politischer, wirtschaftlicher und administrativer Ebene rational durchzuführen. Die Entwicklung in diesem Rahmen bietet die Chance am Binnenmarkt teilzunehmen.
- Die freie Beweglichkeit der Bürger, des Kapitals, der Waren und Leistungen zu gewährleisten durch die Integrations- und Liberalisierungsprozesse.
- Mit den EU-Ländern einen rationalen politischen Diskurs und eine Zusammenarbeit durchzuführen, begünstigte Handelsbeziehungen und einen offenen Markt zu gewährleisten, Kampf gegen illegale Migration und Drogenhandel und gegen die organisierte Kriminalität zu führen, eine begünstigte Lage für die Investitionen zu schaffen, neue Finanzquellen, die Mitgliedschaftsversuche des Landes in die WTO zu unterstützen u.a .

Die Kernelemente der Europäischen Nachbarschaftspolitik bilden die bilateralen ENP-Aktionspläne, die gemeinsam zwischen der EU und jedem Partner vereinbart werden¹³³.

Auf Basis des Länderberichts (März 2005) wurde der erste Aktionsplan zwischen der EU-Kommission und der nationalen Regierung diskutiert und schließlich am 14. November 2006 in Brüssel angenommen.¹³⁴ Es ist das neueste Dokument, das spezifische Ziele für die EU-Politik im Falle Aserbaidschan festlegt. Der im Jahre 2006 angenommene Aktionsplan endet 2011.

Der fünf jährige Aktionsplan enthält eine Agenda politischer und wirtschaftlicher Reformen mit kurz- und mittelfristigen Prioritäten. Ganz im Unterschied zu früherer Politikgestaltung sind bei Aktionsplänen beschränkte Zeiträume gedacht. Die Umsetzung dieser Aktionspläne erfolgt mit Hilfe von Unterausschüssen, die deren Realisierung unterstützen und begleiten.

Im Vergleich zu früheren Programmen wie z.B. TACIS ist die Arbeit mit den nationalen Behörden vor Ort im Rahmen der ENP sehr aktiv, die Aktionspläne und die Prioritätsbereiche

¹³³ http://www.ec.europa.eu/world/enp/policy_de.htm

¹³⁴ http://ec.europa.eu/external_relations/azerbaijan/index_en.htm 14.12.2007

werden direkt in Zusammenarbeit mit ihnen besprochen und schliesslich festgelegt. Zum ersten Mal (zum Unterschied zu PKA) kommen die Regierung, die Bürgergesellschaft und die Institutionen der EU im Rahmen dieser Politik zusammen.¹³⁵

“A large cooperation requests the involvement of Non-State actors and, in particular, NGOs etc (...) the ENP should have a human face civil society participation should go beyond exchanges and cooperation programmes, by way of civil society representatives being stakeholders in the reform process in the preparation of legislation, the monitoring of it's implementation or in developing national or regional initiatives. This will encourage the growth of a climate of confidence, a sort of agreed agenda for common work. The participation of both state and non-state actors in the decision making processes is formally provided for.”¹³⁶

Der Aktionsplan beinhaltet zehn wichtige Prioritäten. Im Grunde genommen, unterscheiden sich die Prioritätsbereiche der südkaukasischen Länder voneinander nicht so sehr. Jedoch gibt es länderspezifische Aspekte in jedem Aktionsplan.

Im Folgenden die wesentlichen Punkte, die im Aktionsplan benannt sind:

Beitrag zu einer friedlichen Lösung des Berg-Karabach Konflikts; Stärkung der Demokratie in Aserbaidshan, auch durch einen fairen und transparenten Wahlprozess im Einklang mit den internationalen Anforderungen, Stärkung des Schutzes der Menschenrechte, der Grundfreiheiten und des Rechtsstaats im Einklang mit den von Aserbaidshan eingegangenen internationalen Verpflichtungen (PKA, Europarat, OSZE, UN), Verbesserung der Funktionsweise der Zollbehörden, Unterstützung einer ausgewogenen und nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung mit den besonderen Schwerpunkten, Diversifizierung wirtschaftlicher Tätigkeiten, Entwicklung der ländlichen Gebiete, Verringerung der Armut und soziale und lokale Kohäsion; Förderung der nachhaltigen Entwicklung einschließlich Umweltschutz, weitere Konvergenz der Wirtschaftsgesetze und der Verwaltungspraktiken, Stärkung der bilateralen Energiezusammenarbeit EU-Aserbaidshan und der regionalen Zusammenarbeit im Energie- und Verkehrsbereich, um die Ziele der Ministerkonferenz von Baku vom November 2004 zu

¹³⁵ Vgl. Das Vertretungsbüro der Europäischen Kommission in Baku, abrufbar unter: www.Europahouse-az.org

¹³⁶ Geistlinger, S. 209

erreichen, Stärkung der Zusammenarbeit im Bereich der Justiz, der Freiheit und der Sicherheit einschließlich der Grenzverwaltung, Stärkung der regionalen Zusammenarbeit.¹³⁷

Besondere Aufmerksamkeit wird dem Energiebereich gewidmet. Diese Partnerschaft wird durch ein weiteres Dokument nämlich Memorandum of Understanding, das am 7. November 2006 unterzeichnet wird, gefestigt. "In the context of the ENP Action Plan, EU and Azerbaijan signed on 7 November 2006 a Memorandum of Understanding aimed at establishing a partnership in the field on energy. The MoU represents a crucial step to strengthen EU's energy relations with Baku, assisting at the same time the country to modernize, make more efficient and reform its domestic energy sector."¹³⁸

Die Aktionspläne sind für fünf Jahre gedacht, können aber weiter verlängert werden und die Prioritätsbereiche werden auch im nachhinein abhängig von den Fortschritten ergänzt bzw. geändert. Die Kommission erstellt mit Hilfe von Höchstrepräsentanten zwei Berichte über den Durchsetzungsgrad der Aktionspläne, basierend auf diesen Dokumente werden weitere Prioritäten bestimmt. Die Durchsetzung der Aktionspläne nähert das Mitgliedsland noch mehr an die EU an.

Die wesentlichen Punkte der partnerschaftlichen Beziehungen, Prioritätsfelder, sind im Länderstrategiepapier 2007-2013 vorhanden.

"Auf Basis dieser Handlungsstrategien werden mittelfristige Planungsdokumente, sog. Nationale Indikationsprogramme – NIP (über 3-4 Jahre), für jedes Land bzw. im Falle von grenzüberschreitenden Aktivitäten, für mehrere Länder aufgestellt."¹³⁹ Diese Programme werden in Übereinstimmung mit der Regierung verfasst und angenommen. Das jetzige nationale Indikationsprogramm deckt den Zeitraum 2007-2011 ab.

Gestützt auf LSP, sowie auch auf NIP wird ENPI (Das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument) für die Zielerreichung eingesetzt. ENPI ist das neue Instrument für die Hilfe für Aserbaidschan nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch auf den Ebenen, die seine transnationalen/regionalen, grenzübergreifenden Komponenten beinhalten. ENPI wird auf nationaler, regionaler und interregionaler Ebene benutzt.

¹³⁷ Die Europäische Kommission: ENP Aktionsplan EU-Aserbaidschan, Siehe http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action_plans/azerbaijan_enp_ap_final_de.pdf

¹³⁸ http://ec.europa.eu/external_relations/azerbaijan/eu_azerbaijan_summary/index_en.htm

¹³⁹ <http://www.berlin.de/rbmskzl/europa/foerderprogramme/enpi.html>

Nationale Zuweisung von Mitteln des ENPI für Aserbaidshan:

Das Nationale Richtprogramm (NRP) für 2007-2010 legt den Tätigkeitsschwerpunkt im Rahmen der nationalen Mittelausstattung des neuen Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments (ENPI) genauer fest. Es soll die Planung und Ermittlung von Projekten durch Festlegung einer begrenzten Zahl von Prioritätsbereichen und der zu erreichenden Ziele und Ergebnisse leiten.¹⁴⁰

Dabei sind die folgenden Prioritätsbereiche festgesetzt:

Tabelle 2: Vorläufige Aufschlüsselung der Mittel¹⁴¹

<u>Prioritätsbereich 1:</u> Unterstützung der demokratischen Entwicklung und der verantwortungsvollen Staatsführung	30 Mio. €
<u>Prioritätsbereich 2:</u> Unterstützung der sozioökonomischen Reform (mit Schwerpunkt auf der Angleichung der Regulierung an den Besitzstand der EU), Kampf gegen die Armut und Aufbau von Verwaltungskapazitäten	32 Mio. €
<u>Prioritätsbereich 3:</u> Unterstützung rechtlicher und wirtschaftlicher Reformen in den Sektoren Verkehr, Energie und Umwelt	30 Mio. €
Insgesamt	92 Mio. €

1) Demokratische Entwicklung und verantwortungsvolle Staatsführung

Unterpriorität 1: Reform der öffentlichen Verwaltung und der öffentlichen Finanzverwaltung, einschließlich interner Kontrolle und externer Rechnungsprüfung des öffentlichen Sektors

Unterpriorität 2: Rechtsstaatlichkeit und Reform des Justizwesens

Unterpriorität 3: Menschenrechte, Entwicklung der Zivilgesellschaft und kommunale Selbstverwaltung

¹⁴⁰ Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument, Nationales Richtprogramm 2007-2010, abrufbar unter: http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi_nip_azerbaijan_de.pdf

¹⁴¹ Ebenda.

Unterpriorität 4: Bildung, Wissenschaft und direkte persönliche Kontakte/Austausch

2) Sozioökonomische Reform (mit Schwerpunkt auf Rechtsangleichung an den Besitzstand der EU), Kampf gegen Armut und Aufbau von Verwaltungskapazitäten

Unterpriorität 1: Förderung des bilateralen Handels, Verbesserung des Investitionsklimas und Stärkung der sozialen Reform

Unterpriorität 2: Unterstützung bei der Umsetzung von SPPRED/SPRSSD, des Staatsprogramms für regionale Entwicklung und der Regierungspläne für den Nichtölsektor (Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Diversifizierung der Wirtschaft).

Unterpriorität 3: Sektor-bezogene Aspekte der Regulierung, einschließlich öffentliches Rechnungswesen.

3) Unterstützung rechtlicher und wirtschaftlicher Reformen in den Sektoren Verkehr, Energie und Umwelt.¹⁴²

Unterpriorität 1: Energie, einschließlich Reformen des inländischen Rechtsrahmens und der Märkte

Unterpriorität 2: Verkehr, einschließlich Reformen des inländischen Rechtsrahmens und der Märkte

Unterpriorität 3: Umwelt

Für den Zeitraum 2007-2013 wird gedacht, 12 Milliarden Euro im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik zur Verfügung zu stellen, davon sind 92 Millionen Euro für nationale Hilfsprogramme für Aserbaidschan gedacht.

¹⁴² Aserbaidschan: Landestrategiepapier, abrufbar unter:
http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi_csp_azerbaijan_de.pdf 2007-2013

3.4 DIE EU: INTERESSEN UND PERSPEKTIVEN:

Für die EU scheint Aserbaidschan aus verschiedenen Gründen von Interesse zu sein. Der länderspezifische Aktionsplan beinhaltet zehn Prioritätsbereiche, die besagen, in welchen Bereichen die Zusammenarbeit stattfinden wird. In dem vorangegangenen Kapitel habe ich sie aufgeschlüsselt.

Sicherheitspolitische und auch wirtschaftspolitische Interessen sollen dabei eine wichtigere Rolle haben.

Energiesicherheit und Intensivierung der Beziehungen im Energiebereich sind dabei Schlüsselbegriffe.

„Als einer der weltgrößten Importeure von Erdöl, Erdgas und Kohle ist die EU ein wichtiger Akteur auf dem internationalen Weltenergiemarkt.“¹⁴³ Die EU deckt ihren Bedarf an Energieressourcen - sowohl bei Erdöl als auch Gas- mit Importen.

Die Abhängigkeit der EU-Länder von Importen wächst von Jahr zu Jahr und die EU hat daher begonnen, energiepolitische Aspekte in ihre Beziehungen zu Drittländern zu integrieren.¹⁴⁴

“Around 25% of Europe’s oil comes from Russia, 24% from the Middle East, 21% from Africa, and 22% from Norway.”¹⁴⁵

¹⁴³ „Geopolitische Aspekte der EU-Energieversorgung“ in: Euractiv. 20.Juli 2005, abrufbar unter: <http://www.euractiv.com/de/energie/geopolitische-aspekte-eu-energieversorgung/article-142798>

¹⁴⁴ 40 % der EU-Gasimporte stammen derzeit aus Russland, Bis 2030 werden 60 % aller Gasimporte voraussichtlich aus Russland kommen und die Abhängigkeitsrate wird auf 80 % steigen., 45 % der Ölimporte kommen derzeit aus dem Nahen Osten. („Geopolitische Aspekte der EU-Energieversorgung“ in: Euractiv. 20.Juli 2005)

¹⁴⁵ Nies, S.24

Tabelle3: Rohöl Importe: EU 27¹⁴⁶
(in Million Tonnen)

Source: European Union Energy and Transport in Figures (2007)

Origin	2000	2002	2004	2006	2006 %
Russia	112.4	154.7	188.9	189.0	33.5
Norway	115.9	103.1	108.6	89.1	15.8
Saudi Arabia	65.1	53.1	64.5	50.9	9.0
Libya	45.5	39.2	50.0	53.2	9.4
Iran	35.5	25.9	35.9	36.4	6.4
Kazakhstan	9.9	13.4	22.2	26.8	4.8
Algeria	21.4	18.0	21.6	16.5	2.9
Other Origin	55.3	64.7	49.3	70.6	12.5
Other middle East	54.7	43.2	28.5	32.1	5.7

“Gas supply in Europe essentially comes from four sources outside of Domestic production; production within the EU accounts for around a third, and imports come from the following four countries: **Russia** (46% of imports), **Norway** (27%), and **Algeria** (20%), and to a lesser extent **Nigeria** (less than 8%).”¹⁴⁷

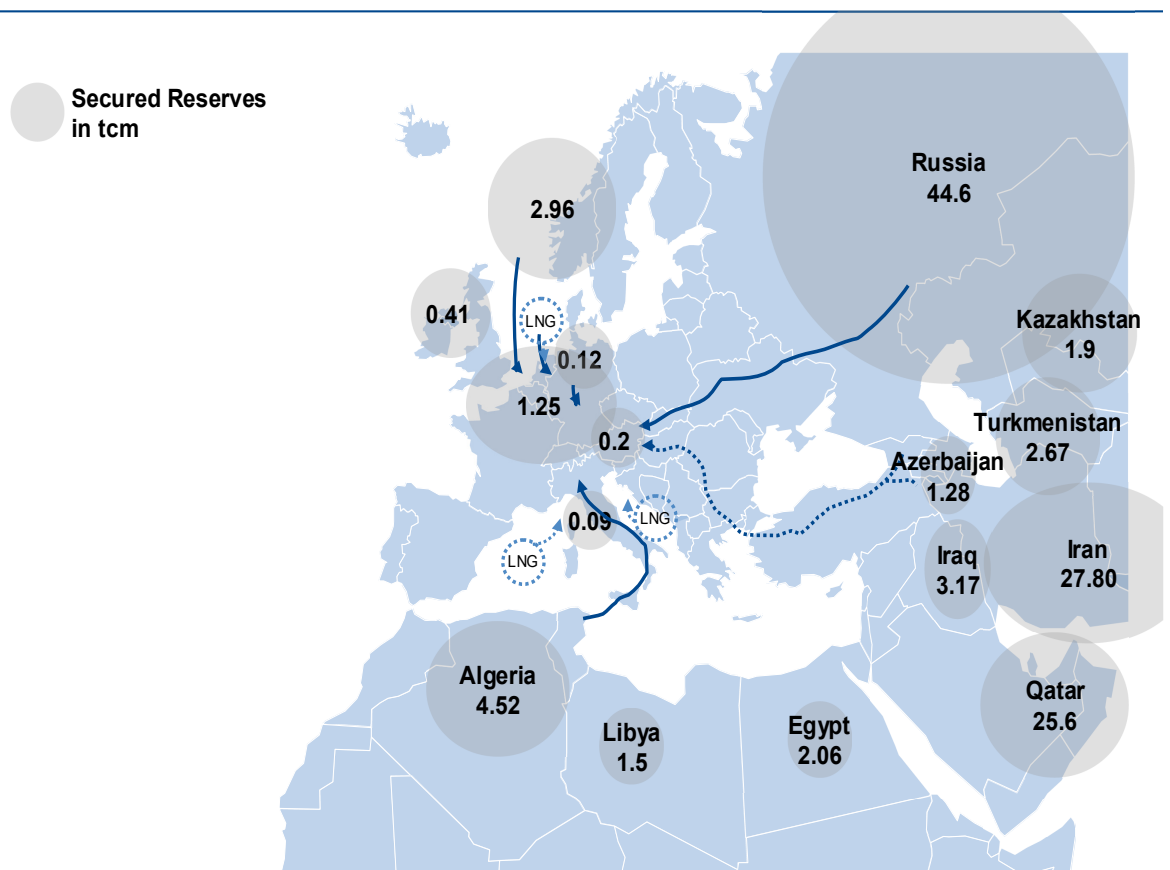
“The world’s natural gas reserves are held by Russia (29%), Iran (15.2%), Qatar (14%)
“„Russia, having the largest gas reserves in the world with 50,000 billion m3 proved. “¹⁴⁸

¹⁴⁶ Haghighi, Sanam (2008): The Geopolitical Aspects of European Energy Policy. From the Conference: Climate Change and Energy Security: Major Challenges of European Energy Policy. Brussels. Abrufbar unter: http://www.elfr.org/_Haghighi__Brussels_December_2008_Presentation.PPT#260,1,Slide 1 (zuletzt im Mai, 2009)

¹⁴⁷ Nies, S.44

¹⁴⁸ Ebenda, S.61

Abbildung 1: Hauptgasreserven ¹⁴⁹



LNG: Liquid Natural Gas

Besonders der mitteleuropäische Raum sowie Deutschland sind im Energiebereich weitgehend auf Russland angewiesen. Die EU will für ihren angestiegenen Bedarf an Energiereserven durch neue Quellen vorsorgen.

Die Abhängigkeit der EU von einem Energielieferant, nämlich von Russland, ist sehr groß, sie möchte diese Abhängigkeit möglichst durch alternative Energielieferanten abbauen.

Denn “Russia’s image as reliable supplier has damaged. This approach is interpreted

¹⁴⁹ Haghighi, Sanam

as one of the consequences of the **Russia-Ukraine and Russia- Belarus conflicts** in 2006, 2007, and 2008, to mention only the most publicized transit crises, and which gravely damaged **Russia's image as a reliable supplier.**"

Der Kaspische Raum wird dabei seitens der EU als alternativer Energielieferant angesehen.

„Laut russischen Experten ist der Anteil der vorhandenen Erdölreserven in der Region etwa 25 Milliarden Tonnen, wobei insgesamt auf der Welt etwa 150 Milliarden Tonnen gegeben sind.“¹⁵⁰

Laut westlichen Expertenmeinungen wird dem Rohöl aus dem kaspischen Meer als Alternative zu arabischem Erdöl etwa im Jahre 2010 eine wichtigere Rolle eingeräumt. Der Kaspische Raum gilt als das drittgrößte Erdölreservoir der Welt.“¹⁵¹ In diesem Raum schätzt Aserbaidshan die

EU als einen wichtigen Partner im Energiebereich. Aserbaidshan wird seitens der EU als ein Gas- und Erdöllieferant angesehen. Das weckt bei der Union ein starkes Interesse an engerer Zusammenarbeit und vertieften Beziehungen. „Im Kaspischen Bassin sind ungefähr 200 Milliarden Barrel Ölreserven vorhanden. Ca.10% der gesamten Ölreserven auf der Welt sind im aserbaidshanischen Teil vorhanden.“¹⁵² In dem Teil der, „Aserbaidshan angehört sind

zwischen 60-200 Meter in die Tiefe ca. 8 Milliarden Barrel Erdöl gegeben“¹⁵³ „Bisher wurden Bereiche für etwa 67 Petrol- und Gasplattformen entdeckt.“¹⁵⁴ „Im Schahdeniz und der Abscheron Halbinsel sind insgesamt etwa 1,2 Trillionen Kubikmeter Gasreserven vorhanden.“¹⁵⁵

In seinem Interview in aserbaidshanischen Medien im April 2009 hat der Minister für Energietechnik und Industrie Natic Aliyev betont, dass das Land ab 2015 jährlich ca. 15-20 Milliarden Kubikmeter Gas nach europäischen Staaten liefern können wird. Zwischen 2015-2030 kann diese Zahl auf 30-35 Milliarden Kubikmeter erhöht werden.¹⁵⁶

Aserbaidshan zielt darauf ab, die Gasförderung mit Gasfeldern wie „Aseri Tschirak Guneshli“ und „Abscheron“ zu erhöhen. Wie der Vize-Präsident der Staatlichen Erdölgesellschaft (gekürzt. SOCAR) Xoshbext Yusifzade mitteilt, wird die Gasförderung aus dem tiefgelagerten produktiven Flöz im „Aseri-Tschirak-Guneshli“ Block mit dem AIOC unter der Leitung von BP erfolgen. Die Verhandlungen wurden diesbezüglich eingeleitet: die geschätzten Gasreserven im tiefgelagerten Flöz dieses Gasfeldes betragen etwa 300 Millionen Kubikmeter. Die Gesamtreserven dieses Blocks betragen etwa 900 Millionen Tonnen Erdöl und 150 Milliarden

¹⁵⁰ Darabadi, S.159

¹⁵¹ ebenda

¹⁵² Huseynov, S.26

¹⁵³ ebenda, 27

¹⁵⁴ ebenda

¹⁵⁵ Huseynov, S.29

¹⁵⁶ Vgl. Zerkalo Zeitung, 24.April, 2009

Kubikmeter Erdgas.¹⁵⁷ Im Absheron Gasfeld sind laut Angaben der Staatlichen Erdölgesellschaft 300 Milliarden Kubikmeter Gasreserven und 45 Millionen Tonnen Kondensat vorhanden. Für die Gasförderung von diesem Block wurde zwischen der französischen Gesellschaft „Total“ und Aserbaidshans ein Vertrag im Februar 2009 abgeschlossen.

“Azerbaijan is rapidly becoming a key producer as well as potentially an important transit country for hydrocarbon supplies to the EU from the Caspian Basin and Central Asia. The successful completion of the Baku-Tbilisi-Ceyhan oil pipeline provides an economically attractive route for large volumes of crude oil from Azerbaijan and other Caspian Basin producers to reach European and world markets. Additional opportunities for the delivery of Caspian basin hydrocarbons may also be expected to develop in the region. In addition, the development of Shah Deniz gas production¹⁵⁸, and the possible transit of natural gas from the Caspian region into EU markets remain high on the agenda. In this context, ensuring a safe transparent, reliable and secure transit system is of great importance for both the EU and Azerbaijan. With a view to enhancing European energy security, both sides particularly stress the vital role of the development of all means of transportation from the Caspian region, including the Baku-Tbilisi-Erzurum gas pipeline, and relevant multidimensional transportation projects.”¹⁵⁹

Aserbaidshans assoziiert man mit „**Einem Tor nach Zentralasien**“¹⁶⁰ (vor allem Turkmenistan und Kasachstan gewinnen dabei an Bedeutung)

Mit Aserbaidshans werden besonders **auf regionaler Ebene** Kontakte geknüpft: „Trans-Caspian Black Baltic Sea Projekt“, die Partnerschaft mit den südkaukasischen Ländern im Rahmen der ENP, der mit Aserbaidshans, Georgien, Litauen, Polen und Ukraine abgeschlossene Euro-Asiatisches Erdöltransportweg, die Ostpartnerschaft¹⁶¹ mit energiepolitischem Ansatz sind dafür Beispiele.

„**Trans Caspian Black sea strategic energy transit corridor** „involving Kazakhstan and Azerbaijan and entailing the creation of „sub regional energy markets „in Eastern Europe, the

¹⁵⁷ Zerkalo Zeitung, 28. April, 2009

¹⁵⁸ Förderung des Gasfelds „Shahdeniz“ soll im Jahre 2015 beginnen und bedarf 16-20 Milliarden \$ Investitionen.

¹⁵⁹ Aserbaidshans-EU Memorandum of Understanding

:http://ec.europa.eu/dgs/energy_transport/international/regional/caucasus_central_asia/memorandum/doc/mou_azerbaijan_en.pdf: (zuletzt Dezember.2008)

¹⁶⁰ Vgl. Azer Babayev

¹⁶¹ Diese Partnerschaft ist gedacht, die Kooperation in folgenden Bereichen noch mehr zu intensivieren: die Erweiterung des Regimes des freien Marktes und die Erleichterung des Visa Regimes, Zulieferung der Energieressourcen, die Entwicklung des transeuropäischen Transportsystems, Schutz der Umwelt und Schutz vor illegaler Migration.

Caspian Basin, Central Asia and Caucasus.”¹⁶² „Mit der Inbetriebnahme der BTC-Ölpipe-
line 2006 katapultierte sich Aserbaidschan in eine Schlüsselposition in der Gesamtregion.¹⁶³

**Tabelle 4: Gaspipelines, die Rußland und ehemalige Sowjetländer mit Europa über das
Schwarzmeer und über die Türkei verbinden**¹⁶⁴

Gas Pipeline	Route	Transit countries	Owner / Operator	Length (km)	Capacity (bcm/y)	In service since
Blue Stream	Izobilnoye (Russia) / Ankara (Turkey)		Gazprom, ENI, Botas	1,218 of which is in: Russia: 357 Offshore: 378 Turkey: 483	*design capacity*: 16 quantity transported in 2004: 3 2005: 5 2006: 7 ^{(1) (2)} for 2010, 16 is expected ⁽³⁾	December 2002, official inauguration in 2005
Turkey-Greece Interconnector / Aegean / South European Gas Ring Project	Karacabey (Turkey) / Komotini (Greece)		Botas, DEPA	286	0.75 at the beginning, 11 by the end ⁽⁴⁾ 0.25 at the beginning ⁽⁵⁾ 12 by the end ⁽⁶⁾	11/18/2007
Baku-Tbilisi-Erzurum (BTE) / South Caucasus Pipeline (SCP) / Shah-Deniz-Pipeline	Shaz Deniz (Azerbaijan) / Ezurum (Turkey)	Georgia	Owners: BP: 25.5% Statoil: 25.5% SOCAR: 10% Lukoil: 10% Total: 10% OIEC: 10% TPAO 9%, Operators: BP and Statoil	883 of which is in: Azerbaijan: 442 Georgia: 248 Turkey: 193	6.6 at the beginning could be increased to 20 ⁽¹⁾ maximum capacity 30 ⁽⁷⁾	12/15/2006

¹⁶² Vgl. Geistlinger, S.91-96

¹⁶³ BTC Pipeline ist mit ca.1770 km die längste und mit ca.vier Milliarden Dollar die teuerste Ölpipe-
line der Welt. Hauptbetreiber sind der britische Ölkonzern BP und die staatliche aserbaidische Ölgesellschaft Socar. Beteiligt sind auch Unternehmer aus der USA, Türkei, Italien, Japan, Saudi-Arabien und Norwegen. Finanziert wurde der Bau der BTC von der Weltbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. (vgl. Azer Babayev), nähere Angaben unter: <http://socar.az/acg-en.html>

¹⁶⁴ Nies, S.72

Tabelle 5: Trans Caspian Gas Pipeline¹⁶⁵

Gas Pipeline	Route	Owner / Operator	Length (km)	Capacity (bcm/y)	Estimated Cost (\$billion)
Trans-Caspian	Turkmenistan / Turkey	Botas	1,700	31	2-3 ⁽¹⁾

(1) EIA

Tabelle 6: Baku/Tbilisi/Ceyhan Pipeline¹⁶⁶

Oil Pipeline	Owner	Length (km)	Technical capacity	Price	In service since
Baku/Tbilisi/Ceyhan (BTC)	BTC Pipeline Company – BP: 30.1% AzBTC: 25% Chevron: 8.9% Statoil: 8.71% TPAO: 6.53% Eni: 5% Total: 5% Itochu: 3.4% INPEX: 2.5% ConocoPhillips: 2.5% Amerada Hess: 2.36% (in July 2006)	1,768 of which is in Azerbaijan: 443 Georgia: 249 Turkey: 1,076	1 Mb/d ⁽¹⁾ 1 Mb/d ⁽²⁾ 50 Mt/y ⁽³⁾	The price for members of the consortium, from Sangachal to Ceyhan, is \$3.3/bbl (2005-10), \$4.6/bbl (2010-16), \$5.5/bbl (2016-29). Turkey will make between \$140-200 million/y in transit and operation fees. Georgia stands to make \$112 million for the period 2004-2008 and \$566 million from 2009-2019.	May 2005

Im Rahmen des Nabucco Projekts gewinnt das Land Aserbaidschan wohl enorm an Bedeutung. Geowirtschaftliche und geopolitische Konflikte zwischen dem Gaslieferer Russland und dem Transportland Ukraine hatten zur Folge dass die EU das **Nabucco** Projekt ins Leben gerufen hat, dessen Ziel es ist, die Diversifizierung der Energielieferanten zu gewährleisten und sichere Energieexportpartner zu gewinnen. Das Projekt wurde im Jahre 2004 vorgeschlagen. Zunächst war der Iran als wichtiger Energielieferant gedacht. In Folge der angespannten Beziehungen zwischen Europa und Teheran war dieses Projekt weniger realistisch geworden. In weiterer Folge wurde die Entscheidung getroffen, das Projekt umzugestalten mit dem Ziel, Gas aus Turkmenistan, Usbekistan und Aserbaidschan über Georgien weiter nach Europa zu liefern.¹⁶⁷ Aserbaidschan ist bei diesem Projekt als ein Transitland zu bezeichnen. Als Gaslieferer ist das Land aber dabei auch gedacht. Als weiteren alternativen Teilnahmestaat nennt man auch Irak mit Gasvorkommen im nördlichen Teil des Landes.

¹⁶⁵ ebenda, S.73

¹⁶⁶ ebenda S.42

¹⁶⁷ Nabucco Pipeline: in: Zerkalo Zeitung 20. Januar.2009.

Heutzutage herrscht jedoch Ungewissheit, wann dieses Projekt realisierbar werden wird, denn mit potentiellen Energielieferanten wurden bisher keine endgültigen Vereinbarungen getroffen. Dabei ist aber nicht zu vergessen dass das BTC Projekt im Anfangsstadium auch mit Hindernissen konfrontiert war und schliesslich aber real geworden ist.

Abbildung 2 : Nabucco Pipeline¹⁶⁸



“The South Caucasus states are also important partners in multilateral efforts to bring stability to **Afghanistan amidst growing Taliban insurgency**, since they provide access to the region to lift troops and deliver humanitarian aid”¹⁶⁹

¹⁶⁸ Homepage Nabucco Gas Pipeline International GmbH, abrufbar unter: <http://www.nabucco-pipeline.com/project/project-description-pipeline-route/project-description.html> (zuletzt im Januar. 2009)

¹⁶⁹ Geistlinger, S.92

Um die Sicherheit der EU zu gewährleisten ist es für die Union von Interesse, Sicherheitspolitik zu betreiben, die EU-Werte nach Aserbaidschan zu transferieren und somit Menschenrechte und Demokratie zu fördern. Außerdem stellen auch illegale Migration, Waffenhandel, Geldwäsche, die Partnerschaft in Bekämpfung des Terrorismus und eine verstärkte Grenzkontrolle einen weiteren Stimulus für die Kooperation dar. Besonders nach dem 11. September 2001 rückte Aserbaidschan näher an die EU.

Die EU gewinnt an Aserbaidschan einen neuen Markt. Das Land besitzt außer Gas und Erdölreserven auch ein Potenzial, andere Güter (z.B. aserbaidische Teppiche, Obst und Gemüse, andere Bodenschätze.) zu exportieren, sobald in diesem Bereich die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden (gutes Investitionsklima zu ermöglichen, die Rechtsanpassung).

Import und Exportprodukte zwischen der EU und Aserbaidschan¹⁷⁰:

Importprodukte aus den EU-Staaten sind etwa 52,4% Auto- und Mechanikwaren, Elektrotechnologie, 15,6% Metall und Metallprodukte, 7,5% Lebensmittelprodukte, 7,4 % Verkehrsmittel, 5,4 % chemische Industrieprodukte, medizinische Anlagen sowie 6,4 % andere Produkte.

Exportprodukte aus Aserbaidschan : 98,5 % Mineralprodukte (wobei 88,6 % Rohöl nach Italien, 11,4% nach Frankreich, Benzin nach Griechenland, Kerosin nach Italien, 65.%von Diesel nach Italien, 19.% davon nach Griechenland und 4,3% nach Zypern geliefert wird) 1,2% Lebensmittel sowie 0,2% andere Produkte

Tabelle 7: Die Wirtschaftsbeziehungen mit der EU im Jahre 2007

¹⁷⁰ Homepage des Wirtschaftsministeriums Aserbaidschans, abrufbar unter: <http://economy.gov.az>

Die Staaten	Import (in Dollar)	Anteil am Gesamtimportumsatz ,%	Export (in Dollar)	
Aserbaidshon insgesamt:	1136130.6	100.00	919062.2	100.00
Mit den EU-Staaten insgesamt	330785.5	29.12	383834.2	41.76
davon:				
Italien	45014.8	3.96	317019.2	34.49
Deutschland	91880.6	8.09	2711.2	0.29
Großbritannien	61393.0	5.40	488.5	0.05
Frankreich	21531.3	1.90	37931.9	4.13
Finland	44637.1	3.93	4.0	0.00
Niederlande	18315.5	1.61	95.9	0.01
Griechenland	1771.1	0.16	13264.6	1.44
Belgien	8668.4	0.76	507.1	0.06
Estland	8929.4	0.79	215.5	0.02
Österreich	5331.1	0.47	661.8	0.07

Der Hauptkern dieser Beziehungen bleibt die Partnerschaft im Energiesektor:

“The Azerbaijani energy sector is, and will remain, one of the major factors for the economic and social development of Azerbaijan through the exploitation and export of natural oil and gas resources and the potential rapid development of transport and of transit of oil and natural gas. The gradual convergence with the EU’s internal energy market, aiming ultimately at its integration, remains a shared priority for the EU and Azerbaijan.”¹⁷¹

¹⁷¹ Memorandum of Understanding between the European Union and Azerbaijan, abrufbar unter http://ec.europa.eu/energy/international/international_cooperation/doc/mou_azerbaijan_en.pdf

3.5 DIE EU UND DIE ENP AUS DER SICHT ASERBAIDSCHANS:

Die EU ist als eine Institution nicht so populär wie zum Beispiel die OSZE, die NATO bzw. der Europarat.

Sie rückte an Aserbaidshan seit 2001/2002 nur näher. Seit 1991 kooperierte die Union im Rahmen diverser Projekte auf regionaler Ebene mit Aserbaidshan und die Beziehungen waren auf wirtschaftliche Kooperation reduziert.

Intensiviert wurden die Beziehungen durch die Aufnahme Aserbaidshans in den Europarat und in die ENP. In diesem Zusammenhang sind die Aktionspläne als erste nationale Projekte zu bezeichnen.

Auf politischer Ebene in Aserbaidshan trifft man ziemlich oft auf die Aussage, dass Aserbaidshan sich mehr in die EU integrieren und noch tiefere Beziehungen mit der EU aufbauen sollte. Dieser Kurs wird offiziell seitens der Regierung bestätigt und als ein Teil der aserbaidshanischen Außenpolitik angesehen. Die Europäisierung wird auf allen Ebenen begrüßt. „Die Integration in die EU ist unser strategisches Ziel“ betonte der aserbaidshanische Präsident bei seinem Besuch im Brüssel im Jahre 2009.¹⁷² Seinerseits hat Jose Manuel Barroso auch betont, dass Aserbaidshan ein wichtiger Partner der EU ist.

Sowohl die Regierungspartei als auch die Mitglieder der Oppositionsparteien begrüßen die Integration des Landes nach Westen: „Als wichtiges strategisches Ziel Aserbaidshans im Rahmen der Sicherheitsstrategie soll die Integration in die Euro-Atlantischen Strukturen vor allem in die Europäische Union und auch die NATO sein.“¹⁷³

Man trifft häufig auch Äußerungen, dass das Land ein Potential als EU-Beitrittsland besitzt und dass man in diese Richtung sich mehr engagieren sollte und es auf keinen Fall unrealistisch scheinen sollte, dass das Land in der fernen Zukunft, etwa nachdem die Türkei Mitglied der EU ist, auch als weiterer Beitrittskandidat „angesprochen“ wird. Wie im Artikel 49 des EU-Memorandums steht, gibt es zwei wesentliche Voraussetzungen für die EU-Mitgliedschaft: das eine ist, dass der Staat ein europäischer Staat sein soll, dass andere ist die Achtung der EU-

¹⁷² Zeitung Zerkalo 29.04.2004

¹⁷³ Lale Schövkət, Oppositionspartei

Werte und nicht zuletzt wirtschaftliche Prosperität. ¹⁷⁴ Am 25. Januar 2001 trat Aserbaidshan dem Europarat als 43. Mitgliedsland bei. Hiermit wurde seine Identität als europäischer Staat gefestigt. Durch richtige und effektive Politik können die anderen Voraussetzungen auch erfüllt werden.

Gewiss sind solche Überlegungen zur EU-Mitgliedschaft im Vergleich zur NATO-Mitgliedschaft weniger aktuell.

Die Position Russlands zu intensivierten Beziehungen zwischen der EU und Aserbaidshan besteht darin, dass weder Aserbaidshan noch Georgien im Stande sind, in die EU aufgenommen zu werden. Denn die Einheimischen fühlen sich eher nur „zuletzt“ als Europäer, in dieser Situation wäre die EU mit dieser Problematik konfrontiert. Völlige Integration Aserbaidshans sei auszuschließen, weil hier verschiedene Kulturen gegeben sind, die „kaukasische Kultur“ würde dabei ein Hindernis darstellen.¹⁷⁵ Weiters weist die russische Seite darauf hin, dass die EU-Werte nicht immer einen universalen Charakter haben und nicht überall durchsetzbar sind. So eine Argumentation ist natürlich unangemessen

Man könnte solches nur dann behaupten, wenn man davon ausginge, dass Chauvinismus oder radikaler Nationalismus in Aserbaidshan Fuß gefasst hätten und das Land völlig undemokratisch, nicht integrationsfähig und so in sich abgeschlossen wäre, dass die EU-Mitgliedschaft überhaupt nicht denkbar wäre.

In Aserbaidshan gehören ca.90% der Bevölkerung der islamischen Religion an. Davon bilden die Schiiten eine große Mehrheit. Das islamisch geprägte Land durchlief während der sowjetischen Herrschaft eine Modernisierung, deren Spuren vor allem an einem Säkularisierungsgrad und einer geringen Analphabetenrate abzulesen sind.¹⁷⁶

Im Unterschied zu vielen Ländern, wo es immer wieder zu häufigen Auseinandersetzungen zwischen Schiiten und Sunniten kommt, ist man in Aserbaidshan mit einer solchen Situation nicht konfrontiert. Die beiden Glaubensrichtungen leben sehr friedlich miteinander, ohne jegliche Konfliktpunkte zu haben.

¹⁷⁴ Hemidov, S.172

1. ¹⁷⁵ Vgl. Degoev, Vladimir (Hrsg.) (2008): Kaukasus: Realität gegen Versuchung; erschienen in: im wissenschaftlich-analytischen Heft, Das Forschungszentrum für Kaukasus an der Moskauer Staatlichen Universität für Internationale Beziehungen. Juli 2005, 9/11, abrufbar unter: <http://www.mgimo.ru/fileserver/books/az-11.pdf>

¹⁷⁶ ebenda

In Aserbaidshan sind auch Repräsentanten anderer Religionsangehöriger bzw. ethnischer Gruppen vorhanden: „By the recent census enumeration Azerbaijanis make up 90.6% of the population, Lezguins-2.2%, Russian-1.8%, Armenians-1.5%, Talyshs-1%, Avars-0.6%, Turks-0.5%, Tatars-0.4%, Ukrainians-0.4%, Sakhurs-0.2%, Georgians-0.2%, Kurds-0.2%, Tats-0.13%, Jews-0.1%, Udins-0.05%, other nations-0.12%.“¹⁷⁷ Die Einheimischen sind tolerant und sehr offen. Auf Staatsbene werden die Rechte der Minderheiten auch sehr geachtet und geschützt, das ist verfassungsrechtlich verankert und wird in die Praxis umgesetzt.

Die Mentalität der Aserbaidshaner (die im Laufe der Geschichte mit verschiedenen Religionen konfrontiert waren, sei es Zoroastrismus, Christentum, zuletzt Islam), ist besonders von Gastfreundlichkeit und friedlichem Miteinanderleben und Toleranz geprägt. Durch „die Sowjetschule“ werden diese Eigenschaften, nämlich völkerfreundschaftliche Toleranz und Friedlichkeit noch gefördert und tiefer verankert, so dass dies für manche EU-Länder als geradezu vorbildlich bezeichnet werden könnte.

„Ich bin dafür ein Zeuge, dass Aserbaidshan ein liberaler und toleranter Staat ist, wo verschiedene Religionsbekenntnisse vorhanden sind.“¹⁷⁸

“We Azerbaijanis being proud of our religion-Islam, have never displayed negative hostile attitude, towards other religions, never been at enmity and never obliged other nations to practice our religion.”¹⁷⁹

Im politischen Sprachgebrauch wird Aserbaidshan als ein Transformationsland bezeichnet, das sich auf einem Weg zur Demokratie entwickelt.¹⁸⁰

Stereotypen, dass es muslimischen Ländern äußerst schwer fallen würde, sich in die EU zu integrieren bzw. europäische Werte aufzunehmen usw. sind unzutreffend. Unterschiede im Religionsbekenntnis (im Fall muslimischer Länder, insbesondere in denen ein erhöhter Grad an Säkularisierung vorhanden ist) schaffen keine Hindernisse in Richtung der Aufnahme europäischer Werte, nämlich Demokratie-, Rechtsstaatlichkeitsentwicklung und Achtung der Menschenrechte. Aserbaidshans kann dabei als ein Beispiel gelten. Das Land befindet sich in

¹⁷⁷ Das Informationsportal über Aserbaidshan, abrufbar unter:

http://www.azerbaijan.az/_GeneralInfo/_Population/_population_e.html

¹⁷⁸ Der Staatssekretär des Vatikans, Kardinal Tartschisio Bertone in aserbaidshanischen Medien 12.03.2008, 2004 vgl: <http://www.zenit.org/article-14696?l=german>

¹⁷⁹ Das Informationsportal über Aserbaidshan.

http://www.azerbaijan.az/_GeneralInfo/_TraditionReligion/_traditionReligion_e.html

¹⁸⁰ Vgl. Azer Babayev

einem Entwicklungsstadium, in dem es sehr wohl die EU-Werte aufnimmt und sich an Europa anpasst. Damit diese Entwicklung noch angekurbelt wird, müssten jedoch Umstände geschaffen werden, die ich in der Folge näher erläutere. Nicht die religiöse Identität sondern Aspekte wie das sowjetische politische Erbe bzw. das Vorhandensein des Berg-Karabach Konflikts im Staat u.a beeinflussen die Integrationsbestrebungen des Landes beträchtlich.

Wenn es die Natur und das Wesen der EU wäre, dass die EU ausschließlich abendländisch-christlich ist und dass die EU sich als christliche Union verstünde, dann sollte dabei nicht vergessen werden, dass es innerhalb der EU ca.30 Millionen Muslime gibt, die sich an Europa bereits angepasst bzw. integriert haben und sich auch als Europäer fühlen, dass also dieses Phänomen verschiedener Religionszugehörigkeit für die EU nicht neu ist.

Man sollte außerdem auch nicht aus den Augen verlieren, dass die EU-Werte selbst ein Ergebnis eines langdauernden Prozesses sind und nicht in kürzerer Zeit entstanden sind. Europa selbst hat einen langen Weg gehen müssen, bis diese Werte sich etabliert haben.

Die geopolitische Lage Aserbaidshans und die Ereignisse im Staat haben den Prozess der demokratischen Staatsbildung teilweise behindert. Bevor die Sowjetunion hier festen Fuß gefasst hat, nämlich kurz nach dem ersten Weltkrieg, wurde in Aserbaidshan die erste Republik (28.Mai 1918- 1.April 1920) im gesamten Orient gegründet, deren Werte sich von den Werten der europäischen Länder nicht wirklich unterschieden. Es war ein demokratischer Staat. Doch existierte diese Republik nicht lange genug und gelangte im Jahre 1920 unter Sowjetherrschaft.

Sowohl die jetzige Entwicklung in Aserbaidshan als auch das geschichtliche Erbe ist dafür ein Beweis, dass in Aserbaidshan die EU-Werte umgesetzt werden können. Europa und die europäische Kultur sind nicht so weit entfernt von der aserbaidshanischen Kultur, wie behauptet werden könnte. Die Aserbaidshanische Kultur ist eine Mischung des westlichen und östlichen Standards, wie das in der Hauptstadt Baku offensichtlich ist. Das Land stellt eine Brücke zwischen Osten und Westen dar. Hier kommen Orientkultur und westliche Kultur zusammen, sowohl in Architektur als auch in Literatur und Musik.

Was die jetzigen Beziehungsgestaltungen zwischen der EU und Aserbaidschan angeht, muss man einräumen, dass sie vorwiegend im Energiebereich bestehen, obwohl das Land auch in anderen Bereichen kooperieren könnte.

Die Beziehungen in Bereichen wie Landwirtschaft, Kultur, Bildung, Tourismus u.a noch weiter zu entwickeln, wäre wünschenswert.

Außer Erdöl und Gas ist Aserbaidschan reich an weiteren Bodenschätzen. Das schafft die Möglichkeit für die Entwicklung anderer Industriesektoren wie Chemie, Schwarz- und Buntmetallurgie. Jedoch drängen die Schwäche im technologischen Potenzial, der Erfahrungsmangel und eine ungleiche Investitionsallokation diese Sektoren in den Hintergrund.

Maschinenbau und Metallabbau, Leichtindustrie, Lebensmittelindustrie, Agrarwirtschaft besitzen ein großes Potenzial. In jedem dieser Sektoren bestehen gewisse Herausforderungen. Beispielsweise sind für die Schwarzmetallurgie Rohstoffe vorhanden, während die benötigte Produktionskapazität aber fehlt. Bei der Leichtindustrie geht es auch um Herausforderungen wie technischer Versorgungsmangel und vergleichsweise niedrigere Qualität der Produktion, die den westlichen Standards nicht entspricht. Baumwollindustrie, Näherei, Trikotageindustrie, Teppichproduktion u.a sind die Industriezweige, die große Kapazitäten besitzen.¹⁸¹ Denn das Land besitzt solche Rohstoffe wie Baumwolle, Seide, Rohleder, Pelz u.a.

Zurzeit erlebt die Produktion in dieser Sphäre eine Stagnation und ist im Vergleich zu früheren Jahren beträchtlich gesunken.¹⁸²

Die Lebensmittelindustrie bildet einen weiteren wichtigen Teil der Staatswirtschaft. Für die Verbesserung des Wohlstands ist die Entwicklung dieser Industrie unerlässlich. Fischerei (Kaviar- bzw. Fischkonservenproduktion), Weinindustrie, Salzindustrie, Obst¹⁸³ (Saft-, Konfitüreproduktion, u.a) und Gemüsewirtschaft, Fleisch und Milchprodukte, Tabak und Teewirtschaft sind im Staat vorhanden. Die Partnerschaft der EU-Länder mit Aserbaidschan könnte man auch auf diese Bereiche erweitern.

¹⁸¹ Vgl. Ehmedov

¹⁸² Ehmedov, S.78

¹⁸³ In Aserbaidschan sind neun von elf bestehenden Klimazonen der Erde vorhanden. Aufgrund dieser Tatsache ist das Land reich an Obst und Gemüsesorten. (Apfel, Birne, Weintraube, Granatapfel, Orangen, Kiwi, Datteln, Mandarinen, Nektarinen, Kürbis, Tomaten, Gurken, Kartoffeln, Kohl, Wassermelone, Melone, Feigen u.a) und es werden auch Baumwolle, Tabak und Tee im Land selbst produziert

Tabelle 8: Die Exportprodukte nach EU-Ländern im ersten Quartal

Produktname	Die Staaten	Anzahl	Wert (in Tausend Dollar)
Frischobst , in Tonnen	Insgesamt	11672.2	11497.0
	davon:		
	Mit EU-Ländern	858.5	3819.0
	sowie:		
	Deutschland	359.3	1577.4
	Italien	299.2	1356.8
	Polen	80.0	376.8
	Die anderen EU-Staaten	120.0	508.0
Rohöl	Insgesamt	1108773	465206.1
	davon:		
	Mit den EU-Staaten	706408.0	306504.7
	sowie:		
	Italien	625604.1	268957.2
	Frankreich	80803.9	37547.5
Benzin	Insgesamt	5998.0	1739.4
	Davon:		
	Mit den EU-Ländern	5998.0	1739.4
	Sowie:		
	Griechenland	5998.0	1739.4
Kerosin	Insgesamt	20992.1	11033.9
	Sowie:		
	Mit den EU-Ländern	15027.6	7769.7
	Italien	15027.6	7769.7
Diesel, in Tonnen	Insgesamt	345863.8	166102.7
	Davon:		
	Mit den EU-Ländern	121722.4	59381.8
	Sowie:		
	Italien	79133.2	38830.7
	Griechenland	23849.7	11492.1
	Zypern	10656.7	5290.3
	Rumänien	5096.8	2368.9

Produktname	Die Staaten	Anzahl	Wert (in Tausend Dollar)
	Weitere EU-Länder	2986.0	1399.8
Flüssiges Butangas, in Tonnen	Insgesamt	10293.2	1801.3
	Davon:		
	Mit den EU-Ländern	6220.6	1088.6
	Sowie:		
	Bulgarien	6220.6	1088.6
Baumwolle, in Tonnen	Insgesamt	8419.4	7554.0
	Davon		
	Mit den EU-Ländern	247.2	239.8
	Sowie:		
	Litauen	247.2	239.8
Auto und Verkehrsmittel	Insgesamt		59219.5 (Tausend Dollar)
	Davon:		
	Mit den EU-Ländern insgesamt		2003.7
	Davon:		
	Deutschland		958.5
	UK		395.3
	Polen		299.4
	Belgien		255.6
	Frankreich		60.8
	Weitere EU-Länder		34.1

Die Entwicklung in Nicht-Energiesektoren und die engere Kooperation in diesen Bereichen mit der EU könnte sowohl für Aserbaidshon als auch für die EU Gewinne bringen. Eine Diversifizierung würde damit auch geschaffen.

Die Energieressourcen sind nicht erneuerbar und die Kooperationsbeziehungen im Nicht-Energiesektor werden wesentlich nur mit Russland betrieben. Die nachhaltige Entwicklung kann nur dann gewährleistet werden, wenn folgende Maßnahmen mit Hilfe der EU getroffen werden bzw. intensiviert werden: die Schaffung hochtechnologischer Sektoren, die Produktion im Nichtenergiesektor mit Hilfe ausländischer Investitionen, technische Transfers, die technische Versorgung und Spezialisierung von Fachkräften u.a

Die aserbajdschanische Seite möchte auch im Transportsektor die Beziehungen mit der EU intensivieren. Der Euro-Asiatische Transport und Kommunikationskorridor ist dabei zu erwähnen. Die Realisierung dieses Plans begann mit der Schaffung des Projekts „Traseka“. Die möglichen Routen wurden dabei ergänzt und verstärkt.

„Traceca“¹⁸⁴ ist ein Programm, das zum Ziel hat, die ökonomische und politische Entwicklung in den Schwarzmeer-, Kaukasus- und mittelasiatischen Regionen durch Verbesserung der zwischenstaatlichen Transportrouten und des zwischenstaatlichen Handels zu betreiben. Das Programm wurde im Jahre 1993 in Brüssel zwischen der Europäischen Kommission und der Regierungen aus Aserbajdschan, Armenien, Kasachstan, Kirgisien, Tadjikistan, Turkmenistan und Usbekistan verhandelt. Im Jahre 1998 hat die Konferenz in Baku/Aserbajdschan stattgefunden und es wurde die Bakuer Deklaration abgeschlossen und das Projekt „Seidenstraße“ ins Leben gerufen, das die Wiederherstellung historischer Handelswege und den Bau neuer Transportrouten zum Ziel hat.¹⁸⁵

Die Kooperation im Tourismusbereich wäre eine weitere Präferenz bei der Kooperationsentwicklung. Eine vielfältige Landschaft und Natur, gutes Klima, das Vorhandensein des Kaspischen Meeres und der Kaukasus Berge wirken viel-versprechend. Diverse architektonische Sehenswürdigkeiten und archäologische Funde (schon aus prähistorischen Zeiten) locken viele Touristen zu den Orten.

Im Land sind außerdem viele Sanatorien, Kurzentren, Kurorte vorhanden. Das Potential der Kurzentren wird aber nicht voll genutzt. Heil- bzw. Thermalwasser mit bestimmten Mineralien (Jod, Brom, Schwefel), Salzhöhlen mit heilender Wirkung (für Asthma, Bronchitis und für andere Erkrankungen des Atemsystems) sind nur ein Teil des vorhandenen Kurpotentials des Landes.

Im Tourismusbereich hat der Westen lange Erfahrung. Vom verstärkten Engagement der westlichen Partner und der Zufuhr von Kapital in diesen Bereich würden beide Seiten sehr profitieren. Die Regierung hat hier auch Reformen durchgeführt, um den Tourismus in Schwung bringen. Danach beispielsweise können die Touristkonzerne die Lizenz für fünf Jahre bekommen und sollen weniger Steuer zahlen.

¹⁸⁴ Nähere Angaben dazu: <http://www.traceca-org.org/>

¹⁸⁵ Ismayilov, S. 132-133

„Aserbaidsschan hat den Ruf eines Haupttransportakteurs gefestigt und erhebt Anspruch drauf, eine Hauptrolle im Bankenwesen, im Businessbereich, der Leicht- und Lebensmittelindustrie zu spielen. Zusätzlich dazu hat der neue Bakuer Flughafen eine Kapazität, für den Transport in der Kaspischen Region eine Hauptrolle zu spielen. Baku kann sich zu „Neu-Dubai“ entwickeln.“¹⁸⁶

Erleichterungen im Visasystem für die EU-Staaten bilden eine weitere Priorität seitens Aserbaidsschans. Obwohl die ENP diesen Punkt auch beinhaltet, ist dieser Prozess noch im Anfangsstadium.

Bei der Kooperation mit der EU gibt Aserbaidsschan der aktiven Mitbeteiligung der EU bei der Lösung des Karabach Problems großen Vorrang. Das offizielle Baku betont, dass die regionale Kooperation nur dann erfolgen kann, wenn das Problem um Berg-Karabach und weitere sieben Regionen gelöst wird, andernfalls kann betreffend regionale Kooperation keine Rede sein. Aserbaidsschan wird für bilaterale Beziehungen nur dann Bereitschaft zeigen, wenn Armenien die okkupierten Territorien freigibt und die Binnenvertriebenen nach Hause zurückkehren können.

Damit die Integration nach Europa noch weiter voranschreitet, sollten die beiden Seiten in diesem Bereich sich noch mehr engagieren: die Eröffnung des Vertretungsbüros der Europäischen Kommission in Baku ist in diesem Sinn als weiterer Schritt zu sehen.

Die EU sollte noch aktiver sein, neue Visionen der Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen zu entwickeln – größere und kleinere Projekte, nicht nur große „abstrakte Ideen“ voranbringen, sondern auch konkrete Aktivitäten und Pläne realisieren.

Dass Aserbaidsschan in die Europäische Nachbarschaftspolitik aufgenommen ist, ist eine weitere Chance für die aserbaidsschanische Seite. Aserbaidsschan seinerseits sollte sich Mühe geben, und diese Chance nützen und es sollte die Bereitschaft für weitere Entwicklungen zeigen und eine effiziente Politik durchführen.

Aserbaidsschan sieht in der Partnerschaft mit dem Westen eine Garantie für die Entwicklung, Prosperität und für die Modernisierung des Staates.

3.6 DIE SCHWACHSTELLEN DER EU –POLITIK

¹⁸⁶ Ismayilov, S. 127

1. Die labile Einigung in der GASP ist eine wesentliche Schwäche der EU und stellt ein großes Hindernis für die Weiterentwicklung der EU-Politik auch hinsichtlich Aserbaidshans dar. Die Interessen einzelner Länder sind in bezug auf Aserbaidshans meist widersprüchlich, was eine Stagnation der weiteren Beziehungsentwicklung bringt. Genau deshalb war auch am Anfang der Entwicklung der ENP keine Einigung über Aserbaidshans Aufnahme in die Politik gegeben. „The incapability and reluctance of the European Powers to shape a common and articulated policy toward the South Caucasus has prevented them from fulfilling their potential (Verf.: für den besseren Aufbau der Beziehungen mit dem Land).“¹⁸⁷

Im Jahre 2006 schlug Berlin unter seiner Ratspräsidentschaft die sogenannte ENP-Plus Initiative vor, die Vorschläge bezüglich der Modernisierungspartnerschaft mit der Ukraine, Moldawien, Georgien, Armenien und Aserbaidshans sowie Weißrussland und mögliche Reformschritte der Nachbarschaftspolitik beinhaltete.

Jedoch wurde dieses Programm von den anderen EU-Ländern skeptisch betrachtet und nicht angenommen. Der vorgeschlagene Reformplan für die Nachbarschaftspolitik beinhaltete folgende Punkte:

- verbesserte Übertragung eines Teils des Acquis Communautaire auf die ENP-Staaten und damit die Ausdehnung des EU-Rechtsraums. (nach dem Vorbild der Partnerschaft zwischen der Schweiz und der EU)
- eine Ausweitung der institutionellen Kooperation, vor allem durch die Einführung eines Beobachterstatus in jenen Politikfeldern, auf denen die ENP-Länder den EU-Rechtsstand bereits übernommen haben.
- Auch eine Beteiligung an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU wurde angestrebt, etwa in Form der Verabschiedung gemeinsamer Erklärungen und Aktionen.
- Durch die Modernisierungspartnerschaft mit Osteuropa auch einen regionalen Ansatz schaffen, der für die Mittelmeer-Anrainer mit dem Barcelona-Prozess bereits existiert.“¹⁸⁸

Mit dem ENP-Plus Vorschlag wurden die wesentlichen Streitpunkte der Europäischen Nachbarschaftspolitik nochmals erläutert und behandelt: „Ob der Beteiligungsanreiz für den

¹⁸⁷ Nuriyev, S.293

¹⁸⁸ Warkotsch (2007): Die Nachbarschaftspolitik der EU im postsowjetischen Raum. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Ausgabe 43, 27. Abrufbar unter: <http://www.bundestag.de/dasparlament/2007/43/beilage/002.html> (Zuletzt im September 2008)

Binnenmarkt genug Anreiz vorbereite“, „ob man in Hinsicht auf Osteuropa doch eine engere Kooperationen eingehen könnte“, „ob die Effektivität der ENP gesteigert werden sollte usw.“

Die gescheiterte Initiative ist dabei ein weiterer Hinweis drauf, dass die Interessen der EU-Länder hinsichtlich Aserbaidschans nicht immer übereinstimmen.

Die EU ist mit einem „Müdigkeitsproblem“ konfrontiert und hat sich von den Erweiterungsprozessen noch nicht erholt. Das Involvieren weiterer Staaten und die engere Kooperation wären nur zu Lasten der Union gewesen (in diesem Sinn ist für viele der Vorschlag Deutschlands nicht akzeptabel)

2. Die Übertragung von Instrumenten der Erweiterungspolitik auf die ENP könnte man aus folgenden Gründen auch als weitere Schwäche dieser Politik ansehen:

Die Erweiterungspolitik und die ENP weisen viele ähnliche Aspekte auf. Es sind dabei aber einige unterschiedliche Punkte vorhanden.

Die politischen Austauschbeziehungen zwischen der EU und Aserbaidschan sind nicht adäquat zueinander. Die einzige Motivation der beteiligten Staaten für die Erfüllung der auferlegten Aufgaben bleibt in diesem Fall lediglich der Zugang zum **Binnenmarkt** und nicht die **EU-Mitgliedschaft**.

Wenn man annimmt, dass die Instrumente der EU-Erweiterung in Bezug auf Beitrittsländer (Bulgarien, Rumänien) nicht immer die erwünschten Ergebnisse zur Folge hatten, wird diese Befürchtung in Hinsicht der ENP-Länder verdoppelt.

Georg Vobruba schildert die Idee der Europäischen Nachbarschaftspolitik gut:

„Die EU erwartet von Ländern der Peripherie die Übernahme der Modernisierungslasten jetzt und bietet ihnen dafür begrenzte Teilnahme am Wohlstand jetzt und die Perspektive einer EU-Mitgliedschaft samt Vollintegration in den Wohlstandskern später“¹⁸⁹ Nach der Meinung des Autors ist der Gewinn der beiden TeilnehmerInnen an dieser Politik unproportional zueinander. Die EU dehnt ihre Einflussphäre auf die beteiligten Staaten aus, in dem sie sie wirtschaftlich, politisch und ökonomisch an die EU bindet. Hiermit sichert die EU die Sicherheit

¹⁸⁹ Vobruba, Georg (2008): Expansion ohne Erweiterung, Die EU-Nachbarschaftspolitik in der Dynamik Europas, In: Osteuropa Heft 57: Die EU und ihre Nachbarn: Inklusion, Exklusion, Illusion; Konturen Europas, S.7-21. Abrufbar unter: www.eurozine.com/articles/2007-02-28-vobruba-de.html

und Stabilität in der Region für sich. Laut ihm ist diese Politik im Vergleich zur Erweiterungspolitik mit wenigen Kosten verbunden. Im Unterschied zur Erweiterungspolitik übernimmt Aserbaidshan wie alle anderen Partnerländer den *acquis communautaire* nicht und „die vier Freiheiten“ der EU werden auch nicht auf die ENP-Länder ausgedehnt, was für die EU noch kostengünstiger ist.

„Die Staaten „erhalten weniger und weniger leicht abrufbare finanzielle Unterstützung(...), sie haben keine institutionalisierte Mitsprache in der EU.“¹⁹⁰

3. Außerdem ist die EU im Rahmen der ENP mehr **wirtschaftsorientiert**. Die Themen wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, gute Regierung, Sicherheit in der Region und Menschenrechte werden zwar erwähnt, bleiben aber abstrakt geschildert und kaum konkret verifiziert. Stabilität und Wohlstand im konkreten Fall im Staat zu fördern und zu etablieren, Entwicklung und Ausbau sozialer Standards nachhaltig zu unterstützen, wird als ein weiteres Ziel angesehen, es wird aber wenig dafür unternommen. Konzentriert ausschließlich auf den **wirtschaftlichen Sektor** kann man im Staat diese Werte kaum fördern. „EU needs a comprehensive strategy which could also help to advantage the strategic, political, security and economic interests of the major European democracies in the region“¹⁹¹

Diese **Wirtschaftspolitik** ist auch besonders auf den Energiesektor konzentriert, so dass die anderen Sektoren kaum davon profitieren. Die Investitionenzufuhr fließt überwiegend in diesen Bereich. Die anderen Bereiche werden vernachlässigt. Aufbau bzw. die Wiederinstandsetzung der Agrarproduktion, der verarbeitenden Industrie und einer diversifizierten Konsum- und Investitionsgüterindustrie wäre eine weitere Alternative.¹⁹²

„ Die Südkaukasusregion läuft somit Gefahr, auf die geostrategische Rolle einer reinen Nachschubbasis für fossile Energieressourcen zugunsten Europas reduziert zu werden.“¹⁹³

4. Die EU ist nicht der einzige Player in Aserbaidshan ist, was für sie weniger Spielraum bedeutet und ihre politische Wirkung wesentlich reduziert. In Hinblick auf Aserbaidshan äußerte sich Benito Ferrero Waldner folgendermaßen:

¹⁹⁰ ebenda

¹⁹¹ Nuriyev, S.293

¹⁹² Ehmedov, S.29

¹⁹³ Deutscher Bundestag (2008): Antrag der Abgeordneten zur Europäischen Nachbarschaftspolitik und der Förderung der Frieden und Stabilität im Südkaukasus. Drucksache 16/8186, 20.02.2008. abrufbar unter:<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/081/1608186.pdf> (Zuletzt September, 2008)

„(...)müssen wir auch die Zusammenarbeit mit Russland in unserer gemeinsamen Nachbarschaft verbessern, um einerseits eingefrorene Konflikte zu lösen und um andererseits zu zeigen, dass die Förderung von Wohlstand und Stabilität in unserem gegenseitigen Interesse liegen. Daher lege ich sehr großen Wert auf die Entwicklung unserer strategischen Partnerschaft mit Russland. Diese soll auf gemeinsamen Interessen und demokratischen Werten basieren, zu denen wir uns beide verpflichtet haben.“¹⁹⁴

Die EU ist auf eine kooperative Haltung mit Russland angewiesen und nicht alleine handelt, was den offiziellen Kurs der Union bildet. Neben Russland sind auch die USA ein weiterer wichtiger Akteur in Aserbaidschan.

5. Die EU pflegt ihre Beziehungen mit Aserbaidschan auf regionaler Ebene, was als weitere Schwäche ihres strategischen Kurses zu bezeichnen ist.

Zur Erfassung dieser Schwäche erweist es sich als erforderlich, den Begriff „**Südkaucasus**“ zu betrachten:

Es gibt geschichtlich keine regionale südkaucasische Integrität. Es ist vielmehr nur ein geographischer Name, der kaum eine engere regionale Zusammenarbeit oder eine institutionalisierte Kooperation andeuten sollte.

Als eine Gemeinschaft hat die Region nur kurzfristig (1922-1936) existiert. Sie wurde damals auf labilem Fundament aufgebaut. Auf Wunsch von armenischer Seite löste sich „diese Einheit“ auf.

“The South Caucasus is divided by blockades, conflicts and trade restrictions.(...) The South Caucasus has seen little spirit of regional cooperation. The Attention of Baku, Tbilisi, and Yerevan is directed more outside the region rather than on the region itself or with neighbours.”¹⁹⁵

Im Unterschied zu Zentralasien: „where states are keen not only to compete for external support, but also for a predominant position in the region itself“¹⁹⁶

¹⁹⁴ Benita Ferrero Waldner (2007): Annual Policy Strategy. Brüssel, 11.April 2007. abrufbar unter: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/07/219&format=HTML&aged=1&language=DE&guiLanguage=en> (zuletzt August, 2008)

¹⁹⁵ Lynch, Dov (2003): The South Caucasus: a challenge for the EU. EU-ISS Chaillot Paper No. 65, December 2003, abrufbar: <http://aei.pitt.edu/1606/>

¹⁹⁶ ebenda

Die Staaten haben verschiedene Schwerpunkte in der Außenpolitik und steuern unterschiedliche strategische Kurse.

Ökonomisch, politisch und kulturell ist der Südkaukasus sehr heterogen.¹⁹⁷ Die Sprachen, die Religionen machen diese Staaten alles andere als einheitlich. Die gefährdete territoriale Integrität sowohl Aserbaidschans und als auch Georgiens (Abchasien, Südossetien, sowie das Problem um das Hoheitsgebiet Dschavachetien in Georgien als Streitpunkt zwischen Georgien und Armenien, der Konflikt um Berg-Karabach) verringert die Integrationsmöglichkeiten dieser Region. Die vorhandenen Grenzenprobleme verschärfen die Situation im Südkaukasus. Es besteht momentan unter den südkaukasischen Ländern keine tiefe bzw. keine regionübergreifende Kooperation. Es gibt keine Institutionen, keine Organisation, die diese Kooperation fördern würden.

Die EU benutzt die regionale Kooperation als weiteres Mittel, die angespannte Situation zu mildern und als eine weitere Maßnahme für die Konfliktprävention: "The ENP's conflict prevention dimension could be further strengthened by devoting more resources to Regional cooperation. The EU has consistently attempted to develop policies on a regional basis by grouping countries together and creating common structures. These are seen as means to foster trade, cross-border Dialogue and reduce tensions. Regional cooperation is thus an aspect of conflict prevention."¹⁹⁸

Die EU sieht es als Voraussetzung, dass die Kooperation zwischen den südkaukasischen Ländern „intensiviert wird“. Nur danach könne man über die weiteren Schritte der Integration reden. Ohne diese vorausgesetzte Kooperation kann betreffend die Integration Aserbaidschans in die EU keine Rede sein.

Man soll sich dieser gegebenen Situation bewusst sein: Soweit sich die Länder in einer Kriegssituation befinden und der Kriegsausbruch für möglich gehalten werden sollte und die Rivalitätsatmosphäre zwischen den Ländern noch nicht abgeschafft ist, soweit die alten Probleme ungelöst bleiben, scheint es unplausibel angesichts dieser Tatsachen, so eine Forderung betreffend Kooperationen an den Südkaukasus zu stellen.

¹⁹⁷ Vgl. Azer Babayev

¹⁹⁸ Fraser/Cameron, Rosa/Balfour, S.20

Die von der EU vorgeschlagene regionale Kooperation kann sich als ein weiteres Mittel bei der Problembehandlung in vielen Fällen wohl als effektiv erweisen. Jedoch sollte dieses Mittel als universale Methode in sämtlichen Fällen nicht angesehen werden, dass auch im Falle Südkaukasus effektiv sein werde, vor allem aber deshalb nicht, weil geschichtlich gesehen es keine solche Kooperation gab und es weder Strukturen, noch Institutionen gibt. Es gibt lediglich einen geographischen Namen, der Südkaukasus.

6. Dem Aspekt Engagement der EU in Bezug auf den Karabakh Konflikt möchte ich ein weiteres Kapitel widmen:

3.7 DER KONFLIKT VON BERG- KARABACH IM RAHMEN DER ENP

3.7.1. Geschichtlicher Hintergrund:

„The dispute between Armenia and Azerbaijan began in the late 1980s, before the break-up of the Soviet Union, as these two republics vied for control of the Nagorno-Karabakh region. Nagorno-Karabakh was situated within the legal boundaries of Azerbaijan, but the majority of the population was ethnic Armenian, and a sizeable ethnic Azerbaijani community lived in Nagorno-Karabakh as well.“¹⁹⁹

Am 1.Dezember 1989 hat die Armenische SSR einen Beschluss gefasst, nach dem Berg-Karabach von Armenien annektiert werden sollte, was die territoriale Integrität Aserbaidschans zu beeinträchtigen sowie Verstoß und gegen das Völkerrecht zu verstoßen hieß.

„Das war natürlich eine Entscheidung, die den Gesetzen, sowie dem Grundgesetz der ehemaligen Sowjetunion, widersprochen hat. Wenn solche Ereignisse rechtzeitig beseitigt worden wären, wäre dieser Konflikt nicht entstanden. So ist dies von einem kleinen Konflikt zu einem großen Krieg geworden.“²⁰⁰

¹⁹⁹ Brenda, Shaffer

²⁰⁰ Der Vortrag des ehemaligen Präsidenten Haydar Aliyev über „Aserbaidschan an der Schwelle zum 21.Jahrhundert: Probleme und Perspektiven“ in Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und Internationale Beziehungen. Wien.4.Juli,2000: Im Bulletin der aserbaidshanischen Botschaft in Österreich. abrufbar unter www.azembvienna.at/bulletins/2000-2.doc

Die Sowjets haben auf diese Proklamation nicht reagiert und keinen Widerstand ausgeübt. Ganz im Gegenteil, dem Zentrum kamen diese Geschehnisse gelegen, denn dieser interne Konflikt um Berg Karabakh könnte die Unabhängigkeitsbestrebungen Aserbaidschans in den Hintergrund rücken und es wäre so mit inneren Unruhen beschäftigt gewesen.

Das schuf breiteren Raum für eroberungslustige Vorhaben armenischer Separatisten genannt „Dashnaksutun“ den „Daschnaken“. Die blutigen Auseinandersetzungen und Terrorakte, die bis 1991 auf aserbaidshanischem Gebiet geschehen sind, kostete hunderten von Aserbaidshanern das Leben.²⁰¹

Im Jahre 1991 proklamierte Aserbaidshan seine eigene Unabhängigkeit. Kurz darauf verkündeten die armenischen Separatisten die Unabhängigkeit von Berg Karabakh, was völkerrechtswidrig war und von internationalen Gremien nicht anerkannt wurde: „Am 20.September 1992 kam die selbst ernannte Republik „Nagorny Karabach“ um Anerkennung bei den Vereinten Nationen und der GUS sowie bei etlichen anderen Ländern ein, selbstverständlich ohne Erfolg.“²⁰²

Hierauf begann Armenien den ungerechten Kampf mit Aserbaidshan. Aufgerüstet mit Hilfe Moskaus, überquerte die armenische Armee die aserbaidshanischen Grenzen und unterstützte die separatistische Bewegung in Berg Karabakh. „Nun haben die russischen Truppen im Transkaukasus zwischen 1993 und 1996 den Armeniern gewaltige Mengen Kriegsmaterial überlassen.“²⁰³

Aserbaidshanische Territorien werden durch Armenier okkupiert. Zunächst wurden die Territorien in Berg Karabach erobert: Kerkiddschahan, Malibeyli, Guschtschular, Xodjali, Qaradakli, Daschalti. In der Nacht von 25 zum 26.Februar spielte sich ein schreckliches Ereignis für die aserbaidshanische Bevölkerung ab: die armenischen Militärgruppierungen verübten Völkermord an Aserbaidshanern in Xodschali, eine blutige Tragödie, ein Genozid am aserbaidshanischen Volk. Jedes Jahr wird dieses Genozids überall auf der Welt gedacht. Es wurden ungefähr 613 Menschen ums Leben gebracht und Tausende Personen schwer verletzt, 1275 Unschuldige wurden gefangengenommen und das Leben von 150 Betroffenen ist bis jetzt ungewiss.²⁰⁴

²⁰¹ Vgl.Rau, Johannes

²⁰² Erich Feigl, S.103

²⁰³ Ebenda, S.105

²⁰⁴ Vgl. Ebenda , S.99

Der Bürgerkrieg Anfang der 90er Jahre in Aserbaidschan begünstigte die Lage der armenischen Separatisten und sie setzten ihre eigenen blutigen Eroberungen fort. Die weiteren Territorien Aserbaidschans wie Schuscha, Latschin, Aghdam, Fizuli, Djebrail, Qubadli, Zengilan wurden okkupiert und die Bewohner brutal ermordet. Bis zum Abschluss des Waffenstillstands im Jahre 1994 hatten die Separatisten 20% des Territoriums Berg Karabakh Region und weitere 7 Provinzen okkupiert, 20000 Menschen sind in dem Krieg getötet worden, 100.000 verwundet, weitere 50000 sind zu Invaliden geworden.

„Armenia has successfully resettled a majority of the Armenian refugees, a large number in the disputed district of Nagorno-Karabakh itself.“²⁰⁵ „Twenty percent of Azerbaijan's territory, including large areas of land outside of Nagorno-Karabakh, was conquered by Armenia.“²⁰⁶

Der UNO Sicherheitsrat hat vier Resolutionen im Jahre 1993 (№ 822, 853, 874, 884)²⁰⁷ beschlossen und darin die Einstellung der Kampfhandlungen, einen Rückzug der armenischen Truppen aus okkupierten Regionen, die Wahrung der territorialen Integrität Aserbaidschans und eine Rückkehrmöglichkeit für die Flüchtlinge verlangt. Jedoch sind die Armenier diesen Forderungen bis jetzt nicht nachgekommen. Über eine Million Menschen sind zu Binnenvertriebenen geworden. Laut offiziellen Angaben haben die Armenier bei diesem Krieg ca. 5000 Menschen gefangen genommen, darunter auch Frauen, ältere Leute und Kinder.

Etwa 890 Städte, Dörfer und Siedlungen sind unter armenischer Eroberung. Laut ersten Mitteilungen beträgt der verursachte Schaden etwa 60 Milliarden Dollar.

Seit 1994 sind die internationalen Institutionen an der Regulierung dieses Konflikts aktiv beteiligt.

Die internationalen Gemeinschaften und Organisationen wie UNO, Europarat (die Beschlüsse über Berg Karabach 1994, 1995, 1997, 2005) die Organisation der islamischen Konferenz u.a. erkennen Armenien als einen Aggressorstaat und verlangen den sofortigen Rückzug aus besetzten Territorien und die Rückkehr der Binnenvertriebenen, deren Zahl etwa eine Million beträgt. Am 14. März 2008 verabschiedete die UN-Vollversammlung eine Resolution, in der

²⁰⁵ Brenda Shaffer (2003): One conflict that can be solved, in: Die Zeitschrift „die Welt der Diplomatie“, № 3, 2003, Baku/Aserbaidschanisches Außenministerium, abrufbar unter:

http://mfa.gov.az/index.php?option=com_content&task=view&id=246&Itemid=64

²⁰⁶ ebenda

²⁰⁷ Vgl. 103 Erich Feigl

von Armenien erneut verlangt wird, den sofortigen und vollständigen Abzug der Truppen aus den besetzten aserbaidshanischen Gebieten durchzuführen.²⁰⁸

Diese Konfliktfrage ist in der Agenda des Europarats. Im Jahre 2005 wurde von diesem Gremium ein weiterer Beschluss gefasst. Mit diesem Beschluss (1416) bestätigte der Rat der EU, dass das Territorium Aserbaidshans erobert sei und die ethnischen Rivalitäten haben die Massenvertreibung der aserbaidshanischen Bevölkerung verursacht.

Weiteres wurde proklamiert, dass eroberische Aktivitäten eines Staates gegenüber einem anderen Mitgliedstaat die Mitgliedschaftsverpflichtungen des Aggressorstaates verletzen. Es wurde erneut bestätigt, dass Binnenvertriebene das Recht besitzen in ihre Territorien zurückzukehren. Zusätzlich dazu hat die Vollversammlung die Resolutionen des Sicherheitsrates der UNO erwähnt und die Konfliktparteien dazu aufgerufen, ihnen zu folgen, in besonderer Weise den Forderungen, die den Rückzug der Militärtruppen beinhalten.²⁰⁹

Eine weitere wichtige Organisation bei der Regulierung des Karabach Konflikts ist die OSZE: Um die Regulierung des Konflikts zu fördern wurde in Budapest im Jahre 1994 im Rahmen der OSZE der Beschluss über die Schaffung des Instituts des Ko-vorsitzenden der Minsker Konferenz gefasst und im Jahre 1995 der Minsker Gruppe das Mandat erteilt.²¹⁰

Die Schaffung des von Frankreich, Russland und USA zusammengesetzten Ko-Vorsitzenden der Minsker Gruppe erfolgte kurz danach im Jahre 1997.

Im Jahre 1997 wurden zwei wichtige Vorschläge der OSZE über die Regulierung des Konfliktes gemacht: die Etappenregulierung des Konfliktes beinhaltet vorerst die Befreiung der okkupierten sechs Provinzen, den Beginn der friedensschaffenden Massnahmen, die Rückkehr der Binnenvertriebenen in die befreiten Regionen. An zweiter Stelle sollte die Frage über Latschin und Schuscha behandelt werden. Das sogenannte "Paket"-Vorschlag beinhaltete die gleichzeitige Lösung der Probleme einschliesslich der Statusfrage Berg-Karabachs.

²⁰⁸ vgl. UN News Centre (2008): General Assembly calls for removal of Armenian forces from Nagorno-Karabakh. 14.März, 2008. abrufbar unter:

<http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=25986&Cr=general&Cr1=assembly> (zuletzt am 20.03.2008)

²⁰⁹ vgl. die Parlamentsvollversammlung des Europarats (2005) : die Resolution (1415) -The conflict over the Nagorno-Karabakh region dealt with by the OSCE Minsk Conference- abrufbar unter :

<http://assembly.coe.int/Documents/AdoptedText/TA05/ERES1416.htm>

²¹⁰ Vgl Feigl, S.122

Zwischen den Staaten Aserbaidshan und Armenien konnte keine Einigung bisher erreicht werden. Seit 1999 finden gemeinsame Treffen auf präsidentieller Ebene beider Staaten und seit 2004 auf der Ebene der Außenminister statt.

Jedoch sind die Bemühungen der OSZE ohne jeglichen Erfolg und der Friedensprozess kann nicht in Gang gesetzt werden.

Unter der breiten Masse der Bevölkerung herrscht Misstrauen über die OSZE und ihren Beitrag zur Konfliktregulierung.

„Die Organisation für die Befreiung Karabachs hat die Regierung Aserbaidshans dazu aufgerufen, die von der OSZE geleiteten Verhandlungsprozesse über den Konflikt von Berg-Karabach zu verlassen und das Problem aus eigener Kraft zu lösen.“²¹¹

Der Karabakh Konflikt kann nur im Rahmen territorialer Integrität Aserbaidshans beigelegt werden. Die Statusfrage um Berg Karabach kann nur dann gelöst werden, wenn die Vertriebenen in die okkupierten Zonen zurückgekehrt sind, die Konfliktzone demilitarisiert wird, internationale Sicherheitsgarantie geschaffen wird.

3.7.2 Die EU und das Problem um Berg Karabakh:

Seit 2004 versucht die EU im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) mit den Ländern außerhalb der EU enge und effektive Kontakte zu bilden. Die ENP wird als Instrument zur Schaffung der Sicherheitsgürtel angesehen.

Seit 2005/2006 ist Aserbaidshan ein Teilnehmerstaat der Europäischen Nachbarschaftspolitik. Laut der ENP Dokumente, wird in dieser Politik darauf abgezielt, in der Region, nämlich im Südkaukasus, die politische Stabilität zu fördern, die Wirtschaftsreformen, die Demokratieentwicklung, die Achtung der Menschenrechte zu unterstützen. „Ziel der ENP ist die Stärkung von Stabilität, Sicherheit und Wohlstand im Umfeld Europas.“²¹²

Seit 2004 sollen in noch näher gerückten Nachbarländern durch diese Politik diese Werte gefestigt und deren Umsetzung noch beschleunigt werden.

²¹¹ Zerkalo Zeitung, 28.04.2009

Sicherheit und Stabilität sind die Schlüsselworte für die Europäische Nachbarschaftspolitik.

Das Europäische Sicherheitskonzept bildet einen Teil der Europäischen Nachbarschaftspolitik. Die Europäische Nachbarschaftspolitik dient zusammen mit der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) als neue Strategie der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik – mit dem Ziel, einen „ring of friends“ um die Europäische Union herum zu errichten.²¹³

„Die Europäische Sicherheitsstrategie stellt die ENP in den Mittelpunkt der außen- und sicherheitspolitischen Prioritäten der EU.“²¹⁴

Wie schon in früheren Kapiteln besprochen, sind die Aktionspläne ein wichtiger Teil der ENP. Die Aktionspläne, die einzeln mit jedem Staat der südkaukasischen Region erstellt werden, beinhalten folgende Prioritäten: die effektive Entwicklung der Demokratie, Verbesserung des Wohlstandes, die Achtung der Menschenrechte, die Förderung wirtschaftlicher Entwicklung und die Verbesserung des Investitionsklimas u.a. Die Sicherheit und die Stabilität stehen entsprechend der Ziele der ENP im Vordergrund.

Die EU begrüßt die Maßnahmen, die die Integration der südkaukasischen Länder, darunter Aserbaidschan, beschleunigen würden und ruft die Parteien in diesem Bereich auf, sich noch mehr zu engagieren.

Wenn über die Sicherheit und Verteidigung im Kontext der südkaukasischen Länder die Rede ist, dann fallen einem gewollt bzw. ungewollt die eingefrorenen Konflikte und die territorialen Kontroversen ein. Zurzeit sind in der Region „Südkaucasus“ folgende Konflikte vorhanden, um die sich die Situation verschärfen könnte: Abchasien, Südossetien, das Problem um Berg-Karabach und der weiteren sieben Provinzen.

Diese Probleme sind nicht nur für Aserbaidschan sondern auch für Georgien als Schwachstellen anzusehen und stellen sozusagen die Achilles-Ferse dar.

Dazu ist auszuführen:

1. Der Berg-Karabach Konflikt gefährdet die Sicherheit und Stabilität in der Region, schafft Grenzziehungsprobleme. Terrorismus; Drogen und Menschenhandel sind auch in

²¹³ Helmerich, Nicole, S.4

²¹⁴ Ebenda, S.1-15

diesem Zusammenhang zu nennen. Der Berg-Karabach Konflikt, der unkontrolliert von internationalen Akteuren bleibt, ist ein Nest für Separatismus, Extremismus und organisierter Kriminalität.

2. Die innere Stabilität kann jederzeit beeinträchtigt werden. Innerstaatliche Unruhen können die politische Sicherheit und Stabilität gefährden.
3. Aserbaidshan sowie Armenien rüsten sich auf und die Gefahr eines möglichen Krieges ist nicht überwunden. Der Konflikt wird die Demokratieentwicklung in beiden Staaten beschränken, die Kooperation mit internationalen Gremien gefährden, denn hier, wo Aserbaidshan ein weiteres Mitglied darstellt, ist die kriegerische Lösung des Konflikts verboten. Im Falle der Nichtbeachtung solcher Regelungen kann die partnerschaftliche Beziehung, die Mitgliedschaft des Landes in den jeweiligen Gremien abgebrochen bzw. untersagt werden.²¹⁵ Soweit das Problem nicht gelöst ist, kann auch von der Integration innerhalb der Region keine Rede sein.
4. Dieses Problem hindert die Wirtschaftsentwicklung, gefährdet den Wohlstand der Bevölkerung. Es sind ca. 1.000.000 Aserbaidshanner aus ihren Wohnorten vertrieben, sie sind Opfer, die sowohl moralische als auch materielle Schäden erleiden müssen. Die Menschenrechte dieser Betroffenen sind verletzt worden.
5. Integration wird durch diesen Konflikt gebremst. Die Demokratieentwicklung, das gute Investitionsklima und die Durchsetzung der Europäischen Werte hängen mit der Lösung des Konflikts zusammen. Die Reformen in Aserbaidshan, die verschiedene Bereiche betreffen, können nur dann produktiv sein, wenn dieses Problem behoben wird.
6. Aserbaidshan wird im Rahmen der Südkaukasischen Politik behandelt, die EU tritt für stärkere Kooperation zwischen den südkaukasischen Ländern ein und sie sieht diese als weitere Voraussetzung für die engere Kooperation zwischen der EU und Aserbaidshans. Es ist aber schon nachzuvollziehen, dass ohne Aufhebung des Kriegszustandes zwischen den

²¹⁵ Quseynova Hicran (2005): Erweiterung Europas und Aserbaidshan, in: Echo Zeitung, 22:05.2004

Ländern von einer engeren Kooperation zwischen Aserbaidshan und Armenien nicht zu reden ist. In keinem Bereich kooperieren die Staaten miteinander.

7. Die okkupierten 20% des Territoriums bleiben teilweise in Isolation. Die Transitwege, die dieses Gebiet durchqueren, sind nicht benutzbar. Das Gebiet ist größtenteils zum Wohnen nicht geeignet, 80% des Territoriums ist verwüstet, vermint. Eine reale Entwicklung in dieser Region erfolgt nicht.

8. die Hegemonialmächte benutzten diese Probleme als Instrumente zur Steuerung, damit sie eigene geostrategische und wirtschaftliche Interessen durchsetzen könnten.

“These republics still remain extremely vulnerable to external pressures in spite of their independence. Their future highly depends upon interaction among external players-major nations-which have special interests in the Caucasus. Specifically, I'm referring to Russia, Turkey, Iran, and Europe and last but not least, the United States. How these countries interact in relationship to this region will be of enormous importance to the survival of these nations as independent states and to the well-being of the entire region.”²¹⁶

Aserbaidshan liegt zwischen Westen und Osten, seine Nachbarländer sind solche Mächte wie Russland und Iran, seine fernen Nachbarn also der Westen, haben aber auch einen Einfluss auf den Staat. Die Politik des Staates ist durch Gleichgewichtschaffung definiert. Weder der einen noch der anderen geopolitischen Seite wird Priorität gegeben. Der Berg-Karabach Konflikt bringt für diesen kleinen Staat weitere Hindernisse und durch diese Hindernisse verliert die Integration nach Westen seine Effektivität.

„If Russia continues to exploit the Nagorno-Karabakh conflict, not only will the viability of Azerbaijan be affected, but the extent of the true independence of Armenia will be limited. Thus, eventually, Armenia will also become more vulnerable.”²¹⁷

„Die offizielle Position in Brüssel lautet, dass man nur dann ein Beitrag zu friedenserhaltenden Maßnahmen in der Region erwägen könnte, wenn sich alle beteiligten Parteien auf die Entsendung einer Friedensmission geeinigt hätten.“²¹⁸

²¹⁶ Brzezinski (1997): The Caucasus and new geo-political realities How the West can support the region. Abrufbar unter: <http://mfa.gov.az/images/stories/jurnal/3.pdf> Bzejinski

²¹⁷ ebenda

²¹⁸ Popescu, Nina (2007): Europäische Nachbarschaftspolitik und Konflikte im südlichen Kaukasus. In: Caucasus Europe news. 17.01.2007, abrufbar unter: http://www.caucas.com/home_de/breve_contenu.php?id=212

Die Europäische Nachbarschaftspolitik beschäftigt sich mit diesem Problem nicht direkt und überlässt die Verantwortung weiteren Organisationen, die sich schon seit langem damit beschäftigen. Allgemein betrachtet, wird das Potenzial der ENP in Bezug auf die Konfliktregulierung als unterentwickelt geblieben angenommen.²¹⁹

„Thus, the action plans make very little direct mention of conflict prevention. The preferred approach is to promote political and economic reforms, hoping that they will one day lead to a climate conducive to conflict resolution.⁴⁵ Instead of actively tackling the conflict issues.“²²⁰

Die vorhandenen Mitteln und Maßnahmen werden von der EU begrüßt und die Union sieht keine Notwendigkeit, ihrerseits neue Strukturen zu entwickeln und neue Maßnahmen zur Konfliktregulierung anzubieten. Sie betont nur, dass der Konflikt ausschließlich friedlich gelöst werden soll und schließt mögliche Militäraktionen aus.

Die Europäische Union sieht die Minsker Gruppe der OSZE als Hauptakteur bei der Konfliktregulierung und betont deren wichtige Leistung diesbezüglich.

„The EU feels strongly that the Minsk group (OSCE) offers the best mechanism for the settlement of the Nagorno-Karabakh issue and fully supports the efforts made by the governments in Baku and Yerevan to improve dialogue in recent months“²²¹

In diesem Kontext möchte ich die folgenden Ereignisse, die diesen Konflikt betreffen, anführen: Am 14. März 2008 wurde bei der UNO-Versammlung die Resolution über „die Lage der okkupierten Territorien Aserbaidschans“ verabschiedet: The UN General Assembly adopted a resolution demanding the immediate withdrawal of Armenian forces from all the occupied territories of the Republic of Azerbaijan surrounding Nagorno-Karabakh. The resolution, introduced by Azerbaijan, also calls for return of the population of the occupied territories, and recognizes the need to provide normal secure and equal conditions of life for Armenian and Azerbaijani communities in the Nagorno-Karabakh region.²²²

Sieben Länder haben dagegen gestimmt, darunter sind USA, Frankreich und Russland zu nennen. Das zeigt wieder, dass in der Diplomatie, die diese Länder betreiben, ein doppelgesichtiger politischer Status besteht. Die Minsker Gruppe ist die einzige aktive

²¹⁹ Vgl. Cameron, Fraser/ Balfour Rosa

²²⁰ ebenda, S.17

²²¹ Europäisches Parlament (2004): Note on the Political and Economic Situation in Azerbaijan and its Relations with the European Union. Luxembourg, 19 August 2004, abrufbar unter:

http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/nt/543/543520/543520en.pdf

²²² United Nations Radio: http://www.un.org/radio/print_all.asp?NewsDate=3/14/2008

potenzielle Beteiligte bei der Konfliktregulierung. Es ist daher logisch zu verstehen, dass ein Misstrauen betreffend einer baldigen Lösung des Konflikts in nächster Zukunft sich breit macht.

Folgende Aspekte des Konfliktmanagements seitens EU sind dabei hervorzuheben:

- Innerhalb der EU gibt es verschiedene außenpolitische Interessen und Meinungsunterschiede der EU-Mitglieder: in der Außenpolitik sind die Einigungsversuche der EU-Mitglieder ziemlich schwach: als Beispiel dafür, könnte die Nichteinigung über das während der EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands, vorgeschlagene ENP-Plus Paket dienen. Vor allem die Interessen und strategischen Ziele der EU-Länder im Hinblick auf die südkaukasische Region unterscheiden sich voneinander. Während die engere Partnerschaft für einige Länder von Bedeutung ist, gibt es auch auf der anderen Seite die Staaten, die die engere Kooperation als Belastung für die EU und als einen weiteren Problempunkt ansehen.
- Die Tatsache dass die EU in der Region nicht der einzige und auch nicht der wesentlichste Player ist, schafft für die Union weniger Freiraum für die Handlungen und Maßnahmen, was auch auf die Konfliktlösungsstrategie der EU einen Einfluss ausübt. Die einzelnen Interessen der hegemonialen Mächte lassen die EU sich nur in gewissen Grenzen bewegen. Die EU wollte sogar am Anfang diese südkaukasischen Länder gar nicht in die ENP aufnehmen, weil sie fürchtete, dadurch ihr Verhältnis zu Russland zu gefährden. Beim NATO-Gipfel haben die EU-Staaten bezüglich der Eintrittsperspektiven Georgiens und der Ukraine eine Gegenposition eingenommen, weil die EU sowohl auf Russland als auch auf die USA-Politik angewiesen ist und immer mit diesen Staaten rechnen muss.

Mögliche Schritte für die Konfliktregulierung im Südkaukasus:

Damit die Europäische Nachbarschaftspolitik in dieser Hinsicht effektiver wird, müsste die EU die Spaltung zwischen den EU-Mitgliedstaaten beheben. (nämlich in eine südlich orientiert Fraktion mit Frankreich, Italien und Spanien und eine nordöstliche Fraktion mit Deutschland und Polen) Die EU-Länder vertreten verschiedene Interessen (Intergouvernementalismus versus Supranationalismus), besonders in der Außenpolitik sieht man diese Diskrepanz besonders stark. Die möglichen Reformen in der 3.Säule der Europäischen Gemeinschaft (EG), in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP), wären daher begrüßenswert.

Im Großen und Ganzen besitzt die EU die Möglichkeit, im Rahmen der ENP das Problem um Berg-Karabach und weiteren sieben Provinzen zu lösen:

Ganz im Unterschied zu anderen Hegemonialmächten entspricht die Konfliktsituation weder den Interessen der EU noch Aserbaidshans. Im Vergleich zu Russland und zur USA ist die EU zur Schaffung des Friedens befähigt, weil Frieden in diesem Gebiet den Interessen der EU entsprechen würde und ungelöste Probleme ihrerseits unerwünscht sind. Dabei kann von einer Politik zweier Standards nicht die Rede sein, was man bezüglich der USA und Russland nicht sagen würde. Der Konflikt wird bei diesen sehr instrumentalisiert und dient der Durchsetzung eigener Interessen. Daher ist für eine baldige Lösung des Konflikts keine Motivation vorhanden.

Nachhaltige Demokratieentwicklung, die politische Stabilität, der wirtschaftliche Aufschwung, kann nur nach der Konfliktlösung möglich werden. Der politische Kurs der EU hinsichtlich Südkaukasus sieht es als notwendig an Stabilität in der Region zu schaffen. Die EU ist nicht an einer Konfliktsituation im Südkaukasus interessiert, die für die Integration nach dem Westen und für die Kooperation nur schädlich wäre und die Projekte wie „Nabucco“ Gaspipeline, „BTC“ Erdölpipeline sowie die Kooperation mit anderen Bereichen Gefahren aussetzt.

Die Instrumentalisierung dieses Problems würde den Grundprinzipien der EU widersprechen und ihren Status auf internationaler Ebene stark gefährden. Die EU besitzt die Kapazität als unabhängiger, fairer, objektiver Moderator und Förderer der Konfliktlösung anzutreten. Der Prozess der Konfliktbeilegung könnte somit effektiver und vielversprechend sein. Die EU ist bisher erfolgreich als Moderator im Nordirlandkonflikt aufgetreten und das Good Friday Abkommen ist mit Hilfe ihrer Bemühung Realität geworden.

“The Nagorno-Karabakh issue will need and does need active mediation. It requires mediation by disinterested parties, by parties that are not engaged in any self-serving effort to re-establish regional hegemony. (...) Active mediation does not mean taking sides, but rather promoting a solution that is acceptable to both sides in the conflict.”²²³

²²³ Bzejnski, S.114, unter: Brzezinski (1997): The Caucasus and new geo-political realities How the West can support the region. Abrufbar unter: <http://mfa.gov.az/images/stories/jurnal/3.pdf> Bzejnski

Im Rahmen der Südkaukasuspolitik bezüglich der Konfliktregulierung sollen die Strategien durch Reformen in den Bereichen, wie Konfliktregulation und Konfliktmanagement geändert werden, „detaillierte Entwürfe für eine Friedensordnung zu formulieren und zu veröffentlichen, wie sie in Form der Genfer Initiative für Palästina oder des VN-Plans für Zypern bereits vorliegen“²²⁴ Es wären diverse Seminare bzw. Workshops, gemeinsame Tätigkeiten mit regionalen Institutionen zu veranstalten, Meinungsaustausch, Vorschläge anzubieten, kurz gefasst: die Zusammenarbeit der EU und lokaler Kräften sollte intensiviert werden.

Die EU benutzt den Mechanismus „**Europäisierung**“ bei der Konfliktbeilegung. Dieser Mechanismus bedeutet Integration der Streitparteien in die EU-Strukturen, um die Lösung des Problems positiv zu beeinflussen.²²⁵ die Integration der Streitparteien soll im Rahmen der Europäisierung mit Hilfe von „**conditionality**“ and „**sociality**“ erfolgen.²²⁶ Während „conditionality“: technische und finanzielle Hilfe seitens der EU, institutionelle Partnerschaft, Zugang zum inneren Markt, Angebot der EU-Mitgliedschaft und die begonnene Kooperation vor der EU-Mitgliedschaft beinhaltet, bedeutet Sozialisation, die intensivierte institutionelle Partnerschaft, die Identitäts- und Interessenbestimmung interner Akteure mit sich bringt und schließlich einen nachhaltigen Einfluss ausübt.²²⁷

„Die **Mitgliedschaftsmöglichkeiten** (was sicherlich einen Europäisierungsprozess einen Aufschwung bringt) in der NATO und in der EU, schufen für die Länder von Mittel- und Osteuropa einen guten Impact und es erfolgten zielorientierte und effektive Reformen sowohl im wirtschaftlichen als auch politischen Bereich.“²²⁸ Die Staaten, die ungelöste Territorialprobleme miteinander hatten, konnten diese mithilfe abgeschlossener Verträge lösen (Tschechien Deutschland, Polen und Litauen u.a). Die Integrationsperspektive in die Euro-Atlantischen Strukturen kann auch für den Südkaukasus bei der territorialen Streitbeilegung zwischen Aserbaidschan und Armenien einen positiven Einfluss haben. Diese Idee vertritt auch Z. Brzeziński.²²⁹

Europäisierungsprozesse im Südkaukasus sind jedoch schwer zu realisieren. Bei diesem Aspekt sind folgende Gegebenheiten zu berücksichtigen:

²²⁴ Jahn, Egbert S.215

²²⁵ Coppieters Bruno/Emerson/ Huyseune/Kovziridze/Gergana Noutcheva/Tocci/Vahl (2004): Europeanization and Conflict Resolution: Case Studies from the European Periphery, Academia Press, Ghent, abrufbar unter: <http://poli.vub.ac.be/publi/>

²²⁶ Ebenda, S.27-28

²²⁷ Ebenda, S.36-37

²²⁸ Hemidov, S.183

²²⁹ Bzejinski (2004), S.36

Eine Integration Aserbaidschans erfolgt mit unklaren Perspektiven und ist langfristig.²³⁰ Die Rolle der EU im Gebiet ist aufgrund der bevorzugten regionalen Kooperation besonders schwach. Das schwächt die Position der EU bei territorialer Streitbeilegung. Eine institutionelle Kooperation findet auch nicht statt, was entscheidend für die Effektivität der Europäisierung ist.

1. Aserbaidshan bildet immer noch eine Peripherie für die EU und dies schwächt auch die Wirkung der Europäisierung.

Beim Europäisierungsprozess ist der sogenannten Spill-Over Effekt zu nennen. Es herrscht die Meinung, dass Regulierung eines Bereichs andere Bereiche automatisch positiv beeinflusst und in diese positive Entwicklung miteinbeziehen kann. Der Spill-Over Effekt soll bei der Wirtschaftsförderung und Demokratieentwicklung bzw. Rechtsstaatlichkeitsförderung zur Konfliktlösung führen. Europäisierungsprozesse können somit zur Konfliktlösung beitragen. Im Falle Aserbaidschans ist das schwer zu realisieren. Spill-Over Effekte treten nicht auf, denn die Hegemonstaaten und deren Interessen hindern es, diesen theoretischen Ansatz in die Praxis umzusetzen. Ganz im Gegenteil, die Konfliktsituation beeinflusst die Entwicklung der Kooperationsbereiche und nicht umgekehrt.

Die EU könnte angenommen alleine vorgehen, sich noch intensiver beim Karabach Konflikt engagieren, auf Streitparteien Druck ausüben und bei einer Partei Sanktionen verhängen bzw. eine Isolationspolitik betreiben, die andere Streitpartei hingegen unterstützen. Es gibt dabei jedoch die Tendenz, dass die Partei, die unter Druck gesetzt ist, sich außerhalb Hilfe sucht, was selbstverständlich nicht effektiv wäre. Dann würden sich externe Akteure stark einmischen können. Der Alleingang der EU wäre daher unerwünscht. Wie der Stellvertreter des Außenministers von Russland Vladimir Tschijov bei der Konferenz in Potsdam im Juli 2005 betonte: „Die friedliche Teilnahme der EU bei Streitfragen im Südkaukasus, in Mittelasien, in den Regionen um das Dnestr Gebiet ohne Kooperation mit Russland, wäre schwer und schwierig.“²³¹

3.8 DIE INTERNATIONALE EBENE: INTERESSENSPHÄREN UND KOLLISIONEN:

²³⁰ Hemidov, S.183

²³¹ Vgl Tschijov S.160

Eurasien ist als eine Art Schachbrett anzusehen, auf dem der Kampf um die globale Herrschaft ausgetragen wird“²³² heißt es in dem Buch „*The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostrategic Imperatives*“ dass von dem Politologen Z. Bzejnisky verfaßt wurde. Der Politikwissenschaftler hat damit den Kontinent gut charakterisiert, in dem ein andauerndes Spiel um die Macht vorherrscht.

Aserbaidshon ist ein Puzzle-Teilchen des gesamten Eurasien Puzzles, dessen Wert und Rolle hoch eingeschätzt werden sollte. Trotz seiner begrenzten territorialen Fläche (seine Gesamtfläche beträgt etwa 86.600 km²) und seiner relativ geringen Bevölkerungszahl (etwa 8 Millionen Einwohner) hat das Land aufgrund seiner Energieressourcen sowie aus geopolitischer Sicht eine Schlüsselrolle. „Es ist ein **Kork** in einem Gefäß, in dem der Reichtum des Kaspischen Bassins und Mittelasiens enthalten ist.“²³³

“Seit Jahrzehnten erweckte Aserbaidshon aufgrund seiner Geologie grosses Interesse bei vielen Ländern. Das Land liegt auf den Handelswegen, die China und Indien mit dem Mittelmeer sowie dem Schwarzmeer verbinden. Die Tatsache, dass die Seidenstrasse das Land durchquerte, hatte zur Folge, dass viele Staaten sich für dieses Gebiet interessiert haben”²³⁴ Aserbaidshon ist gleichsam eine goldene Brücke zwischen dem Osten und dem Westen.

Und genau da, nämlich im südkaukasischen Gebiet, stossen die Interessen der “External Akteurs” zusammen, darunter sind vor allem die Vereinigte Staaten, Russland und nicht zuletzt die EU zu nennen.

3.8.1 Russland und Aserbaidshon unter Berücksichtigung der EU-Politik:

In jüngerer Geschichte hatte Russland im Südkaukasusgebiet eine starke Position gehabt. Diese Region ist gleich neben Russland gelegen und dies begünstigte das Vorhaben von Russland, Georgien, Armenien und Aserbaidshon in seiner Einflussphäre zu haben.

Russland galt und gilt heute noch in Aserbaidshon als einer der ältesten und wichtigsten „Great Player“, so dass dieser Aspekt in den Außenbeziehungen auf internationaler Ebene berücksichtigt wird und eine Wirkung auf die politische Konstellation entfaltet.

²³² Bzejnisky (1998), S.47

²³³ Ebenda, S.63

²³⁴ Mahmudov, S.3

Wenn wir die Entwicklung der Beziehungen zwischen Aserbaidshan und Russland chronologisch betrachten, sind dabei die Geschehnisse im 19. Jahrhundert besonders hervorzuheben: die russisch-persischen Kriege (1804-1813 und 1826-1828) hatten zur Folge dass zwei Abkommen, „Gülüstan“ (1813) und „Türkmentschai (1828), abgeschlossen wurden, die die Aufteilung Aserbaidshans zwischen Russland und Persien entlang des Aras-Flusses bestimmten. Hiermit gelangte ein Teil Aserbaidshans unter den Einflussbereich des zaristischen Reichs. Im Jahre 1918 gelang es jedoch diesem russisch besetzten Teil, nämlich dem nördlichen Teil, einen eigenen unabhängigen Staat zu bilden, der bis zum Einfall der Roten Armee im Jahre 1920 existiert hat. Das war die erste demokratische Republik im islamischen Orient, deren System dem modernen europäischen Staatssystem gleich war. Jedoch existierte dieser Staat nicht lange, am 28. April 1920 verlor er seine Unabhängigkeit. Bis 1991 ist das Land unter der Herrschaft der Sowjetunion gewesen.

Ende der 80er Jahre war das Schicksal der UdSSR schon bestimmt. Kurz vor dem Zusammenbruch versuchten die Sowjets, die Unruhen einzudämmen und Aserbaidshan weiterhin im Griff zu haben, wofür das Zentrum unter Gorbatschow alle Mittel, auch den Einsatz von Panzern, ausgenutzt hat. Die Sowjets blieben in den 80er Jahren ihren politischen Traditionen treu, die sich in dem politischen Kurs „teile und herrsche“ ausdrückten. Damit Aserbaidshan mehr mit internen Konflikten konfrontiert wäre und sich weniger über die Unabhängigkeit des Landes Gedanken mache, heizte Gorbatschow die politische Atmosphäre um das Gebiet „Berg-Karabach“ an. Betreffend das autonome Gebiet Berg-Karabach, das ein unteilbarer Teil Aserbaidshans ist, das damals sowohl von Armeniern als auch von Aserbaidshanern besiedelt wurde, wo unter der Zivilbevölkerung keine Konflikte vorhanden waren und zwei Nationen friedlich miteinander existiert haben, wurde im Jahre 1988 von Armenien eine Entscheidung über den Anschluß von Berg-Karabach an Armenien getroffen, worauf die Sowjets nicht reagiert haben:

Trotz aller Versuche der Sowjets brach die UdSSR zusammen und Aserbaidshan verkündete im Jahre 1991 seine Unabhängigkeit.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion beeinträchtigte die Herrschaftsbeziehungen Russlands zu ehemaligen Sowjetstaaten und nicht zuletzt zu Aserbaidshan äußerst tief. Die Abhängigkeit des Staates von Russland geht damit im Wesentlichen verloren.

Russland stand hiermit vor einer großen Herausforderung: die vor kurzem ihre Unabhängigkeit verkündet habenden ehemaligen Sowjetstaaten, darunter auch Aserbaidshan, unter seinen „Machtbereich“ zurückzugewinnen, diesmal jedoch auf eine neue Art und Weise.

“One of the major changes that have been brought about by the post-soviet independence period is the radical reorientation of newly independent countries from the Soviet/Russian model to Western democratic values.

Albeit new leaderships of the Caucasian countries consider post-communist Russia a powerful regional actor, the political elites permanently refer to the Russian Federation as the main cause of most problems in former Soviet Territory.”²³⁵

Mit der Errichtung der GUS (Gemeinschaft Unabhängiger Staaten) erstrebte Russland, die Idee der Sowjetunion „wiederzubeleben“. Dies war aber aufgrund der unterschiedlichen Interessen der Ex-Sowjetländer und der Versuche, sich möglichst vom Russland abzutrennen, ein vergeblicher Versuch, der von Anfang an zum Scheitern bestimmt war.

Heute noch betrachtet Russland die Ex-Sowjetländer aus einem besonderen Blickwinkel:

„Die Moskauer Regierung gab bekannt, dass die Ukraine eine „interne Angelegenheit“ Russlands sei. Dies ist auch in Bezug auf die Länder des Südkaukasus der Fall, die ebenfalls wie eine interne Angelegenheit Russlands behandelt werden.“²³⁶

Aserbaidshan ist mit Russland historisch stark verbunden: zwischen den beiden Staaten gibt es Jahrzehnte andauernde Kooperationsbeziehungen, die in verschiedenen Bereichen stattfinden. Diplomatische Beziehungen zwischen den jetzigen Staaten wurden im April 1992 ins Leben gerufen. Das grundlegende rechtliche Dokument ist das Abkommen über Freundschaft, Kooperation und gegenseitige Sicherheit zwischen Aserbaidshan und der Russischen Föderation, das im Juli 1997 unterschrieben wurde. Insgesamt sind bis jetzt circa achtzig zwischenstaatliche Abkommen unterzeichnet.

Jedoch charakterisieren sich die Jahre bis 1994 durch so eine Außenpolitik Aserbaidshans, die im Wesentlichen antirussische Ideen beinhaltete. Erst nach dem Amtsantritt des damaligen

²³⁵ Nuriyev, S.88

²³⁶ Europenews, 02.04.2006, abrufbar unter: http://www.caucaz.com/home_de/breve_contenu.php?id=130 (zuletzt am August, 2008)

Präsidenten Haydar Aliyev änderte sich die Situation zu Gunsten Russlands. Die Beziehungen zwischen den Staaten wurden immer wieder verbessert.²³⁷ Der Kurs Haydar Aliyevs war folgendermaßen: Er sah Russland als weiteren Verbündeten und als einen wichtigeren Akteur. Die Politik stützte sich auf Prinzipien guter nachbarschaftlicher Beziehungen, strategischer Partnerschaft und der Kooperation. Er hat zwar Moskau keinen Vorrang gegeben, vielmehr die Politik des Dreiecks bevorzugt: EU, Vereinigte Staaten und Russland, mit diesen Akteuren gute Beziehungen zu pflegen, jedoch Präferenz keinem von ihnen zu geben. Diese Politik wird vom derzeitigen Präsidenten Ilham Aliyev ebenfalls verfolgt.

„Over the last decade Azerbaijan seems to have handled most of its difficult relations with Russia in a balanced manner, most importantly, without undermining fundamental national and regional objectives.“²³⁸

Im **wirtschaftlichen** Bereich pflegen beide Seiten gute Wirtschaftsbeziehungen. Im März 2006 wurde die **Handelsrepräsentation** der russischen Föderation in Baku eröffnet²³⁹ Sie vertritt außenwirtschaftliche Interessen der Russischen Föderation und unterstützt die weitere Entwicklung russisch-aserbaidtschanischer handelsökonomischer Beziehungen.

In Aserbaidtschan arbeiten heute 550 russische Gesellschaften. In Russland werden hingegen 700 Gesellschaften und ca. 300 Unternehmen von Aserbaidtschanern geleitet.²⁴⁰

Russland ist einer der führenden Handelspartner Aserbaidtschans. Laut statistischen Angaben hat die Föderation im Jahre 2007 die führende Rolle bei der Warenlieferung nach Aserbaidtschan gespielt.

Über 90% der Exportwaren sind Maschinenbauwaren, Automobil und Chemiewirtschaft sowie Waren aus Metall, **Nutzholz** und **Baustoffe**, Lebensmittelwaren und

²³⁷ Memmedov, S.409

²³⁸ Suleymanov (2004): EMERGENCE OF NEW POLITICAL IDENTITY IN THE SOUTH CAUCASUS. Magisterarbeit, abrufbar unter: <http://fletcher.tufts.edu/research/2004/Suleymanov-Elin.pdf>
Suleymanov (zuletzt November 2008)

²³⁹ Russland-Aserbaidtschan Handelsbeziehungen 03.12.2008, in: Caspian Integration Business Club, abrufbar unter: http://www.cibcgroup.com/shab_news_ru.shtml?cgi-bin/show_news.pl?lang=ru&id=3928 (zuletzt März 2009)

²⁴⁰ Homepage des Außenministeriums Russischer Föderation, abrufbar unter: <http://www.ln.mid.ru/> (zuletzt April, 2009)

Landwirtschaftsprodukte.²⁴¹ „Nach Aserbaidtschan werden auch sonstige Kraftfahrzeuge, Anlagen und Verkehrsmittel transportiert.“²⁴²

Laut Angaben des föderalen Zollamts²⁴³ der russischen Föderation betrug der außenwirtschaftliche Umschlag mit Aserbaidtschan im Januar und September 2008 etwa 1698,7 Millionen Dollar. Im Vergleich zu 2007 ist er auf 52% gestiegen. Aserbaidtschan ist fünftgrösster Handelspartner unter den GUS-Staaten.

Auch die Warenzulieferung seitens Aserbaidtschans ist in den letzten Zeiten deutlich gestiegen. Besonders werden Lebensmittelwaren geliefert und sie bilden etwa 67,9% des gesamten Exports nach Russland.²⁴⁴

Damit ist Russland einer der größten Käufer von Waren aus Aserbaidtschan, die aus dem Nichterdölsektor stammen.²⁴⁵

Aserbaidtschanische Lebensmittel und Landwirtschaftsrohprodukte bilden etwa 78% des gesamten Exports nach Russland. Die Hauptexportwaren sind etwa: Fette und pflanzliches Öl, weißer Zucker und Saccharose, Nüsse, schwarzer Tee, Obst und Gemüse, Säfte, Alkoholgetränke u.a. Außerdem werden auch Waren aus Chemiewirtschaft, Baumwollfaser u.a. geliefert.²⁴⁶

Im **Militär-technischen** Bereich besteht ebenfalls eine Kooperation. Im Jahre 2003 wurde beispielsweise das Abkommen über militär-technische Kooperation abgeschlossen. Auf regulärer Basis erfolgen gegenseitige Besuche der Leiter der Verteidigungsämter.

Grenz- sowie Rechtsschutz- und Gerichtsbehörden beider Seiten kooperieren ebenfalls miteinander. Es findet die Kooperation jeweils über das Innenministerium statt. Bisher wurden zum Beispiel ein Abkommen über die Partnerschaft und (April 1996) das Memorandum über beiderseitigen Beziehungen im Bereich des Kampfs gegen Terrorismus (Februar 2000), sowie die Protokolle über die Partnerschaft und die Garantieschaffung abgeschlossen.(Juli 2008)²⁴⁷

²⁴¹ Außenministerium Russischer Föderation <http://www.ln.mid.ru/>

²⁴² ebenda

²⁴³ Föderales Zollamt russischer Föderation, abrufbar unter: <http://www.customs.ru/ru/>

²⁴⁴ ebenda

²⁴⁵ Caspian Integration Business Club, http://www.cibcgroup.com/shab_news_ru.shtml?cgi-bin/show_news.pl?lang=ru&id=3928

²⁴⁶ ebenda

²⁴⁷ Außenministerium russischer Föderation: <http://www.ln.mid.ru/>

Die Beziehungen im kulturellen Bereich entwickeln sich sehr stark. Die Kooperation im humanitären (bsp. das Programm über die Partnerschaft im humanitären Bereich 2007-2009) und Bildungsbereich (bsp. Eröffnung der Filiale der Moskauer Staatlichen Lomonosov-Universität, die Eröffnung des Zentrums für aserbajdschanische Sprache in Moskau im Jahre 2009) kommt zu Stande.

Jahrzehntelange Verflochtenheit mit Russland änderte die kulturellen Aspekte in Aserbaidschan entsprechend. Die russische Kultur und Sprache und die russische Mentalität bleiben dem Land noch immer nahe. „Eine russisch-aserbaidschanische Annäherung besäße eine reale zivilgesellschaftliche Basis: In beiden Ländern sind durchaus Sympathien füreinander spürbar. Dies äußert sich auch in einem differenzierten Umgang mit dem Erbe der Sowjetunion, das in Aserbaidschan nicht einseitig negativ beurteilt wird.“²⁴⁸ . Nicht zuletzt soll erwähnt werden, dass sowohl in Russland als auch in Aserbaidschan Vertreter des jeweiligen Nachbarstaates leben und dort jeweils eine Minderheit darstellen, wobei im Falle Aserbaidschans die Zahl der Menschen mit russischem Hintergrund etwa 170.000 beträgt während in Russland selbst etwa eine Million Aserbaidschaner leben.

Der Einfluss des Nachbarstaates Russland, der sich hier sehr verwurzelt hat, ist also sehr wesentlich und stark:

“For Moscow, the value of the former republics varies widely. While their pronounced *Drang nach Westen* of the Baltic republics was accepted as a fact of life early on, Russia has tried to keep Kazakhstan, Tadjikistan and the southern belt of Caucasian states in its orbit to this day.”

249

“Russia’s economic and political interests in the Near Abroad (Verf: dabei sind vor allem die Staaten der ehemaligen Sowjetunion gemeint) are straightforward: it wishes to participate in the exploitation of Caspian oil and to control the oil and gas transportation routes, that are preferably to lead over its own territory.”²⁵⁰

²⁴⁸ Langner, Heiko (2008) Berg-Karabach: Aserbaidschans offene Wunde: Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und ihre "eingefrorenen Konflikte. AG Friedensforschung an der Uni Kassel, 20.09.2008, abrufbar unter: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Aserbaidschan/konflikt.html>

²⁴⁹ Heinrich, S.122

²⁵⁰ Heinrich S.123

Seit der Europäischen Nachbarschaftspolitik sieht man in den Beziehungen der Staaten gewisse Schwankungen. Aserbaidshan pflegt die Beziehungen mit Russland, strebt aber nach Integration nach Westen. Die aserbaidshanische Regierung möchte die starke Abhängigkeit des Landes von Russland abbauen. Sein Potential als Energielieferant und als einer der wesentlichen Transportländer begünstigt seine Position.

Russland ist auf keinen Fall dafür, dass die südkaukasischen Länder im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik behandelt werden: „Nachdem Russland sein Potential als alternatives Integrationszentrum eingebüßt hat, entwickelte sich die Integrationskonkurrenz zwischen Moskau und Brüssel zu einer Konkurrenz um privilegierte Beziehungen mit der EU.“²⁵¹

Damit ist Russland mit der Gefahr, Aserbaidshan an die EU teilweise zu verlieren, konfrontiert: Russland soll noch andere Player in dem Gebiet „dulden“, was den Interessen des Staates nicht entspricht. Es sollte auch nicht vergessen werden, dass der Südkaukasus an Russland grenzt und durch die Annäherung der südkaukasischen Länder an die EU die EU an Russland näher heranrückt.

Russland will dieses Gebiet „unter seinen Augen“ haben, andernfalls würde die geostrategische, nationale Sicherheit des Landes stark beeinträchtigt werden.²⁵²

„Die Beziehungen zwischen Russland und dem einheitlichen Europa haben heute einen kritischen Punkt erreicht. Sowohl in Russland als auch in der EU wächst das Misstrauen über die Kooperationslage in den Beziehungen sowie über das Vorgehen beider Seiten in konkreten Fällen.“²⁵³

In Fragen wie im Energiebereich, wo die EU für Diversifizierung der Energiequellen und für Garantien der Energiesicherheit sorgt, distanziert sich die EU möglichst von Russland. Nachdem die Staaten Zentral- und Osteuropas in die EU aufgenommen worden sind, sind antirussische Töne in den Außenbeziehungen der EU zu beobachten, was auf die Beziehungen einen negativen Impact hat.²⁵⁴ Weiters ist die Erweiterung der EU und die damit verbundene Herausforderung innerhalb der EU für die Stagnation der EU-Russland Beziehungen und diverser Projekte verantwortlich: Probleme mit dem WTO-Beitritt Russlands, im Energiedialog, in vereinbarter Kooperation über „vier gemeinsame Räume mit Russland“ u.a.

²⁵¹ Degoev, Vladimir (Hrsg.) (2008): Kaukasus: Realität gegen Versuchung; erschienen in: im wissenschaftlich-analytischen Heft, Das Forschungszentrum für Kaukasus an der Moskauer Staatlichen Universität für Internationale Beziehungen. Juli 2005, 9/11, abrufbar unter: <http://www.mgimo.ru/filesserver/books/az-11.pdf>

²⁵² Vgl. Hesenov

²⁵³ Lancova, S.336

²⁵⁴ Vgl. Lancova

Weitere Diskrepanzen schaffen die Staaten des postsowjetischen Raumes: „Diese Staaten bilden in sich eine Trennlinie zwischen der EU und Russland. Die neuen Projekte (Verf: der Russischen Föderation) über ökonomische Integration der GUS-Staaten und weitere Pläne Russlands über die Regulierung lokaler Konflikte (Verf: im postsowjetischen Raum) wurden seitens der EU nicht sonderlich akzeptiert.“²⁵⁵ „Die Tatsache, dass für viele postsowjetische Eliten die Einbeziehung in die EU besonders anziehend war, spitzte die Konkurrenzbeziehungen zwischen der EU und Russland in der Region zu“²⁵⁶

Dass die EU von Aserbaidshan Akzeptanz und Aufnahme der EU-Werte erwartet, scheint für Russland unmachbar zu sein. Es rechtfertigt diese Ansicht mit dem Ansatz, dass nicht alle Länder die EU-Werte aufgrund der unterschiedlichen historischen und kulturellen Entwicklung und politischen Kulturen effektiv einsetzen können.

Dieser Ansatz zeigt die klare Position Russlands zur Demokratieentwicklung und Aufnahme der EU-Werte in Aserbaidshan, die es mit dem Verlust der Hegemonialbeziehungen zu diesem Staat assoziiert.

Die EU ist somit für Russland in dieser Region ein nicht erwünschter Gast, ein Konkurrent,²⁵⁷ und ihr politischer Kurs wird meist als Verschwörung gegen Russland angesehen und als ein Widerspruch zur russischen Strategie verstanden. Als Beispiel dafür könnte die offizielle Position Russlands über das BTC (Baku-Tbilisi Ceyhan Pipeline) Projekt dienen.

„Russia’s special representative on Caspian issues, Viktor Kalizny, declared that Russia was against the trans-caspian pipeline, as it was not environmentally safe“²⁵⁸

Russland betont immer wieder, dass die EU sich alleine in diesem Gebiet nicht engagieren kann, ohne Russland kann Europa die erstrebten Ziele nicht erreichen, weil Russland im Unterschied zur EU sich in dem Gebiet besser „auskennt“ sich historisch „etabliert hat“ und bessere „Umgangsformen“ für die Region benutzt.

²⁵⁵ S.337 Lancova

²⁵⁶ ebenda

²⁵⁷ Vgl.Lancova 307-365

²⁵⁸ Geistlinger, S.40

„Eine schwache Politik Russlands könnte „einen ergiebigen Boden“ für die Aktivierung der Nahostterroristen bedeuten.“²⁵⁹

Die EU hat zunächst nur ausschließlich wirtschaftliche Beziehungen zu den südkaukasischen Ländern entwickelt, außerhalb dieses Bereichs gab es keine Kooperation.²⁶⁰

Die EU ist noch zu schwach, was die Lösungskapazität der im Südkaukasus vorhandenen Probleme angeht, sie ist noch ausschließlich auf wirtschaftlichen Gewinn konzentriert. Die Konfliktlösungsmechanismen und das Konfliktmanagement sind auf der EU-Ebene unterentwickelt.²⁶¹

Russland ist nur für Wirtschaftsbeziehungen der EU mit südkaukasischen Staaten ohne jegliche Integration in die institutionellen Strukturen der EU. „Es wird auch unterstrichen, dass wenn die wirtschaftlichen Interessen den politischen Kurs bestimmten, die Aufnahme dieser Länder in die EU nur zu Lasten der Union wäre. Hätte die EU Aserbaidschan als weiteren Beitrittskandidat angesprochen, dann hätte die EU sich schon darüber Gedanken machen müssen, dass sie mit Russland zu rechnen hat.“²⁶² Moskau wäre gegen eine Umgestaltung des Landes in eine militärisch-politische Filiale des Westens.

Es ist zu erwähnen, dass im Anfangsstadium des ENP-Prozesses die südkaukasischen Länder in diese Politik nicht integriert waren, weil die Union mit Russland keine Trennlinie schaffen wollte.

Die EU betont ihrerseits, dass die Sicherung des Wohlstands und der Sicherheit das Hauptziel der ENP sei und die Kooperation mit Russland sich als wichtig erweise.

Bei der Gestaltung der südkaukasischen Politik sollen Interessen aller Betroffenen berücksichtigt werden, „die engere Zusammenarbeit der EU mit Russland bei der Konfliktprävention und Stabilisierung der Lage in Osteuropa und im Südkaukasus ist unerlässlich“, stellt die Mitteilung der Kommission „über die Stärkung der Europäischen Nachbarschaftspolitik“ fest.²⁶³

²⁵⁹ Vgl. Degoev, Vladimir (Hrsg.) (2008): Kaukasus: Realität gegen Versuchung; erschienen in: im wissenschaftlich-analytischen Heft, Das Forschungszentrum für Kaukasus an der Moskauer Staatlichen Universität für Internationale Beziehungen. Juli 2005, 9/11, abrufbar unter: <http://www.mgimo.ru/filesserver/books/az-11.pdf>

²⁶⁰ ebenda

²⁶¹ ebenda

²⁶² vgl. ebenda

²⁶³ Internet Zeitung Russland.ru, 13.11.2007, abrufbar unter: <http://www.russland.ru/analysen/morenews.php?iditem=111>

Beim Aufbau der engeren Kooperation mit Aserbaidtschan geht die EU vorsichtig vor, weil sie die Beziehungen mit Russland nicht beeinträchtigen will, die EU ist letztendlich energiepolitisch von Russland abhängig und eine stärkere Spannung ist nicht erwünscht. Bei der NATO-Versammlung im Jahre 2008 unterstützten die EU-Länder (Deutschland, Frankreich) Beitrittsversuche der Ukraine und Georgiens in die NATO nicht, weil sie betonen, dass die Ereignisse der letzten Jahre (Osterweiterung, Europäische Nachbarschaftspolitik) eine Abkühlung und Vertrauensverluste seitens Russland verursacht haben und „der Spielraum“ in Bezug auf Russland voll erschöpft sei und sich weitere Aktivitäten nicht erlauben würden.

Für Russland gelte aber die EU als Verbündete der USA, als deren sogenannte entfernte „Peripherie“. In der Presse trifft man oft die folgenden Aussagen, dass die NATO und die EU die langfristige Beziehung zur Region miteinander teilen werden.²⁶⁴

3.8.2 Der Iran und seine Position:

Im Lichte der Europäischen Nachbarschaftspolitik ist es angebracht, die Position Irans zu erläutern. Im Vergleich zu westlichen Ländern bzw. Russland betreibt der Iran eine eher gemäßigte Politik gegenüber Aserbaidtschan, was auf keinen Fall bedeuten sollte, dass für Iran Aserbaidtschan wenig von Bedeutung ist.

Von der Geschichte her versuchte der Iran, Aserbaidtschan in seiner Machtsphäre zu haben. Nun als ein Theokratischer Staat möchte er auf keinen Fall in nächster Nähe bei sich einen modernen und demokratischen Staat dulden. Er ist daran nicht interessiert, dass Aserbaidtschan sich entwickelt und die EU-Werte aufnimmt. Für den aserbaidtschanischen westlichen Teil Irans mit etwa 25 Millionen Aserbaidtschanern könnte dieser Staat als ein Vorbild eines gelungenen demokratischen Staates dienen, was als Anreiz zur Wiedervereinigung dienen könnte und nationalistische Interessen erwecken könnte. Hiermit wäre die territoriale Integrität Irans beeinträchtigt.

Kurz gefasst ist für den Iran ein blühender Nachbarstaat Aserbaidtschan eine sogenannte „Gefahr“

Iran will auf jeden Fall, dass weder der Westen noch Russland oder China in Eurasien zum „Great Player“ werden.²⁶⁵ Trotz dieser Einstellung bildet Iran mit den Staaten Russland und

²⁶⁴ vgl. Haas, Marsel (2007): NATO kann im Kaukasus erscheinen, in: Die Zeitung „Nezavisimaya Gazeta, 2. April, 2007: http://nvo.ng.ru/wars/2007-02-09/1_zapad.html

China einen strategischen Allianz, damit ein Gegengewicht gegen den nach Südkaukasus immer intensiver drängenden Westen geschaffen wird.

Zwischen Baku und Teheran gibt es eine Reihe von ungelösten Problemen und Trennlinien: der Status des Kaspischen Meeres, die proarmenische Politik seitens des Iran und seine Stellung im Falle der Karabachfrage. Iran sieht Armenien als seinen Verbündeten, nur durch dieses gewinnt der Iran einen gewissen Einfluss auf diesem Gebiet, vor allem durch die Instrumentalisierung des Karabachskonflikts. Dies schafft schon eine breite Palette der Konfrontation zwischen Aserbaidschan und Iran.

“Iran hat in der Vergangenheit versucht, die im Süden Aserbaidschans lebende iranischsprachige Minderheit der Talyschen auszunutzen, um auf eine stärkere Islamisierung der aserbaidshanischen Gesellschaft hinzuwirken. Auch iranische Rundfunksender strahlen in die Region hinein. Umgekehrt misstraut Teheran den lauter werdenden Autonomieforderungen der »Südaserbaidshaner«, der etwa 25 Millionen Angehörige zählenden größten nationalen Minderheit Irans. Das Mullahregime sieht darin ein Einfallstor für säkulare Demokratisierungsbestrebungen, die eine Gefahr für die »islamische Revolution« bedeuten könnten.“²⁶⁶

Demnach äussert sich der Iran gegen die Integration Aserbaidschans in die EU und setzt sich entsprechend auch der Europäische Nachbarschaftspolitik entgegen. Die westliche Intervention bringe einen noch stärkeren Einfluss der USA mit sich. In diesem Kontext sind die Positionen Russlands und Irans gleich.

“Seit 1995, als der Iran zum sogenannten Erdöl-“Vertrag des Jahrhunderts“ auf Wunsch der USA nicht beigezogen wurde, bevorzugt der Iran in der Aussenpolitik die Intensivierung der politisch-wirtschaftlichen Verhältnisse mit Russland und Armenien.“²⁶⁷

3.8.3 Die USA

Gleich nach der Unabhängigkeitserklärung der Länder im Südkaukasus hat Washington verkündet, dass das Kaukasisch-Kaspische Gebiet nicht ein ökonomisches bzw. geologisches Problem sei, sondern vielmehr ein erstrangiges geopolitisches Problem.²⁶⁸

Die Vereinigten Staaten sind an der Nutzung der natürlichen Ressourcen interessiert, sowie an der Nichtzulassung der dominanten Position der Russischen Föderation in der Region. Im

²⁶⁵ Hesenov, S.571

²⁶⁶ Langner (2008): Berg-Karabach - Aserbaidschans offene Wunde, 20.09.2008, AG Friedensforschung der Universität Kassel abrufbar unter <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Aserbeidschan/konflikt.html>

²⁶⁷ Hesenov, S.576

²⁶⁸ Vgl. ebenda

Großen und Ganzen ist es für die Vereinigten Staaten wohl wichtig, einen Zutritt zu potentiellen natürlichen Ressourcen zu bekommen sowie auch ihre geopolitische Anwesenheit in der Region zu gewährleisten, die der Erreichung ihrer nationalen Ziele dient.

„Die Vereinigten Staaten sind daran interessiert, dass keine Staatsmacht diese Region unter ihrer Herrschaft hätte, und für die Weltgemeinschaft zu der Region der finanziell-ökonomische Zugang gewährleistet wäre.“²⁶⁹

Gleichzeitig ist die Politik der Vereinigten Staaten dadurch bestimmt, Russland nicht völlig aus der Region auszuschließen, denn dies trüge dazu bei, dass in der Region eine instabile Situation geschaffen würde. Die Vereinigten Staaten zielen nicht darauf, nur eigenes Kapital in die Region einfließen zu lassen, sondern den Zufluss der Finanzmittel anderer Akteure in die Region zu ermöglichen. Diese Strategie wird besonders bei der Realisierung des internationalen Pipelineprojekts „Baku Tbilisi Ceyhan“ sowie bei der Prospektion und Förderung neuer Erdölvorkommen im Kaspischen Meer gespürt.“²⁷⁰

“Since 2002, the United States has been conducting an activist policy in the South Caucasus. Washington now views the US presence and policy in this region as a component of its larger Middle East and anti-terrorism policies.”²⁷¹

Washington also perceives that it needs the troops of Muslim-majority countries to participate in its peacekeeping and civil efforts in both Afghanistan and Iraq in order to add legitimacy to these missions and thus especially seeks deployment of forces there from Muslim-majority countries.”²⁷²

Trotz der Tatsache, dass die USA mit Aserbaidtschan keine gemeinsamen Grenzen hat und beide Staaten weit entfernt voneinander liegen, entwickelt sich die Kooperation zwischen den beiden Ländern intensiv.

Nach der Unabhängigkeitserklärung versuchte Aserbaidtschan, mit den USA engere Kontakte aufzubauen. Für Aserbaidtschan war es äußerst wichtig, den Westen in die außenpolitischen Beziehungen einzubeziehen.

²⁶⁹ vgl. Zeitschrift „Die Welt der Diplomatie“ abrufbar unter: <http://mfa.gov.az/images/stories/jurnal/4.pdf>

²⁷⁰ vgl. ebenda

²⁷¹ Lynch, Dov (2003): The South Caucasus: a challenge for the EU. EU-ISS Chaillot Paper No. 65, December 2003, abrufbar: <http://aei.pitt.edu/1606/>

²⁷² ebenda

Vor allem seit dem Amtsantritt des damaligen Präsidenten Haydar Aliyev wird ein besonderes Augenmerk darauf gerichtet, dass das Land mit der westlichen Welt noch intensiviertere Kontakte hat. Die Kooperationsbereitschaft seitens Aserbaidschans ist seither hoch einzuschätzen.

Der Erdölvertrag benannt „der Vertrag des Jahrhunderts“ wurde kurz nach seiner Amtsübernahme realisiert. Beim Vertrag des Jahrhunderts vereinbarte Baku mit westlichen Partnern, die Ölfelder Azeri, Tschirag und Güneschli im aserbaidshanischen Bereich des Kaspischen Meeres zu erschließen, was die Integrations des westlichen Partners in die Region vorantrieb.

Im Rahmen der NATO Organisation pflegen die Länder intensiviertere partnerschaftliche Beziehungen. Im Jahre 1994 trat Aserbaidschan dem Nato-Programm "Partnerschaft für Frieden" bei, in dem die Prinzipien und Beziehungsrichtungen zwischen Aserbaidschan und der Organisation dargelegt sind.

Im Rahmen des Abkommens „Partnerschaft für Frieden“ findet die Kooperation in diversen Bereichen statt: Terrorbekämpfung, die Modernisierung der Leistungen an der Staatsgrenze, die Transformation des Heeres u.a.²⁷³

Die Beteiligung bei diversen Projekten der Organisation verstärkt die Kooperation noch mehr.

„Azerbaijan and NATO elaborated and approved the Individual Partnership Action Plan (IPAP) in May 2005, on the basis of this Presentation Document. (Präsentationsdokument betreffend Aserbaidschan und dessen Situation)“²⁷⁴

Wie der ehemalige Generalsekretär George Robertson betonte: „ die Rolle des Kaukasus für die Stabilität Euroasien ist sehr groß. In diesem Bezug ist Aserbaidschan der wichtigste Partner des Westens und der NATO. “²⁷⁵

Die Weiterentwicklung der Kooperation mit der NATO entspricht den Interessen des Landes.

Die Beziehungen mit der NATO geben einen weiteren Anstoß für die Sicherung der territorialen Integrität, der staatlichen Souveränität und der Integration nach dem Westen.

²⁷³ Vgl. Außenministerium Aserbaidschans: "Nato and Azerbaijan", abrufbar unter: http://www.mfa.gov.az/eng/index.php?option=com_content&task=view&id=263&Itemid=1 9.02.2008

²⁷⁴ ebenda

²⁷⁵ Hesenov, S.523

Wenn man die Entwicklung in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern USA und Aserbaidschan bis zum heutigen Tag in Betracht zieht, kommt man zum Ergebnis, dass die USA vorerst, also bis 11.September 2001, in der Region weniger dominant bzw. aktiv war. Die Phase bis 11.September war dadurch gekennzeichnet, dass Washington bei der Gestaltung seiner eigenen Außenpolitik Russland berücksichtigte, die Politik „Hand in Hand“ hinsichtlich Russlands war dabei zu beobachten.

Außerdem soll der Einfluss der armenischen Lobby auf die Politikgestaltung der USA nicht unterschätzt werden: „Due to the influence of the powerful Armenian lobby in the U.S Congress, Section 907 of the FSA, which took effect in 1992, prohibited direct U.S government aid to Azerbaijan“²⁷⁶

Der ungerechtfertigte Beschluss hatte zur Folge gehabt, dass die Kooperation im Anfangsstadium mit Hindernissen konfrontiert war. Erst 2002 wurde dieser Beschluss von 1992 und damit das ungerechte Embargo gegen Aserbaidschan letztendlich aufgehoben, was die Beziehungen stark verbesserte.

Einen wichtigen Wandel brachten die Ereignisse vom 11.September 2001, die eine neue Interessenaufstellung zur Folge hatte. Die Kooperation zwischen den beiden Staaten trat danach in eine neue Phase.

“The United States has become more active in the Caspian basin over the past several years because Washington views the South Caucasus as a zone of strategic significance and it is an increasingly crucial component of U.S foreign policy.”²⁷⁷

Nach dem 11.September war die Bereitschaft Aserbaidschans zusammen mit Georgien eine engere Kooperation mit den USA aufzubauen, deutlich zu spüren. Die Kooperation im Bereich der Terrorismusbekämpfung bringt die Staaten noch näher. Als weiterer Schritt war von Washington gedacht, in der Region eigene Militärbasen zu errichten.

Die Hauptursachen der stärkeren US-Repräsentanz in der Region sind folgende:

1. Die geostrategische Bedeutung der südkaukasischen Region und des Kaspischen Meeres als ein Korridor von Europa nach Zentralasien;

²⁷⁶ Nuriyev, S.289

²⁷⁷ Lynch, Dov (2003): The South Caucasus: a challenge for the EU. EU-ISS Chaillot Paper No. 65, December 2003, abrufbar: <http://aei.pitt.edu/1606/>

2. die Region erweist sich als Aufmarschgebiet für die Kontrolle und für den Druck auf den Iran als äußerst geeignet
- 3 das Vorhandensein der Erdöl- und Gasreserven im Lande;
4. im Kampf gegen den Terrorismus möchten die Vereinigten Staaten die Partnerschaft verstärken.

“The greater Caspian region is as a tool for lowering oil prices. In light of the links between al-Qaida and Saudi institutions as well as the Saudi reaction to the events, which included attempts to cut world oil production in order to elevate oil prices, the United States invigorated its search for developing non-Opec sources of energy, such as those in Azerbaijan.”²⁷⁸

Vor allem wenn man Washingtons Präsenz im großen Ausmaß im Irak und in Afghanistan mitberücksichtigt, und die Tatsache, dass Usbekistan mehr mit Russland in engerer Kooperation steht, dann scheint es selbstverständlich zu sein, dass die USA Stützpunkte im kaukasischen Gebiet sucht, damit sie eigene globale und geostrategische Vorhaben durchsetzen kann.²⁷⁹

“To deny Russian monopoly in the development and export of regional energy resources and to secure alternatives to Persian Gulf oil“²⁸⁰, bildet die politische Strategie der USA.

Im Mai 2002 verabschiedeten die USA und Rußland eine "Erklärung über die neuen strategischen Beziehungen." Der Vertrag sollte dazu dienen, die Bemühungen der USA und Russlands in den Bereichen wie Sicherheit und Stabilität in Zentralasien und im Südkaukasus zu vereinigen, damit die Divergenzen hinsichtlich des postsowjetischen Raums zwischen zwei Herrschaftsmächten aufgelöst würden.²⁸¹

Es stellte sich jedoch mit der Zeit heraus dass dieser Versuch eher zum Scheitern verurteilt ist. Sowohl der Kreml als auch Washington bedienten sich unterschiedlicher Vorstellungen über die politische Gestaltung hinsichtlich der Region.

²⁷⁸ ebenda

²⁷⁹ vgl. Haas, Marsel (2007): NATO kann im Kaukasus erscheinen, in: Die Zeitung „Nezavisimaya Gazeta, 2.April, 2007: http://nvo.ng.ru/wars/2007-02-09/1_zapad.html

²⁸⁰ Nuriyev, S.287

²⁸¹ vgl. Schevtsova (2007): Russlands Wille zur Weltmacht, Eurozone Internet Portal,(05.16.2007) abrufbar unter: <http://www.eurozine.com/articles/2007-05-16-shevtsova-de.html>

Für Russland gilt die Intervention der Vereinigten Staaten als ein riesiger Verrat, weil der Südkaukasus bzw. Aserbaidtschan immer noch seine „interne Angelegenheit“ ist.

Die alleinige russische Repräsentanz in Aserbaidtschan war aber von den USA nicht gewünscht. „Doch je deutlicher zu erkennen war, daß Moskau betreffend diese Interessen ein anderes Verständnis an den Tag legte und den Versuch startete, seinen Einfluß im postsowjetischen Raum wiederherzustellen, desto stärker sahen die USA dies als einen Rückfall in Imperialismus und sowjetische Praktiken.“²⁸²

The particular importance of the Transcaucasia is given by the fact that the control over this region permits the US and NATO to cut off Russia from the transport corridor which links Asia, the Caucasus and Europe, where Georgia and Azerbaijan occupy a key position.“²⁸³

Aserbaidtschan könnte in dieser Hinsicht zur Bekräftigung der Militärmacht der USA beitragen. Die USA wählten Aserbaidtschan als einen wichtigen Partner im kaspischen Meeresbecken und es wurde „das Programm intensiver militärischer Partnerschaft“ ins Leben gerufen. Die militärische Partnerschaft könnte Russland einiges kosten und das könnte analog zur Situation in Georgien geschehen, wo Russland (Verf. im Kernstaat) sein Potential verloren hat, es könnte hier auch ein Machtverlust eintreten.“²⁸⁴

Die Kluft wird immer wieder breiter, vor allem auch dadurch, dass die südkaukasischen Länder, darunter Aserbaidtschan und Georgien, als Beitrittskandidaten für die NATO nicht auszuschließen sind. Das einzige Problem bereitet die armenische Seite mit ihrer zurückhaltenden Position. Washington bemüht sich immerhin, die jetzige Situation um Armenien zu ändern.“²⁸⁵

Washington erachtet es nicht als angemessen, die Interessen Russlands zur Geltung zu bringen und distanziert sich davon, Russland in Zukunft eine beliebige Rolle bei der Neustrukturierung des kaukasischen Gebiets zuzusprechen.“²⁸⁶

²⁸² ebenda

²⁸³ Ebenda

²⁸⁴ vgl. Haas, Marsel (2007): NATO kann im Kaukasus erscheinen, in: Die Zeitung „Nezavisimaya Gazeta“, 2. April, 2007: abrufbar unter: http://nvo.ng.ru/wars/2007-02-09/1_zapad.html

²⁸⁵ vgl. Informationsagentur Stoletie.ru, abrufbar unter: <http://www.rusk.ru/st.php?idar=22912>

²⁸⁶ vgl. ebenda

Antiamerikanische Töne findet man in der russischen Presse in der letzten Zeit sehr oft, so als wäre der kalte Krieg nicht beendet worden. Als einen kalten Krieg in neuer Erscheinung könnte man so eine Entwicklung bezeichnen. Der USA wird immer wieder vorgeworfen, Russland herausgefordert zu haben und zu beabsichtigen, das Land zu schwächen, sei es durch die südkaukasische Politik oder die Ereignisse in Osteuropa. Die Zensur, der fast alle Zeitungen unterliegen, lässt uns keinen Zweifel daran, dass der Kreml selbst tatsächlich in der USA eine Gefahr für sich sieht.²⁸⁷

Als Antwort darauf, so die Tendenz der russischen Medien, sollte Russland schon handeln, man sehe es beispielsweise als äußerst wichtig, eine Organisation analog zu NATO ins Leben zu rufen u.a. die „ODKB“²⁸⁸: die Organisation des Vertrages über die kollektive Sicherheit, der Armenien, Kasachstan, Kirgisien, Russland, Tadschikistan und Weißrussland angehören, könnte dabei als eine solche Antwort bezeichnet werden.

Diese so genannte Rivalität sollte nicht überbewertet werden, selbst Bush verstand, dass er es sich – ungeachtet aller Probleme – nicht erlauben kann, die Spannungen mit Moskau eskalieren zu lassen, weil es für die USA unerwünschte Konsequenzen bedeuten könnte.

Die engere Involvierung der EU in Aserbaidschan wird von Washington mit Applaus begleitet und wesentlich unterstützt: „GUAM²⁸⁹ should collaborate more closely to resist pressures from Russian. In other words, Georgia and Azerbaijan are in need today of open and effective support from European Countries.“²⁹⁰

“The United States would also welcome EU activity as well as the involvement of specific European countries in this region. Both the United States and Europe actively promote the concept of regional cooperation, including security cooperation, among the states of the South Caucasus.“²⁹¹

Die Europäische Nachbarschaftspolitik, sowie auch andere Projekte und Konzepte der EU, wie bsp. Ostpartnerschaft werden zur Folge haben, dass Aserbaidschan noch näher in die westliche Welt integriert wird und somit der USA näher rückt. Damit gelangt Aserbaidschan wie alle

²⁸⁷ Vgl. Lancova

²⁸⁸ Nähere Angaben siehe unten: http://www.odkb.gov.ru/start/index_aengl.htm

²⁸⁹ GUAM ist eine Organisation, die im Jahre 1997 als eine Vereinigung ins Leben gerufen wurde und erst im Jahre 2006 in eine Organisation umgewandelt wurde. Die Mitglieder sind Georgien, Aserbaidschan, Ukraine und Moldova. Nähere Angaben zu der Organisation siehe unter: <http://www.guam.org.ua/>

²⁹⁰ Geistlinger, S.146

²⁹¹ vgl. Hesenov

anderen südkaukasischen Länder aus dem traditionellen Einflussbereich heraus und die geopolitische Lage der USA wird hiermit auch begünstigt.

Die stärkere Kooperation der EU durch die ENP mit Aserbaidschan schafft einen breiteren Spielraum für Washington. Washington ist außerdem daran interessiert, dass die EU an der Konfliktlösung des Karabach-Problems stärker beteiligt wäre. Diese besitzt auch die Kapazität, das Problem außerhalb der dualen Standards zu lösen bzw. dazu beizutragen, dass die Lösung des Problems intensiviert wird.

Für die Formierung des europäischen Sicherheitsmodells ist die Kombination der Herangehensweise der USA, der EU und gewiss Russlands ausschlaggebend. Die weiteren Entwicklungsalternativen hängen damit zusammen, wie die Zusammenarbeit zwischen diesen Ländern ausschauen wird. Je mehr die Gegenüberstellung zwischen der EU und Russland ausgeprägt würde, desto wahrscheinlicher ist wieder eine forcierte Annäherung der EU an die USA.

Es wird immer wieder der Vorwurf geäußert, dass Europa alleine keine selbständige Außenpolitik entwickelt und sich mehr als subimperialistischer Partner der USA benimmt.

„The fundamental Objective of U.S policy in the region is to use the gas and oil pipelines as tools for establishing a political and economic framework which will strengthen U.S influence in the South Caucasus.“²⁹²

Das Projekt BTC schwächt sowohl Iran als auch Russland und schafft hingegen für die Türkei in der Außenpolitik neue Perspektiven. „Turkey has continued to play an important role in the promotion of US policy goals in the South Caucasus.“²⁹³

Durch die gewählten türkischen Transportwege für die Gasexporte aus Aserbaidschan, sinkt die Bedeutung der russischen Energietransportwege auf der Weltebene.

Russland assoziiert dieses Projekt mit dem Eingriff der USA in seine geopolitischen Interessen.

²⁹² ebenda

²⁹³ Lynch, Dov (2003): The South Caucasus: a challenge for the EU. EU-ISS Chaillot Paper No. 65, December 2003, abrufbar: <http://aei.pitt.edu/1606/>

4. THEORIENANWENDUNG

Jede der Theorien, die im ersten Kapitel beschrieben wurden, beinhaltet Punkte, die meiner Ansicht nach den Forschungsgegenstand dieser Arbeit zu erklären helfen. Mit Hilfe dieser Theorieansätze kann auch versucht werden, die Falsifizierbarkeit der Hypothesen zu überprüfen. Sich nur auf eine einzige Theorieströmung zu konzentrieren, würde in dem Fall heißen, viele Aspekte des Fallstudiums ausser Acht zu lassen. Der Theoretiker tendiert in diesem Fall zur Vereinheitlichung und subjektiven Betrachtung des vielfältigen Themas.

Die Beziehungen zwischen der EU und Aserbaidshan weisen unterschiedliche Aspekte auf.

Gemäss den Neorealisten und Neoinstitutionalisten, ist **das anarchische Weltsystem** für die Gestaltung der Außenpolitik der EU verantwortlich. Die EU wurde so dazu gebracht, dass sie eine neue Form von Beziehungen mit den Nicht-EU Staaten ins Leben gerufen hat. Die sogenannte Europäische Nachbarschaftspolitik ist als eine Antwort auf die **Unsicherheit, Instabilität** und die **gefährlichen** Konsequenzen der **anarchischen** Situation, nämlich auf die Entwicklung auf der internationalen Ebene ausserhalb der EU, zu verstehen. Die Erweiterungsprozesse im Jahr 2004, die Interessenkonstellationen von Russland und der USA und die globalisierte Welt mit ihren Auswirkungen, können die Sicherheit, Stabilität und den Wohlstand der EU drastisch gefährden.

Die Außenpolitik der EU-Staaten ist in diesem Kontext als eine abhängige Variable zu sehen, die durch **das Internationale System**, nämlich durch die unabhängige Variable, bestimmt wurde.

Die Tradition der EU, also die Vereinheitlichung nach innen (vertikale Integration) und die Abgrenzung nach außen wird bei der Nachbarschaftspolitik weiterentwickelt, um Sicherheit und Stabilität innerhalb der EU weiter zu etablieren.

Wie die EU verkündet, soll die ENP aber auch „zur Verwirklichung eines zentralen Ziels der von der EU beschlossenen Europäischen Sicherheitsstrategie (2002) beitragen, nämlich der Förderung der **Sicherheit** in der **unmittelbaren** Nachbarschaft der EU.“²⁹⁴

Entsprechend der realistischen Sicht stellt die Europäische Nachbarschaftspolitik ein weiteres, besser strukturiertes und sonst **verbessertes Instrument** dar, um eigene Ziele zu erreichen. Teilweise tendiere ich zu den Ansätzen der „Rational Choice“ Theoretiker, laut denen es sowohl für Aserbaidshan als auch für die EU bestimmte Interessen gibt: Aserbaidshan

²⁹⁴ <http://www.europa-digital.de/aktuell/dossier/aussenbez/nachbar.shtml>

(Wiedererlangen der okkupierten Territorien Aserbaidschans, Integrationsbestrebungen des Landes nach Westen und nicht zuletzt die Interessen im Energiebereich), und auch die EU (das Sicherheitskonzept der EU, vor allem Energiesicherheit, Stabilitätsschaffung, Zugang zum Nahen Osten, u.a.) haben fixe „nationale“ Interessen.

Die Kooperation zwischen der EU und Aserbaidshan und die Beziehungen zwischen den beiden, die sich in dieser Form entwickeln, sind das Ergebnis bzw. die optimale Entscheidung im Rahmen der gegebenen Situation aufgrund rational-strategischer Kalkulation ihrer Interessen.

Die Einbeziehung Aserbaidschans in die neue Politik der EU ist zunächst als eine Folge der EU-Erweiterungsprozesse und der internationalen Entwicklung anzusehen. Die veränderten Beziehungen zwischen der EU und Aserbaidshan sind aber auch als Antwort auf die Globalisierung zu sehen.

Die Europäische **Sicherheitsstrategie** ist ein Teil der Europäischen Nachbarschaftspolitik. Für die EU ist das Sicherheitskonzept, darunter der **Energiesektor**, einer der wichtigsten Prioritäten bei der Formulierung der Außenpolitik. Dieser Aspekt bleibt permanent und fix. Im Rahmen der gegebenen Situation gestalten die EU den außenpolitischen Kurs dementsprechend.

Für die EU, die auf Energieimporte angewiesen ist, erscheint Aserbaidshan als weiterer Energielieferant und aufgrund seiner geografischen Lage als ein Transitland.

Die Erweiterungsprozesse machten die Notwendigkeit der Entwicklung einer besser strukturierten Außenpolitik ungleich relevanter. Die „Unsicherheit“, die durch die „horizontale“ Integration um die EU herum geschaffen wurde, soll durch Machtanhäufung und einen Machtgewinn abgelöst werden. Die EU-Staaten erlangen ihre Sicherheit nach diesem Ansatz durch die Macht über die Staaten, die sich außerhalb der EU befinden. (durch die ENP, EU-Projekte, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen u.a.; Europäische Nachbarschaftspolitik, Ostpartnerschaft, die Erweiterung der Einflussosphäre, um Sicherheit und Wohlstand zu ermöglichen).

Der wesentlich Grund dafür, warum die EU die südkaukasischen Länder in erster Etappe in die ENP nicht einbeziehen wollte, ist auf Russland zurückzuführen: die EU besaß diese Kapazität nicht, im Südkaukasus eine Schlüsselposition einzunehmen und das traditionelle Machtgleichgewicht dadurch zu beeinträchtigen.

Die erfolgreiche Rosenrevolution in Georgien und die Machtübernahme durch die pro-amerikanischen politischen Kräfte in Tiflis im Januar 2004 änderte die Situation maßgeblich und

die USA rückten näher in die Region, somit beeinflusste sie die Politik der EU und auch Aserbaidshans. Erst danach schlug die Europäische Kommission vor, die südkaukasischen Länder in die ENP aufzunehmen.

Die erste Hypothese, dass die Umgestaltung der Beziehungen zwischen der EU und Aserbaidshan das Ergebnis einer veränderten Interessenkonstellation und des politischen Kurses der Hegemonialmächte, vor allem der Vereinigten Staaten und Russlands, ist kann bestätigt werden. Im analytischen Teil meiner Arbeit habe ich die Argumente und Aspekte zu dieser Hypothese geschildert und näher erläutert.

Die Machtkonstellation im Südkaukasus (stärkere Intervention der USA in der Region und die EU- Konzepte über die verstärkte Partnerschaft mit Drittstaatländern, vor allem (unter der Obhut der Vereinigten Staaten) mit dem Südkaukasus) entscheidet das Vorgehen der aserbaidshanischen Regierung: Aserbaidshan nähert sich etappenweise mehr an den Westen und versucht dank seines Energiepotentials die Abhängigkeit von Russland mehr oder weniger abzubauen.

Aserbaidshan ist sich bewusst, dass die russische Seite, so wie die USA, an einer baldigen Lösung der internen Konflikte in der Region nicht interessiert ist. Starke Abhängigkeit von einer Hegemonialmacht, in dem Fall von Russland, kann für die nationalen Interessen Aserbaidshans eine Gefahr darstellen. Russland mit seinem Alleinregieren bei dem Konflikt ist ein unverlässlicher Partner in dieser Hinsicht, während die Integration nach Westen als Gegengewicht sehr Vieles verspricht.

Die Geschehnisse in Georgien, mit dem Krieg zwischen Georgien und Russland um Südossetien und Abchasien, bestätigen dies nochmals:

„Russland wird sich so leicht vom Südkaukasus nicht zurückziehen. Es ist offensichtlich, dass der Kreml vielmehr eingefrorene Konflikte auf Dauer aufrechterhalten möchte. (...) Der Kreml unterstützt die separatistischen Bewegungen in Südossetien. (...); die Bombardierung der amerikanischen Militärpunkte in Georgien zeigt uns nochmals, dass der Kreml die Aufnahme Georgiens in die NATO zu verhindern beabsichtigt.“²⁹⁵ Darüber hinaus war es auch offensichtlich, dass die Vereinigten Staaten in diesem Einzelfall **die Politik zweier Standards** betrieben haben; was selbstverständlich auch auf weitere Fälle erstreckt werden kann.

²⁹⁵ ebenda

Zur zweiten Hypothese meiner Diplomarbeit ist zu erwägen: Der Grad der gemeinsamen Interessen zwischen der EU und Aserbaidschan und die Veränderungen in der „capability“ Aserbaidschans können auf die Kooperation einen enormen Einfluss ausüben.

Als die Europäische Nachbarschaftspolitik betrieben wurde, hat die EU selbstverständlich an erster Stelle einen eigenen Gewinn erzielt und eigenes Interesse verfolgt. Die Nationalinteressen und nicht die universellen Moralvorstellungen waren im Vordergrund, was den neorealistischen aber auch den neoinstitutionalistischen Ansätzen entspricht. Diese Kooperation ist jedoch ganz im Gegensatz zu den Neorealisten kein Nullsummenspiel, sondern jede Seite hat einen Vorteil von der Kooperation. Die Kooperation bringt für die Beteiligten einen Gewinn, sowohl die EU als auch Aserbaidschan können dabei eigene Interessen verfolgen

Durch die Einrichtung der Kooperation bzw. Regimes kann sich die **Effektivität, Transparenz** und die **Intensität** der Beziehungen zwischen der EU und Aserbaidschan beträchtlich steigern. Der Kurs der EU-Politik im Hinblick auf Aserbaidschan ist im Vergleich zu der früheren Politik durch die ENP konkreter, zielorientierter und kontinuierlicher geworden (die Aktionspläne). **Transaktionskosten** werden durch die Einführung der ENP auch erspart. Dass die EU mit Aserbaidschan Beziehungen auf regionaler Ebene knüpft, begünstigt die gesamte Situation (die Aktionspläne, die einzigen bilateralen Abkommen, werden auch beinahe außer bei einigen nationalen Besonderheiten, nach gleichem Muster verfasst) **Transparenz (Aufbau von Vertrauen)** der Beziehungen wird dadurch hergestellt, dass die EU Länderberichte zur Verfügung stellt, in denen kontrolliert wird, ob das Land die Aktionspläne erfolgreich umsetzt oder nicht. Der Aufbau von Vertrauen wird hiermit herbeigeführt, die Effektivität der Beziehungen wird gesteigert.

Bei der Kooperationsschaffung und deren Effektivität ist besonders, wie die Neorealisten behaupten, die „**capability of the state**“ zu beachten.

Die EU ist jener Akteur, der das relativ bessere Machtpotential (capability of the state) besitzt, schließlich ist die EU diejenige, die die Aussenpolitik ins Leben ruft, darunter auch die ENP und die dazugehörigen Kriterien, Regelungen und die EU-Werte (als normativ und universal bezeichnet für jeden einzelnen Staat, unabhängig von kulturellen, historischen und anderen Unterschieden) festsetzt, die unausweichlich gelten.

Für den Fall Aserbaidschans und bei der Beurteilung der Effektivität der Kooperation ist die geopolitische Lage des Landes, die starke Beeinflussung von Russland, seine Position als ein schwacher und kleiner Staat zu betonen. Trotz seines Energiepotentials ist Aserbaidschan als ein schwacher Staat zu bezeichnen. Aufgrund seines geringen Machtpotentials und einer schwachen

Position auf internationaler Ebene und der geopolitischen Lage muss Aserbaidshans mit „Hegemonialmächten“ kooperieren. Das **Machtpotential** des Staates ist nicht ausreichend, um alleine zu regieren und eine relativ unabhängige Politik zu führen. Die Lage Aserbaidshans ist aufgrund seiner Energieressourcen und neugegründeten Transportwege vom kaspischen Meer in den Westen für Erdöl- und Gaslieferung mehr als begünstigt. Trotzdem setzt die Regierung den traditionellen politischen Kurs fort, den der einstige Präsident Haydar Aliyev etabliert hat, um mit beiden Hegemonialmächten zu rechnen und die Politik des Gleichgewichts zu gestalten. Die Regierung versucht sowohl mit den USA als auch mit Russland zu kooperieren, ohne einem von beiden den Vorzug zu geben. Das Problem um Berg-Karabach hindert die jetzige Regierung, eine andere Politik zu betreiben.

Jedoch könnte die intensivierte Einmischung der EU in diese Region und seine gestärkte Schutzfunktion für das Land bedeuten, die Beziehungen noch weiter zu intensivieren. Denn Aserbaidshans könnte in der EU „einen sogenannten Protektor“ gewinnen und damit wäre die „capability of the state“ erhöht.

Gemeinsame Interessen sind ein weiterer Bestandteil bei der Bildung des Regimes und gelten als eine der wichtigsten Grundvoraussetzungen. Was die ENP angeht, sind die Interessen beider Akteure teilweise unterschiedlich und stimmen nicht in allen Punkten überein. Die EU stellt die Gewährleistung des eigenen Wohlstands, der Energiesicherheit und auch der Sicherheit in anderen Aspekten in den Vordergrund. Die regionale Partnerschaft (Europäische Nachbarschaftspolitik sowie Ostpartnerschaft) steht in der Präferenzliste der EU-Staaten. Aserbaidshans hingegen strebt nach Beziehungen auf bilateraler Ebene. Die Integration in den Westen und die Lösung des Problems um Berg-Karabach (was Anspruch auf die Schaffung der bilateralen und mit nicht nur regionalen Partnerschaft gibt), was als Grundvoraussetzung für die verstärkte Integration des Landes in den Westen gilt, ist auf der Agenda der aserbaidshansischen Regierung. Da die EU heutzutage noch nicht an einer intensivierten bilateralen Beziehung interessiert ist, erfolgt eine geringe Einmischung bei der Lösung interner Konflikte, obwohl die EU in solchen sogenannten gleichen Fällen eine ihr eigene Kapazität gezeigt hat und als Moderator zur Lösung eines internen Konflikts einen wesentlichen Beitrag geleistet hat. (Good Friday Agreement in Irland 1995)

Nur in einem solchen Fall verlockt die Kooperation zu weiterer Kooperation bzw. zu effektiver Kooperation; wenn die Grundvoraussetzungen kooperativen Verhaltens gewährleistet werden

und gemeinsame Interessen vorhanden sind. Die Akteure können dann lernfähig und normengeleitet sein.

Einen weiteren interessanten Punkt stellen die Prioritätsbereiche der Kooperation zwischen Aserbaidshan und der EU dar. Abgesehen vom Energiesektor sind andere Bereiche in den Programmpapieren weniger detailliert reguliert und die Politik beinhaltet weniger konkrete, sondern mehr abstrakte Herangehensweisen. Die EU fokussiert sich auf einen Sektor. Die Zusammenarbeit in anderen Bereichen (Demokratieentwicklung, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte u.a) ist hingegen im Programm abstrakt und nicht konkret angesprochen.

Die Fokussierung auf den Energiesektor und „traditionelle Kooperationsbereiche“ (wie Bankwesen u.a) stellt die anderen Sektoren, wie beispielsweise Landwirtschaft in den Schatten. Abgesehen vom Erdöl- und Gassektor wird in den anderen Sektoren nicht so viel investiert. „Die EU muss den Südkaukasusstaaten Exporterleichterungen für ihre überwiegend agrarischen Produkte gewähren und gezielte entwicklungspolitische Maßnahmen vereinbaren. Dazu gehört der Aufbau bzw. die Wiederinstandsetzung einer Agrarprodukte verarbeitenden Industrie und einer diversifizierten Konsum- und Investitionsgüterindustrie“²⁹⁶

Daher ist das im Aktionsplan benannte weitere Ziel **„eine ausgewogene und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung zu unterstützen“** so nicht wirklich leistbar. Also werden auch andere Bereiche, wie Z.B. der Umweltschutz, kaum profitieren.

Nur in dem Fall bietet die Kooperation Anreiz zur weiteren Kooperation bzw. zur effektiveren Kooperation, wenn die Grundvoraussetzungen des kooperativen Verhaltens gewährleistet werden und gemeinsame Interessen vorhanden sind. Die Akteure können dann lernfähig und normengeleitet sein. Bei der Kooperation zwischen der EU und Aserbaidshan zeigt sich vielmehr eine nur relative Effektivität aus den oben geschilderten Gründen.

Die **Neoinstitutionalisten** betonen, dass bei der Schaffung der Kooperation die Gründerstaaten eigennützig handeln und ihre Interessen im Vordergrund stehen, was im Falle der ENP damit auch übereinstimmt. Sie mildern aber die eigene Aussage dadurch, dass die Kooperation in einem Bereich später einen **positiven Einfluss auf andere Bereiche haben wird**.

²⁹⁶ Deutscher Bundestag (2008): Antrag der Abgeordneten zur Europäischer Nachbarschaftspolitik und der Förderung der Frieden und Stabilität im Südkaukasus. Drucksache 16/8186, 20.02.2008. abrufbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/081/1608186.pdf> (zuletzt September, 2008)

Gewiss könnte so eine Regulierung weitere positive Auswirkungen auslösen, wie die Steigerung der Wohlfahrt bzw. eine verbesserte Lage in anderen Bereichen sowie bei der Konfliktprävention. Jedoch muss man einen weiteren Aspekt in Evidenz halten und der ist das Wirken der Hegemonialmächte²⁹⁷ und ihre Interessen in der Region.

Der Karabach-Konflikt wird von diesen Hegemoniestaaten beeinflusst und teilweise instrumentalisiert. Deshalb ist die Regulierung des Karabach Problems basierend auf dem Konzept „Europäisierung“ äußerst schwierig. Ich vertrete hier die Meinung der neorealistischen Schule, die meint, dass bei der Bildung der Regimes und der Kooperation, die Kapazität des Staates über die Beziehungen hinaus gegeben sein soll und ausschlaggebend ist. Aserbaidschans Geolage und „seine Kapazität“ und seine Abhängigkeit von Russland sind dabei als Hauptaspekte zu sehen.

Zum „**Spill-Over Effekt**“ ist noch folgendes auszuführen:

Eine umfassende Regulierung des Kooperationsbereichs muss gewährleistet werden, damit „spill-over“ Effekte hervortreten. Das ist aber hier nicht der Fall. Die EU stellt zwar **finanzielle Hilfe** und **Mechanismen** im bestimmten Bereich zur Verfügung, damit ist ihre Handlung abgeschlossen. Es sollten aber weitere Schritte angeführt werden: die Kontrolle über die Zuteilung und den Einsatz der finanziellen Mittel, über die Verwendung der Ressourcen und über die Gewinne sollten ein Bestandteil dieser Politik sein, um die angestrebten Ziele und Bestrebungen zu realisieren.

Weiteres möchte ich darauf eingehen, dass in ihren Programmpapieren die EU zwar betont, dass sie danach strebt, nicht nur eigene Interessen zu schützen und den Herausforderungen zu begegnen sondern auch „die Vorteile der EU-Erweiterung von 2004 mit den Nachbarländern zu teilen, indem **Stabilität**, **Sicherheit** und **Wohlstand** für alle **Betroffenen** gestärkt werden“²⁹⁸, und die Integration nach Westen voranzutreiben.

Die Realisierbarkeit dieser Ziele möchte ich mit folgenden Aussagen noch relativieren:

Eine große Gefahr für die Sicherheit und Stabilität in der Region stellen die internen Konflikte im Südkaukasusgebiet dar, die auf direkte bzw. indirekte Weise die weiteren Sphären beeinflussen. Im Falle Aserbaidschans handelt es sich um das Problem von Berg-Karabach:

²⁹⁷ Vgl. Esman

²⁹⁸ Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2004): Europäische Nachbarschaftspolitik Strategiepapier, 12/05/2004, Brüssel abrufbar unter : http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/strategy/strategy_paper_de.pdf

„Der bislang ungelöste Berg-Karabach Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan steht seit einem Jahrzehnten jeder weitgehenden regionalen Kooperation oder gar **Integration im Wege**.“²⁹⁹

Die EU selbst sieht den Konflikt auch als „ein sehr ernstes Hindernis für die Entwicklung der Region.“³⁰⁰ Solange das Problem nicht gelöst ist, wird in der Region kein Frieden hergestellt und die Entwicklung wird auch dadurch behindert.³⁰¹

Das Problem bildet ein Steuerungsinstrument in den Händen der Hegemonialmächte, was sicherlich keine positive Auswirkung auf die weitere Entwicklung des Landes haben wird.

Bei der Gründung der ENP wurde dem Konflikt Karabach ein besonderes Augenmerk geschenkt, wobei Aserbaidschan betonte, dass die EU sich bei der Beilegung des Konflikts stark engagieren soll³⁰², und die Souveränität und territoriale Integrität des Landes wiederhergestellt werden soll und die Beilegung des Konflikts gemäß den internationalen Normen und UNO-Resolutionen geschehen soll, was bei der Realisierung der vereinbarten Ziele eine ausschlaggebende Wirkung haben würde.

Die Kooperation zwischen der EU und Aserbaidschan erfolgt auf der „Grundlage beiderseitiger Verpflichtungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten sowie Aserbaidschans auf gemeinsame Werte einschließlich der Achtung und Förderung der Souveränität, der territorialen Integrität und Unverletzbarkeit der international anerkannten Grenzen.“³⁰³ Jedoch distanziert sich die EU von der Einmischung in die Konfliktbeilegung und will keine aktive Rolle spielen. Sie überlässt dieses Problem vielmehr den anderen Organisationen.³⁰⁴

Außerdem kann die vertiefte regionale Kooperation unter den südkaukasischen Ländern, was als eine weitere Voraussetzung für das Vorantreiben der Integration betont wird, nur dann erfolgen, wenn im Falle Aserbaidschans die Streitfrage um Berg-Karabach beseitigt wird.

Die besetzte und von internationalen Gemeinschaften nicht kontrollierte Region gilt als eine weitere Quelle für die transnationalen Gefahren wie Geldwäsche, Menschenhandel, Drogen und Waffenschmuggel und für die organisierte Kriminalität. Die Militarisierung der Region verschärft noch die Situation. „Der EU soll bewusst sein, dass so eine Einstellung zu „dem

²⁹⁹ Babayev, S.201-209

³⁰⁰ http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/enp_communication_72_de.pdf s.4

³⁰¹ Ateshi, Nurida (2007): Armenien-Aserbaidschan, Ayna Zeitung, (27/01/2007), abrufbar unter <http://ayna.az/rubric.php?id=13091&dd=27&mo=1&yr=2007>

³⁰² Vgl. Babayev

³⁰³ EU-Aserbaidschan Aktionsplan, abrufbar unter:

http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/action_plans/azerbaijan_enp_ap_final_de.pdf

benachbarten Konflikt“ die transnationalen Gefahren noch steigern wird. Die EU soll sich bei der Beilegung der transnationalen Gefahren in der Region mehr engagieren“.³⁰⁵

In diesem Kontext möchte ich schließlich die dritte Hypothese meiner Diplomarbeit erörtern und zwar, dass das Vorhandensein des eingefrorenen Konflikts um Berg-Karabach die Integrationsbestrebungen des Landes nach den Westen enorm herausfordert.

Ein weiterer Punkt, den ich erläutern möchte, ist der Ansatz der Realisten bezüglich der **Sicherheitspolitik**. Mit diesem Ansatz lässt sich die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU-Staaten in Bezug auf ENP auch erklären. Aus realistischer Perspektive sind die Staaten immer noch die Hauptakteure auf der Internationalen Ebene (auch innerhalb der EU). **Das nationale Interesse**, bestimmt die Außenpolitik jedes Staates. Die **Kooperation** der EU-Staaten im Sicherheits- und **Außenpolitikbereich** ist schwer zu bilden, ist **fragil** und die widersprüchliche bzw. nicht übereinstimmende Interessenkonstellation bereitet den EU-Staaten in der Entwicklung der gemeinsamen Außen - und Sicherheitspolitik weitere Hindernisse vor. Insgesamt schließt die ENP 15 Staaten ein. Jede Region ist aus welchen Gründen immer für einen jeweiligen EU-Staat von ganz anderer Bedeutung. Das lässt die unterschiedlichen Ansatzpunkte bei der EU-Ratspräsidentschaft der jeweiligen EU-Staaten erklären.³⁰⁶ Diese Tatsache bremst die Entwicklungsmöglichkeiten der EU-Politik.

³⁰⁵ Petersen, Alexandros (2008): Negotiating a black hole Armenia and Azerbaijan are trying to end the stalemate in Nagorno-Karabakh, and the EU must help them, abrufbar unter: <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2008/jun/07/eu>

³⁰⁶ Deutschland, die osteuropäische Länder insgesamt sind vielmehr für die engere Kooperation mit den südkaukasischen Ländern, während beispielsweise für Frankreich die Mediterranenstaaten von besonderer Bedeutung sind. Unter französischer Ratspräsidentschaft wurde „die Union für das Mittelmeer“ gegründet

5.RESÜMEE

Die politische Situation in der internationalen Arena ändert sich kontinuierlich. Dafür können abgehaltene Wahlen, ein vollzogener Regierungswechsel bzw. ein geänderter politischer Kurs verantwortlich sein. Diese Veränderungen finden auch in den Ländern des Südkaukasus statt.

Im August 2008 bricht ein neuer Krieg in Georgien aus, der als eine neue Dimension in der außenpolitischen Entwicklung des Südkaukasus angesehen werden soll. Der Krieg, der in Georgien stattfand, hat zu wesentlichen Veränderungen beigetragen.

Nach dem Einmarsch georgischer Truppen im Südossetien mischte sich Russland in die Geschehnisse ein und schickte massiv eigene Militärkräfte nach Südossetien. Die russische Luftwaffe bombardierte in der Hauptstadt Südossetiens, Zchinwali, vorhandene georgische Stützpunkte. Der bewaffnete Konflikt weitete sich später auf Abchasien aus. Auch im Kerngebiet Georgiens kam es zu russischen militärischen Einsätzen.

Die Ansicht, den Konflikt um die „abtrünnigen“ Provinzen militärisch lösen zu können hat für Georgien negative Konsequenzen gehabt, so dass das südossetische Gebiet und Abchasien die eigene Unabhängigkeit proklamiert haben. Seither befinden sich diese Regionen völlig unter „russischem Schutz“.

Es war damit offensichtlich, dass sich Russland von dieser Region nicht so leicht „verabschieden“ und seine Militärtruppen zurückziehen wird, was wohl voraussehbar war.

Die Beziehungen zwischen Georgien und Russland sind seither noch mehr abgekühlt und eine Wahrscheinlichkeit für eine baldige Versöhnung bleibt nun unrealistisch. Die Kluft zwischen den beiden Nachbarstaaten ist noch größer geworden und die Rivalität ist wesentlich angestiegen.

Als Konsequenzen dieses Krieges hat sich Russland von seinem wichtigen Verbündeten im Südkaukasus, nämlich von Armenien, eher weit entfernt. Russland konnte mit Armenien nur über georgisches Gebiet Kontakte herstellen und nun geht sein Zugang zu diesem Staat verloren. In so einer Situation bleibt Armenien geopolitisch isoliert: seit 1993 sind die Grenzen zur Türkei aufgrund des Karabach Konflikts geschlossen. Auch mit Aserbaidschan hat Armenien keine Kontakte. Die armenisch-georgischen Beziehungen sind auch nicht unbelastet. (für Spannungen sorgt nämlich die armenische Minderheit in dem Georgien angehörenden Dschawachetien sowie der unterschiedliche politische Kurs der genannten Staaten hinsichtlich Russlands).

Um seine Schlüsselposition im Südkaukasus wieder zu gewinnen, betreibt Russland, eine neue Politik, in dem sich Moskau bei der Regulierung des Karabach Konflikts mehr zu engagieren begann und sich mehr an Aserbaidschan annäherte.

Kurz nach dem georgischen Krieg hat am 2. November 2008 auf Initiative Russlands, das Treffen der armenischen und aserbaidshanischen Präsidenten in Moskau stattgefunden und es wurde eine Absichtserklärung abgeschlossen, in der sich beide Präsidenten für eine friedliche Beilegung des Karabach Konflikts erklärt haben.

Russland ist sich bewusst, dass der Karabach Konflikt einen bedeutsamen Punkt bei der Einflussnahme in der Region darstellt. Gerade diejenige Hegemonialmacht, die beim Karabach Konflikt und demgemäß in Aserbaidschan die Hauptrolle haben wird, wird den weiteren politischen Verlauf im Südkaukasus zu Gunsten ihrer Interessen bestimmen können. Denn wie der Politologe Brzeziński betont: „die Unabhängigkeit der Staaten in Zentralasien ist um so weniger von Relevanz, wenn Aserbaidschan völlig unter Kontrolle Russlands geraten wäre.“³⁰⁷ „

Der beschlossene Vertrag über die Gaslieferung nach Russland sowie die Vereinbarung im April 2009 über die Steigerung der Erdöllieferung nach Russland (Baku-Novorossiysk) bilden einen Teil der Politik der Annäherung, die in letzter Zeit von Russland betrieben wird.

Der Südkaukasus rückt nun mehr in das Interessensgebiet auch anderer Länder. Nicht nur Europa sondern auch die USA scheinen an einen intensivierten Dialog mit Aserbaidschan sowie Armenien noch mehr interessiert zu sein. Das erste Quartal 2009 ist dadurch gekennzeichnet, dass die offiziellen Besuche, die Treffen höchstangiger Personen sowie Verhandlungen über

³⁰⁷ Brzeziński (1999), S.62

bzw. im Südkaukasus enorm angestiegen sind: Die Verhandlungen der US-Außenministerin H.Clinton mit ihren Amtskollegen aus Aserbaidshan und Armenien im Februar 2009, die aufeinander folgenden Staatsbesuche der Präsidenten Aserbaidshans und Armeniens nach Russland, die Reise des Sonderbeauftragten der EU, Peter Semneby, in die Region u.a sind Beispiele dafür. „Der amerikanische Ko-Vorsitzende der Minsker OSZE-Gruppe ist in den letzten sechs Wochen siebenmal offiziell nach Aserbaidshan gereist.“³⁰⁸

Dies vermittelt einen Eindruck, dass für die Internationale Gemeinschaft der Südkaukasus enorm bedeutend geworden ist.

Die Amtsübernahme des neuen Präsidenten in den Vereinigten Staaten bringt neue Visionen mit sich. Der gegenwärtige Präsident Barack Obama zielt darauf, die Kooperation mit Russland mit einer neuen Sichtweise zu beginnen und intensivere freundschaftliche Beziehungen mit diesem Staat auszubauen, was sich von der Politik der Bush Administration beträchtlich unterscheidet. Die Gespräche, die über Nuklearabrüstung am Rande des G20-Gipfels in London 2009 stattfanden, sind dafür ein klares Zeichen. „Die beiden (verf. Autor: Russland und die Vereinigten Staaten) sprachen sich für ein neues Abkommen zur nuklearen Abrüstung aus, das den heuer im Dezember auslaufenden Start-I-Vertrag ersetzen soll.“³⁰⁹ Doch bleibt auch Obama wie üblicherweise dem politischen Kurs seines Vorgängers in einigen Aspekten treu, nämlich in der Politikgestaltung zum Südkaukasus. Die Vereinigten Staaten werden keinesfalls auf den Südkaukasus verzichten und sich nicht mit einer dominierenden Rolle Rußlands zufrieden geben.

Das beobachtete plötzliche Tauwetter in den Beziehungen zwischen Armenien und der Türkei ist hier in Erwägung zu ziehen. Die Grenzen zwischen den zwei Staaten sind seit 1993 geschlossen. Unter der Vermittlung der Schweiz haben jedoch die Türkei und Armenien einen Fahrplan zur Normalisierung ihrer bilateralen Beziehungen am 23.April 2009 unterschrieben, hierunter fällt auch der Grenzverkehr

Von der westlichen Welt wird diese Entwicklung ganz im positiven Licht gesehen. Vor allem die Vereinigten Staaten sehen darin einen Beitrag zum Frieden, Sicherheit und Stabilität sollen in der gesamten Region gewährleistet sein. Die Folgewirkungen Aspekte der Grenzeröffnung sind dabei nicht außer Acht zu lassen:

³⁰⁸ Novoe Vremya, 28.April 2009

³⁰⁹ Vieregge T, (2008) USA-Rußland: Obamas Goodwill-Politik in: Die Presse, 15.05.2009, abrufbar unter <http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/477291/index.do> (zuletzt am 15.05.2009)

Die Position Russlands zur Grenzöffnung und zu verbesserten armenisch-türkischen Beziehungen, die selbstverständlich den Rang der Türkei im Südkaukasus aufwerten, unterscheidet sich logischerweise von den Vereinigten Staaten, wobei sich Rußland weniger begeistert zeigt. Russland wird in dieser Situation sein Monopol, im Sinne militärisch-politischer Dominanz im Südkaukasus verlieren. Über die Türkei kann sich die NATO leichter in die Region hineinrücken. Armenien als ein Verbündeter Russlands wäre in diesem Fall an die Vereinigten Staaten verloren und die russischen Militärbasen würden verdrängt. Schliesslich würde Aserbaidshan noch mehr in den Einfluss des Westens geraten.

Kurz nach den August-Ereignissen in Georgien im Jahre 2009, begrüßte zwar Moskau den Vorschlag der Türkei, den politischen Dialog auf bilateraler sowie multilateraler Ebene im Südkaukasus zu verstärken. Die Tatsache ist dabei zu erwähnen, dass die Türkei von Seite der russischen Föderation zu dem Prozess herangezogen worden war. In Folge des Zusammenwirkens der Türkei und Russlands, was für Russland strategisch wichtig war, wurde die regionale Isolation Russlands abgemildert. Jedoch ist im Vergleich zu Herbst 2008 die jetzige Situation 2009 unterschiedlich und die verstärkte türkische Präsenz unterstützt von den Vereinigten Staaten bringt die russischen Interessen in Gefahr.

Am Rande dieser Entwicklung tritt die EU dafür ein, die intensivierten Beziehungen mit den Staaten des Südkaukasus voranzutreiben. Im Mai 2009 wurde das Konzept der EU über die „Ostpartnerschaft“ beim EU-Gipfel in Prag angenommen. Dies soll dazu dienen, eine noch engere Partnerschaft mit postsowjetischen Staaten zu betreiben. Im Rahmen dieser Kooperation stellt die EU 600 Millionen Euro zur Verfügung. Die genauere Präzisierung, wohin diese Geldsumme fließen soll, ist bisher noch unklar und es ist auch keine Präzisierung der Kooperationsbereiche erfolgt.

Die Ostpartnerschaft ist als eine Antwort auf die Beitrittserwartungen der postsowjetischen Länder, wie Ukraine und im Besonderen von Georgien zu sehen. Die EU dürfte damit zeigen, dass sie für EU-Erweiterungsprozesse im postsowjetischen Raum noch nicht bereit ist. Besonders in der Zeit der Ratifizierung des Lissabonvertrags wäre eine andere Haltung für die EU mühsam gewesen. Die vertikale Integration rückt die horizontale Integration in den Hintergrund. Außerdem bereitet die eingetretene Weltfinanzkrise zusätzliche Schwierigkeiten und Hindernisse, so dass es für die Union kaum realistisch erscheint, weitere

Erweiterungsprozesse voranzutreiben. Darüber hinaus ist es für die Union nicht von Interesse, die Kooperation mit Rußland zu gefährden.

Russland seinerseits scheint über die „Ostpartnerschaft“ nicht hoch erfreut zu sein. Es sieht darin einen so aufgefassten Zusammenschluss einiger europäischer Staaten gegen Russland.

„Die Europäische Union hat zugesichert, dass ihre Ost-Partnerschaft mit früheren sowjetischen Republiken nicht gegen Russland gerichtet ist“³¹⁰

Die Energiesicherheit zu gewährleisten, ist sowohl für die EU als auch für die Vereinigten Staaten von Amerika eine erstrangige Präferenz in der Außenpolitik. Die USA haben verkündet, dass der Südkaukasus samt Mittelasien eine strategisch wichtige Einheitsregion für sie darstellt. Die Verdrängung Russlands von diesem Gebiet könnte die Position des Südkaukasus verbessern.

Wie der Politologe der staatlichen Universität in Moskau, Alexander Vlasov betonte: „Auf internationaler Ebene entwickelt sich ein festes Bemühen, den Status des eingefrorenen Konflikts um Berg Karabach in das zu lösende Problem umzugestalten, das mit der Rückgabe der aserbaidischen Territorien verbunden ist.“³¹¹ Das Vorhandensein dieses Konflikts entspricht den Interessen der Vereinigten Staaten bzw. der EU nicht. Hillary Clinton selbst äußerte ihre Einstellung zu dem Konflikt, indem sie für eine möglichst baldige Lösung des Konflikts (nämlich bis Juni 2009) eintrat.

Somit erfolgen im Südkaukasus größere, mehrstufige Operationen, deren Folgen in diesem Stadium der Entwicklung einerseits deutlich sind, andererseits unberechenbar bleiben. Die weitere politische Entwicklung könnte ein noch besseres Verständnis der geopolitischen Veränderungen auf dem „eurasischen Schachbrett“ schaffen, wo Aserbaidischan aufgrund seiner Geologie und seiner Energiressourcen einen der wesentlichen Hauptakteure darstellt.

³¹⁰ Russische Informations- und Nachrichtenagentur (2009): Ost-Partnerschaft: Russland trotz EU-Beschwichtigungen weiter irritiert, 22.05.2009, abrufbar unter:

<http://de.rian.ru/world/20090522/121702182.html> (zuletzt am 22.05.2009)

³¹¹ Vlasov, Aleksey 2009. Analytisches Informationszentrum für die Analyse der gesellschaftlich-politischen Prozesse im postsowjetischen Raum, 14.05.2009 abrufbar unter: <http://www.ia-centr.ru/publications/digest/4727/%D0%98%D0%BD%D1%82%D0%B5%D1%80%D1%84%D0%B0%D0%BA%D1%81>

6. DIE BIBLIOGRAPHIE:

Primärquellen:

- Europäische Nachbarschaftspolitik: Die Referenzdokumente: abrufbar unter:
http://ec.europa.eu/world/enp/documents_en.htm
- Memorandum of Understanding between the European Union and Azerbaijan, (7.November, 2006); abrufbar unter:
http://ec.europa.eu/energy/international/international_cooperation/doc/mou_azerbaijan_en.pdf
- Günther Verheugen (2004): The Speech about European Neighbourhood Policy in the Prime Ministerial Conference of the Vilnius and Visegrad Democracies: "Towards a Wider Europe: the new agenda. Bratislava, 19.März.2004 Abrufbar unter:
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/04/141&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>
- Benita Ferrero Waldner (2007): Annual Policy Strategy. Brüssel, 11.April 2007. abrufbar unter:
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/07/219&format=HTML&aged=1&language=DE&guiLanguage=en> (zuletzt August, 2008)
- die Parlamentarische Vollversammlung des Europarats (2005) : die Resolution (1415) -The conflict over the Nagorno-Karabakh region dealt

with by the OSCE Minsk Conference- abrufbar unter
<http://assembly.coe.int/Documents/AdoptedText/TA05/ERES1416.htm>

- Die Europäische Kommission (Hrsg.) (2007): Broschüre über Europäische Nachbarschaftspolitik und Aserbaidshon, Baku/Aserbaidshon.
- European Neighbourhood Policy Instrument: ENPI, abrufbar unter:
<http://www.enpi-programming.eu/wcm/content/category/5/157/200/en/>
- Europäisches Parlament (2004): Note on the Political and Economic Situation in Azerbaijan and its Relations with the European Union. Luxembourg, 19 August 2004, abrufbar unter:
http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/nt/543/543520/543520en.pdf
- Die Europäische Kommission (Hrsg.) (2007): Europäische Nachbarschaftspolitik. In: Bulletin der Europäischen Union
- **Die Europäische Union und Aserbaidshon:** European Partnership and Cooperation Agreement (1996), Länderstrategiepapier (2007-2013), Landesbericht, (März 2005), Aktionsplan Europäischer Nachbarschaftspolitik sowie der nationale Indikationsprogramm (2007-2010) sind abrufbar unter:
http://ec.europa.eu/external_relations/azerbaijan/index_en.htm
- **Die Europäische Union und Armenien:** Länderstrategiepapier (2007-2013), Landesbericht, (März 2005), Aktionsplan Europäischer Nachbarschaftspolitik sowie der nationale Indikationsprogramm (2007-2010) sind abrufbar unter:
http://ec.europa.eu/world/enp/partners/enp_armenia_en.htm
- **Die Europäische Union und Georgien:** Länderstrategiepapier , Landesbericht, Aktionsplan Europäischer Nachbarschaftspolitik sowie der

nationale Indikationsprogramm sowie andere relevanten Dokumente sind abrufbar unter:

http://ec.europa.eu/external_relations/georgia/index_en.htm

- Wider Europe- Neighbourhood: A new Framework for Relations with Eastern and Southern Neighbours. Communications from the Commission to the Council and the European Parliament Brussels. Brussels, März 2003.

Abrufbar unter:

<http://www.mfa.gov.ua/data/upload/publication/mfa/ua/2822/communication.pdf>

<http://ue.eu.int/solana/docs/031208ESSIIEU.pdf>

- Deutscher Bundestag (2008): Antrag der Abgeordneten zur Europäischen Nachbarschaftspolitik und der Förderung der Frieden und Stabilität im Südkaukasus. Drucksache 16/8186, 20.02.2008. abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/081/1608186.pdf>

- Der Vortrag des ehemaligen Präsidenten Haydar Aliyev über „Aserbaidschan an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Probleme und Perspektiven“ in Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und Internationale Beziehungen. Wien. 4. Juli, 2000. abrufbar unter:

www.azembvienna.at/bulletins/2000-2.doc

Sekundärquellen:

Babayev, Azer (2007): Strategie und Demokratie: Aserbaidschan und die Europäische Nachbarschaftspolitik. In: Osteuropa Heft 57: Die EU und ihre Nachbarn: Inklusion, Exklusion, Illusion; Konturen Europas, S.201-209

Balfour, Rosa/Cameron, Fraser (2006): „The European Neighbourhood Policy as a conflict prevention tool. European Policy Centre Issue Paper, abrufbar unter: http://www.conflictprevention.net/library/documents/thematic_issues/prevention_tool___epc_issue_paper_47.pdf

Baylis, John/ Smith Steve (2006): The Globalisation of World Politics. Oxford: Oxford University Press

Brown, Chris (2005): Understanding International Relations. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Brzezinski (1997): The Caucasus and new geo-political realities How the West can support the region. Abrufbar unter:
<http://mfa.gov.az/images/stories/jurnal/3.pdf> Bzejinski

Bzejnski, Zbigniev (1998): Velikaya Shaxmatnaya doska. Moskau, Verlag "Mejdunarodnie otnosheniya" (auf russisch)

Bzejnski Z.(2004): Globalnoe gospodstvo ili globalnoe liderstvo, M; Mejdunarodnoe Otnoshenia, 2004

Coppieters Bruno/Emerson/ Huysseune/Kovziridze/Gergana Noutcheva/Tocci/Vahl (2004): Europeanization and Conflict Resolution: Case Studies from the European Periphery, Academia Press, Ghent, das Buch in elektronischer Form ist zur Verfügung unter: <http://poli.vub.ac.be/publi/>

Darabadi, Parvin (2002): Geo-geschichte kaspischer Region und Geopolitik der Gegenwart. Baku: Elm Verlag

Degoev, Vladimir (Hrsg.) (2008): Kaukasus: Realität gegen Versuchung; erschienen in: im wissenschaftlich-analytischen Heft, Das Forschungszentrum für Kaukasus an der Moskauer Staatlichen Universität für Internationale Beziehungen. Juli 2005, 9/11, abrufbar unter:
<http://www.mgimo.ru/fileserver/books/az-11.pdf>

Ehmedov, E/ Hacıyev.M (2004): Wirtschaft und Aserbaidschans (auf aserb). Baku: Seda

Esman, Milton (2004): An Introduction to Ethnic Conflict. Wiley, John & Sons, Incorporated

Feigl, Erich (2008): Seidenstraße durchs Feuerland. Amalthea Verlag, Wien

Filzmaier, Peter (2006): Internationale Politik. Wien: WUV-Facultas.

Geistlinger, Michael (Hrsg) : Security identity and the Southern Caucasus : the role of the EU, the US and Russia. Wien ; Graz : NWV - Neuer Wissenschaftlicher Verlag

Haghighi, Sanam (2008): The Geopolitical Aspects of European Energy Policy. From the Conference: Climate Change and Energy Security: Major Challenges of European Energy Policy. Brussels. Abrufbar unter: http://www.elrf.org/_Haghighi__Brussels_December_2008_Presentation.PPT#260, 1, Slide 1 (zuletzt am Mai, 2009)

Hamidov, Samir (2009): die Prozesse politischer Integration und Aserbaidschan. Baku: ADU Verlag

Heinrich, Hans-Georg (Hrsg.)(2004): Russia-Continuity and Change, Berlin, Springer Verlag

Helmerich, Nicole (2006): Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) – eine adäquate Außen- und Sicherheitspolitik für die EU?; Brühl, Rheinland, abrufbar unter: [http://www.kfibs.org/Artikel/Ausgabe-4-06/Die_Europaeische_Nachbarschaftspolitik_\(ENP\).pdf](http://www.kfibs.org/Artikel/Ausgabe-4-06/Die_Europaeische_Nachbarschaftspolitik_(ENP).pdf)

Hesenov, Ali (2005): Gegenwärtige internationalen Beziehungen und die Außenpolitik Aserbaidschans. Baku: Aserbaidschan Verlag

Holzinger, Katharina (2005): die Europäische Union: die Theorien und Analysenkonzepte. Paderborn; Wien: Schöningh

HÜSEYNOV, Fuat (2003): Avrupa Birliği-Azerbaycan İlişkileri, Ankara: Yeni Avrasya Yayınları (auf türkisch)

Irrera, Daniela (2008): Enlarging the ring of friends: lessons from the European Neighbourhood Policy in the Southern Caucasus, University of Catania, Department of Political Studies. Abrufbar unter: <http://www.jhubc.it/ecpr-riga/virtualpaperroom/078.pdf>

Ismailov, Eldar; Vladimer Papava (2006). Tsentralnyi Kavkaz. Istoriia, politika, ekonomika, Moskau, Verlag: Misl

Keohane, Robert O (1984): After hegemony: Cooperation and discord in the world political economy. Princeton, NJ : Princeton Univ.Pr.

Keohane, Robert (1998): International Institutions: Can Interdependence Work. In: Foreign Policy (Spring). S. 82-94

Kerimova, Natavan (2004) partnerschaftliche Beziehungen Aserbaidschans mit der EU. Diss. Die Bakuer Akademie der Wissenschaft

Kohler-Koch, Beate (2004): Europäische Integration- Europäisches Regieren. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften

Lancova S.A / Atschkasova V.A (2008): Internationale Politik und Internationale Beziehungen (auf rus.) Moskau: Piter Verlag

Langner (2008): Berg-Karabach - Aserbaidshans offene Wunde, 20.09.2008, AG Friedensforschung der Universität Kassel abrufbar unter <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Aserbeidschan/konflikt.html>

Lehmkuhl, Ursula (Bearb.) (2001) : Theorien der internationalen Politik. Wien, München: Oldenburg Verlag

Lynch, Dov (2003): The South Caucasus: a challenge for the EU. EU-ISS Chaillot Paper No. 65, December 2003, abrufbar: <http://aei.pitt.edu/1606/>

Mahmudov, Y. (1993): Aserbaidshan ist eine goldene Brücke zwischen dem Westen und dem Osten, Baku/Aserbaidshan

Marx, Johannes (2005): Vielfalt oder Einheit der Theorien in den internationalen Beziehungen, die Reihe "Internationale Beziehungen" Band 3. Baden-Baden: Nomos Verlag

Nies, Susanne (2008): Oil and Gas Delivery to Europe. Paris/France, The French Institute for International Relations. Abrufbar unter: www.ifri.org

Nuriyev, Elkhan (2007): The South Caucasus at the Crossroads : Conflicts, Caspian Oil and Great Power Conflicts. Lit Verlag

Rau, Johannes (2007): Der Berg-Karabach Konflikt zwischen Aserbaidshan und Armenien; Berlin, Dr.Köster Verlag.

Rittberger, Volker (2003): Internationale Organisationen. Opladen: Leske+Budrich

Schieder, Siegfried/ Spinder, Manuela (Hrsg.) (2004): Theorien der Internationalen Beziehungen. Opladen: Leske+Budrich

Schevtsova (2007): Russlands Wille zur Weltmacht, Eurozone Internet Portal, 05/16/2007, abrufbar unter: <http://www.eurozine.com/articles/2007-05-16-shevtsova-de.html>

Shaffer, Brenda (2002): One Conflict that can be solved. In: die Zeitschrift die Welt der Diplomatie Hrsg von Außenministerium Aserbaidschans, Heft № 3, 2003 abrufbar unter:
http://mfa.gov.az/index.php?option=com_content&task=view&id=246&Itemid=64

Soghomonyan, Vahram (2007): Europäische Integration und Hegemonie im Südkaukasus. Nomos Verlag

Süleymanov, Elin (2004): Emergence of New Political Identity in the South Caucasus, Magisterarbeit, abrufbar unter:
<http://fletcher.tufts.edu/research/2004/Suleymanov-Elin.pdf> Suleymanov (zuletzt November 2008)

Tschijov, S (2005): Sotrudnicestvo Rossii i Eurosoyuza, Vneshnepoliticheskoe izmerenie : Mejdunarodnaya Jizn 2005, N 7-8, S.155-168

Ulrich Menzel (2001): Zwischen Idealismus und Realismus, Verlag Frankfurt am Main

Vahl, Marius(2006), A privileged Partnership? EU-Russian Relations in a comparative Perspective,(Danish Institute for International Studies) Working Paper 2006:3, Abrufbar unter: www.diis.dk/sw18919.asp

Vieregge T, (2008) USA-Rußland: Obamas Goodwill-Politik in:
<http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/477291/index.do> (zuletzt am 15.05.2009)

Vlasov,Aleksey (2009): Analytisches Informationszentrum für die Analyse der gesellschaftlich-politischen Prozesse im postsowjetischem Raum, 14.05.2009 abrufbar unter: <http://www.ia-centr.ru/publications/digest/4727/%D0%98%D0%BD%D1%82%D0%B5%D1%80%D1%84%D0%B0%D0%BA%D1%81>

Vobruba, Georg (2007): Die Dynamik Europas. VS Verlag für Sozialwissenschaften

Vobruba, Georg (2008): Expansion ohne Erweiterung, Die EU-Nachbarschaftspolitik in der Dynamik Europas, In: Osteuropa Heft 57: Die EU und ihre Nachbarn: Inklusion, Exklusion, Illusion; Konturen Europas, S.7-21. Abrufbar unter: www.eurozine.com/articles/2007-02-28-vobruba-de.html

Warkotsch (2007): Die Nachbarschaftspolitik der EU im postsowjetischen Raum. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Ausgabe 43, 27. Abrufbar unter: <http://www.bundestag.de/dasparlament/2007/43/beilage/002.html>

Xuevu Gu(2000) : Theorien der internationalen Beziehungen . R.Oldenburg Verlag Munchen Wien, 2000

Zangl, Bernhard (1999): Interessen auf zwei Ebenen. Internationale Regime in der Agrarhandels-, Währungs- und Walfangpolitik. Baden- Baden: Nomos Verlag.

Die Internetquellen:

- Ateshi, Nurida (2007): Armenien-Aserbaidshan, in: Ayna Zeitung, (27/01/2007), abrufbar unter: <http://ayna.az/rubric.php?id=13091&dd=27&mo=1&yr=2007>
- Berliner Senatskanzlei; ENPI – European Neighbourhood Policy Instrument, abrufbar unter: <http://www.berlin.de/rbmskzl/europa/foerderprogramme/enpi.html> (zuletzt September 2008)
- Europa-Digital – Auf gute Nachbarschaft? Die neue europäische Nachbarschaftspolitik, abrufbar unter: <http://www.europa-digital.de/aktuell/dossier/aussenbez/nachbar.shtml>
- Haas, Marsel (2007): NATO kann im Kaukasus erscheinen, in: Die Zeitung „Nezavisimaya Gazeta (rus.) 2.April, 2007: http://nvo.ng.ru/wars/2007-02-09/1_zapad.html

- Karasheva, Sabina (2003) : Kaukasus im gegenwärtigen internationalen System, in : Die Welt der Diplomatie, abrufbar unter :<http://mfa.gov.az/images/stories/jurnal/4.pdf>
- Mayer, Sebastian (2007): Die Herausforderungen der neuen EU-Ostpolitik im Kaukasus und in Zentralasien, in:Caucaz Europeanews, abrufbar unter: http://www.caucaz.com/home_de/breve_contenu.php?id=231
- Petersen, Alexandros (2008): Negotiating a black hole Armenia and Azerbaijan are trying to end the stalemate in Nagorno-Karabakh, and the EU must help them,in: Guardian News (07.07.2008), abrufbar unter: <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2008/jun/07/eu>
- Popescu, Nina (2007): Europäische Nachbarschaftspolitik und Konflikte im südlichen Kaukasus. In: Caucasus Europeanews. 17.01.2007. abrufbar unter: http://www.caucaz.com/home_de/breve_contenu.php?id=212
- Russland-Aserbaidshans Handelsbeziehungen 03.12.2008, in: Caspian Integration Business Club, abrufbar unter: http://www.cibcgroup.com/shab_news_ru.shtml?cgi-bin/show_news.pl?lang=ru&id=3928
- Russische Informations- und Nachrichtenagentur (2009): Ost-Partnerschaft: Russland trotz EU-Beschwichtigungen weiter irritiert, 22.05.2009, abrufbar unter: <http://de.rian.ru/world/20090522/121702182.html> (zuletzt am 22.05.2009)
- UN News Centre (2008): General Assembly calls for removal of Armenian forces from Nagorno-Karabakh_ 14.März, 2008. abrufbar unter: <http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=25986&Cr=general&Cr1=assembly> (zuletzt am 20.03.2008)
- **Außenministerium Russischer Föderation**, abrufbar unter: <http://www.in.mid.ru/>
- **Außenministeriums Aserbaidshans**; abrufbar unter: www.mfa.gov.az

- **Das Informationsportal über Aserbaidtschan**, abrufbar unter:
http://www.azerbaijan.az/_GeneralInfo/_Population/_population_e.html
- **Das Wirtschaftsministerium Aserbaidtschans** www.economy.gov.az
- **Das Vertretungsbüro der Europäischen Kommission** www.Europahouse-az.org
- **Föderales Zollamt russischer Föderation**, abrufbar unter:
<http://www.customs.ru/ru/>
- **Nabucco Gas Pipeline International GmbH**“, abrufbar unter:
<http://www.nabucco-pipeline.com/project/project-description-pipeline-route/project-description.html>
- **TRACECA Transport Corridor:** <http://www.traceca-org.org/>

Zeitung und Zeitschriften:

APA Informationsagentur www.apa.az

Ayna Zeitung (Baku/Aserbaidtschan)

Caucasus Europe News Informationsagentur: www.caucaz.com

Caspian Business News

Echo Zeitung (Baku/Aserbaidtschan)

Guardian News

Novoe Vremya (Baku/Aserbaidtschan)

Presse Zeitung

Regnum Informationsagentur: www.regnum.ru

Respublika Zeitung (Baku/Aserbaidshan)

Russische Informations- und Nachrichtenagentur: www.rian.ru

Der Standard Zeitung

Zerkalo Zeitung (Baku/Aserbaidshan)

Die Zeitschrift Die Welt der Diplomatie. (zum größten Teil auf aserbaidshanisch) verschiedene Ausgaben. Baku, Aserbaidshan, abrufbar unter:
http://mfa.gov.az/index.php?option=com_content&task=view&id=246&Itemid=64

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Die Aufschlüsselung der Hilfe der EU an Aserbaidshan

Tabelle 2: Vorläufige Aufschlüsselung der Mittel

Tabelle3: Rohöl Importe: EU

Tabelle 4: Gaspipelines, die Rußland und ehemalige Sowjetländer mit Europa über das Schwarzmeer und über die Türkei verbinden

Tabelle 5: Trans Caspian Gas Pipeline

Tabelle 6: Baku/Tbilisi/Ceyhan Pipeline

Tabelle 7: Die Wirtschaftsbeziehungen mit der EU im Jahre 2007

Tabelle 8: Die Exportprodukte nach EU-Ländern im ersten Quartal

LEBENS LAUF

Education :

Erasmus Student University of Limerick/Ireland

Fall semester 2008

University of Vienna

2003-present

- Pursuing a Masters Degree in Political Science

Baku State University in Azerbaijan

2001- July 2006

- Received a Bachelor of Science in International Relations with Honours

Professional experience

**Sponsored by Embassy of Azerbaijan in Austria and Germany
Participant of Project aimed at publishing novels etc.**

Vienna, Austria

March 2006 to August 2008

Researcher/Translator

- Researched and translated from Russian/Azerbaijani/Turkish into German and vice versa, also aided with the selection and editing working

Azerbaijani Academic Student Union

Vienna, Austria

October 2005- December 2006

Culture referee, head of the committee

- Organization of local and regional panel discussions and Seminars, preparing of cultural events, meeting with Politicians and High ranking persons and Experts etc.

Exhibitioner of Afro Asian Institute due to the successful Study

Vienna, Austria

since 2006 May

to present

- Experience of organization and participation on projects, seminars, panel discussions etc

Languages

(Mark 1 to 5 for competence)

Language	Reading	Speaking	Writing
Azerbaijani (mother tongue)	5	5	5
English	5	4	5
German	5	5	5
Turkish	5	4	5
Russian	5	5	5